H 8040 F
Nummer 35
Juni/Juli/August 95
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Aus dem Inhalt:

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/458 29 04
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Schwerpunkt dieser Ausgabe sind Organisationsstrukturen aus der Braunzone zwischen Konservativen und Faschisten sowie deren Aktivitäten. Ein Beitrag zur jüngsten Serie von Briefbombenanschlägen und zur Entwicklung militanter Neonazistrukturen fehlt leider, wird aber in der nächsten Ausgabe des RECHTEN RANDES zu finden sein. Die Entwicklung spricht Bände: Angesichts der Serie von Verboten gegen Organisationen wie der „Wiking Jugend", FAP etc. und der Welle von Hausdurchsuchungen, Strafverfahren, Verurteilungen und der anstehenden Auslieferung des US-Amerikaners Gerhard Lauck (NSDAP-AO) von Dänemark an die deutsche Justiz, stehen die Neonazis unter Druck. Der Fortführung der „Deutschen Alternative" mit der Nachfolgeorganisation „Deutsche Nationalisten" ist quasi das Ende schon bereitet. Im September wird vor dem Landgericht Koblenz gegen den Führungskader verhandelt. So bleibt neben den „Jungen Nationaldemokraten" kaum eine legal auftretende überregionale Organisation, in der Neonazis offen auftreten können - wenn man die strömungsübergreifende „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG) außen vor läßt. So blieb kaum eine Möglichkeit für öffentliche Auftritte und für die Rekrutierung neuer Mitglieder. Die Alternative, die nicht erst seit 2 Monaten bei den Neonazis diskutiert wird, ist der Aufbau von Werwolf-Terrororganisationen, die nach dem Zellenprinzip unabhängig voneinander operieren sollen. Kenntnisse, Waffen und Sprengstoff sind vorhanden. Die Briefbombenanschläge sind vermutlich nur ein Vorgeschmack dessen, was uns in den kommenden Jahren aus dieser Richtung erwartet.

DER RECHTE RAND hat einen neuen Telefonanschluß

0511/458 29 04

Persönlich erreichbar sind wir in der Regel Dienstags von 18 bis 21 Uhr

Auch wir sind auf Spenden angewiesen! LeserInnen, die uns bei der Finanzierung von Büromiete, Computer, Faxgerät etc. unterstützen können, bitten wir um Überweisung von kleinen und großen Geldbeträgen auf das Konto des DRR:
PGA Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.Nr. 445586-301

Jüdischer Widerstand

Im Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt läuft bis zum 29.Juli die Ausstellung „Im Kampf gegen Besatzung und 'Endlösung'. Widerstand der Juden in Europa 1939-1945". Damit wird erstmals eine umfassende Ausstellung über den organisierten jüdischen Widerstand gegen Nationalsozialismus, Okkupation und Holocaust präsentiert. Lange Zeit wurde dieser Widerstand ignoriert oder aus der Geschichtsschreibung ausgeklammert. Im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit erscheinen die Juden im wesentlichen als Mordopfer der nationalsozialistischen Mordmaschinerie - lediglich der Aufstand im Warschauer Ghetto ist als Beispiel jüdischer Gegenwehr allgemein bekannt. Das Verhalten der Juden während des Zweiten Weltkrieges war jedoch keineswegs ausschließlich durch Passivität gekennzeichnet; überall haben sich in Europa Juden mit dem Mut der Verzweiflung gegen ihre Mörder zur Wehr gesetzt, in Gruppen oder einzeln, zivil oder militärisch. Von Marseille bis Minsk, von Brüssel bis Bialystok, in Städten und Wäldern, in Ghettos und sogar in den Vernichtungslagern gab es Widerstand. Widerstand, der sich nicht nur in zahlreichen spontanen Einzelaktionen äußerte, sondern sich auch in regionalen und teilweise nationalen Organisationen zusammenschloß. Trotz der großen Schwierigkeiten, zeitgenössisches Material zu beschaffen, ist es gelungen, zahlreiche Exponate, Fotographien und Dokumente aus ganz Europa und Israel zusammenzutragen. So ist ein eindrucksvolles Zeugnis entstanden, das von den Menschen -Männern, Frauen und Jugendlichen- erzählt, die, allen Umständen zum Trotz, über sich hinauswuchsen und mit dem Mut der Verzweiflung kämpften.

Zu sehen ist die Ausstellung im Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt/Main, Untermainkai 14/15, 60311 Frankfurt. Weitere Informationen: 069/21238805.

Zur Ausstellung ist ein reich bebilderter, umfangreicher Katalog (ca. 300 Seiten; mit Personenregister) zum Preis von DM 38,- erschienen. Dieser enthält neben umfangreichem Fotomaterial und den einführenden Texten zu den überwiegend geographisch geordneten Kapiteln dreizehn Aufsätze international renommierter Historiker und Publizisten, die einzelne Themenbereiche, die im Rahmen der Ausstellung nur im Überblick gezeigt werden konnten, ausführlicher behandeln. In Essays werden u.a. die Widerstandsgruppen um Herbert Baum, die in Deutschland -vor allem in Berlin- aktiv waren, vorgestellt. Diese Gruppierung leistete in verschiedener Weise Widerstand. Ihre spektakulärste Aktion war ein Brandanschlag auf die Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies" im Mai 1942. Vorgestellt wird auch die Rote Kapelle, eine während des Krieges international tätige Spionageorganisation, der zahlreiche Juden angehörten, die unter anderem wichtige Führungsfunktionen innehatten.

Peter Gröger

"Heute ist nicht alle Tage - Wir kommen wieder, keine Frage!"

Antifaschistische Aktionstage gegen das Nazi-Zentrum Hetendorf Nr.13

Zu Pfingsten 1995 fanden in der Lüneburger Heide zum erstenmal Antifaschistische Aktionstage statt, die sich gegen das Schulungszentrum alter und junger Nazis in Hetendorf richteten. Hetendorf ist Ortsteil der Gemeinde Hermannsburg im Landkreis Celle. Organisiert wurden die Aktionstage vom regionalen "Bündnis gegen Rechts - Initiative für die Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf". Unterstützt wird das Bündnis von zahlreichen autonomen Antifagruppen aus Norddeutschland, von der VVN - Bund der AntifaschistInnen, vom Motorradclub Kuhle Wampe und vielen weiteren Gruppen und Organisationen. Die Aktionstage, an denen sich über das Pfingstwochenende verteilt, etwa 3000 Menschen beteiligten, werden vom Bündnis als voller Erfolg gewertet.

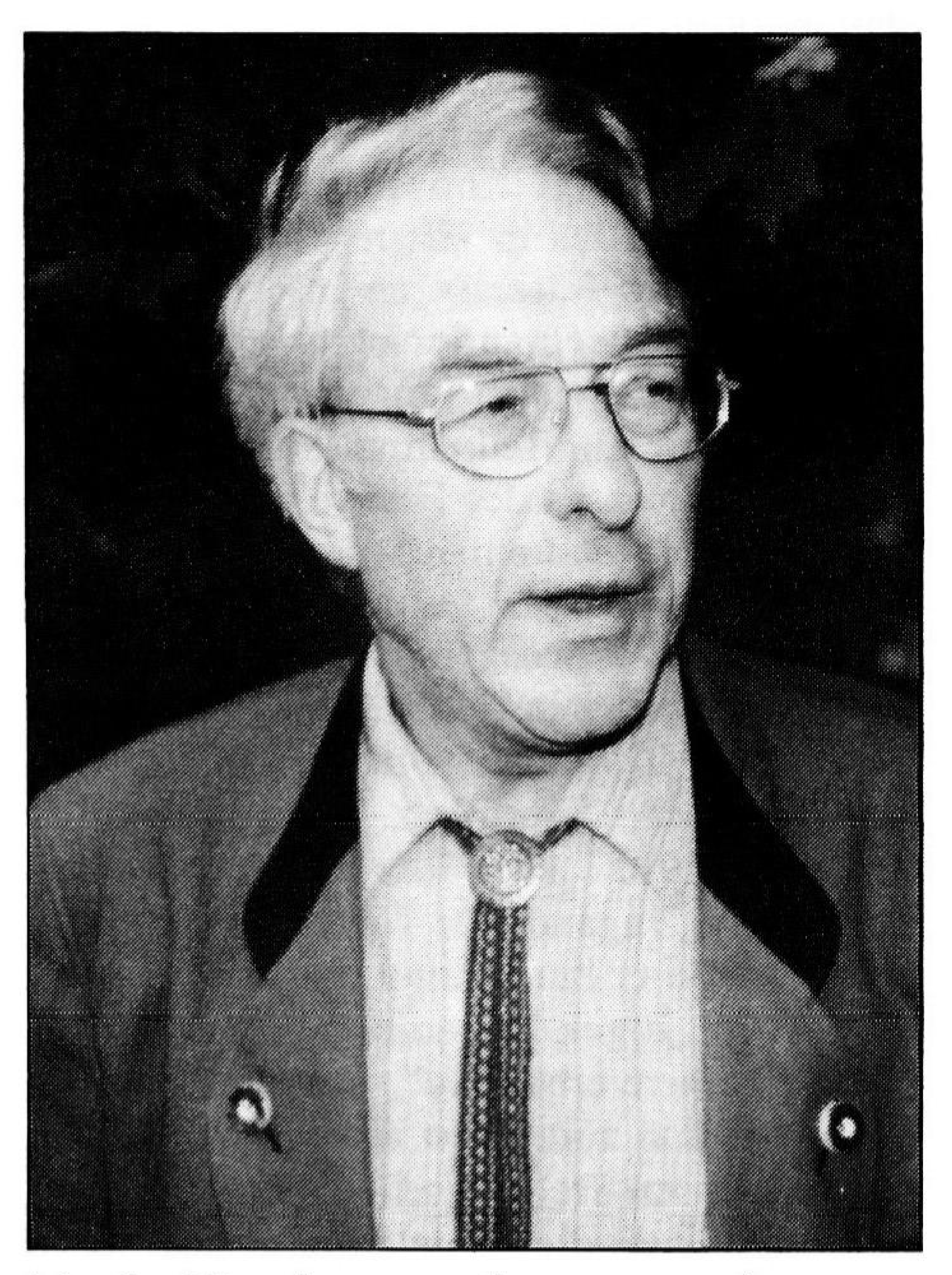
Ausgangspunkt der Aktionstage war ein antifaschistisches Pfingstcamp, etwa 12 Kilometer von Hetendorf entfernt. Mehr als 1000 AntifaschistInnen ließen sich durch die teilweise bedrohlich wirkende Wetterlage nicht davon abhalten, im Camp ihre Zelte aufzuschlagen. Ein Gelände in unmittelbarer Umgebung von Hetendorf war nicht zu bekommen gewesen: Teils, weil die Gemeinde Hermannsburg sich weigerte, ein Gelände zur Verfügung zu stellen, teils, weil Grundbesitzer Furcht vor späteren Repressalien seitens der Nazis haben, aber auch weil die meisten schlicht und ergreifend für "Ruhe und Ordnung" sind - und da stören sowohl marschierende Neonazis als auch anreisende antifaschistische DemonstrantInnen und FestivalbesucherInnen.

Antifaschistische Aktionstage

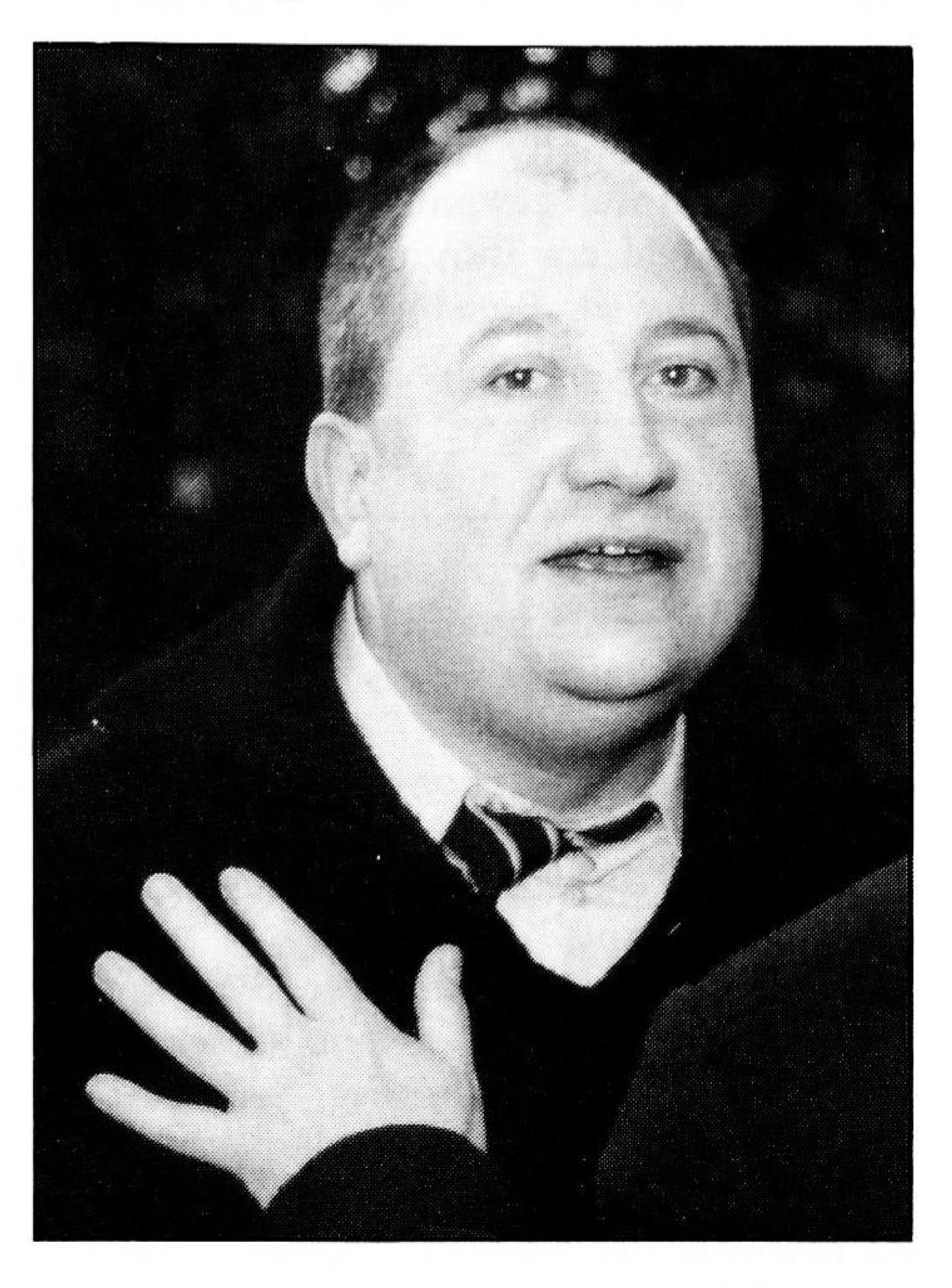
Eigentliche Auftaktveranstaltung der Aktionstage war eine Podiumsdiskussion unter dem Titel "Hetendorf - Was tun ?!", die in der Heimvolkshochschule in Hermannsburg stattfand. Auf dem Podium saßen SprecherInnen der unterschiedlichsten antifaschistischen Strömungen, die bislang weitgehend voneinander isoliert ihre eigenen Protest- und Widerstandsformen gegen das Nazi-Zentrum in Hetendorf organisiert hatten. Allein die Tatsache, daß zum erstenmal Autonome, Christen, Vertreter von SPD, PDS und GRÜNEN gemeinsam auf einem Podium saßen und miteinander in der Öffentlichkeit über Aktionsformen und Perspektiven stritten, kann in dieser extrem konservativen Region schon als Erfolg gesehen werden. Die Presseerklärung des Bündnisses spricht von Einigkeit in der Einschätzung, "daß der Widerstand gegen das Nazi-Zentrum Hetendorf Nr.13 intensiviert und gemeinsam fortgeführt werden muß. Für die weitergehende Zusammenarbeit, die das Ziel der Schließung des sogenannten 'Heideheims' hat, muß vor allen Dingen das gegenseitige Vertrauen aufeinander ausgebaut werden." Und an anderer Stelle: "Gerade die Aktionsformen der Autonomen und die betonte Gewaltlosigkeit z.B. kirchlicher Kreise sind Gegensätze, die solch ein Bündnis als unmöglich erscheinen lassen könnten."

Dieses Vertrauensverhältnis wurde schon während der Podiumsdiskussion auf die Probe gestellt. Unter das Publikum, das sich etwa zur Hälfte aus EinwohnerInnen der Gemeinde Hermannsburg zusammensetzte, hatten sich zwei bundesweit bekannte Neonazis gemischt: **Manfred Roeder** und **Peter Naumann**. Daß diese Beiden aufgrund des entschlossenen Verhaltens einiger VeranstaltungsteilnehmerInnen aus dem Saal gedrängt wurden, war für viele HermannsburgerInnen schon eine Eskalation der Gewalt, die sie „Schlimmes" für die am nächsten Tag stattfindende Demonstration befürchten ließ. Allerdings bekräftigten alle PodiumsrednerInnen im nachhinein, daß auf solch einer Veranstaltung unbelehrbare Neonazis nicht erwünscht seien. Die Anwesenheit von so "prominenten" Neonazis wie Naumann und Roeder - die um die tönernen Füße wissen mußten, auf denen sich das Bündnis vor den Aktionstagen bewegte - bei der Eröffnungsveranstaltung ist nur als Provokation mit dem Ziel zu werten, das Bündnis zu spalten. Das ist ihnen nicht gelungen.

Die Demonstration am nächsten Tag verlief dann auch wie vom Bündnis geplant und angekündigt. An die 2000 AntifaschistInnen, von denen der größte Teil sicherlich dem Spektrum der Autonomen zuzurechnen war, beteiligten sich an dieser Demonstration. Auflagen der Polizei ließen eine Kundgebung direkt vor dem Anwesen Hetendorf Nr. 13 allerdings nicht zu - und das rund 1000 köpfige Polizeiaufgebot mit Wasserwerfern, Reiter- und Hundestaffeln etc. bewies einmal mehr, daß Faschisten jederzeit mit vollem Schutz durch die Polizei rechnen können. Noch im letzten Jahr ließ dieselbe Polizei Angriffe von Faschisten auf Journalisten während des Pfingstausmarsches der WJ zu. Ziel des Bündnisses war eine große und lautstarke Demonstration mitten in dem Ort, der zur Zeit das wohl bedeutendste faschistische Zentrum der BRD beherbergt. Dort machten VertreterInnen des Bündnisses und von den autonomen Antifagruppen noch einmal deutlich, daß das 'Heideheim' nicht allein für die Lager der vor kurzem verbotenen "Wiking Jugend" (WJ) wichtig war, sondern daß das Anwesen Hetendorf Nr.13 eine wesentliche Bedeutung für ein viel umfassenderes Spektrum des deutschen Neofaschismus hat. Auf der Kundgebung wurde besonders auf die zwei



Manfred Roeder - von ihm stammt das Vorwort von Christophersens "Auschwitzlüge". 1980 verübten die von Roeder geleiteten "Deutschen Aktionsgruppen" Anschläge auf Flüchtlingswohnheime, bei denen zwei Vietnamesen getötet wurden.



Peter Naumann wurde im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen im Jahr 1979, die die Ausstrahlung der TV-Serie Holocaust verhindern sollten, zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt. Anfang März diesen Jahres wurden bei ihm von der Polizei wieder Chemikalien und Sprengkörper gefunden

Wochen später stattfindende sogenannte "Hetendorfer Tagungswoche" hingewiesen.

Am Abend nach der Demonstration begann dann am Campgelände ein antifaschistisches Rockfestival. Der Pfingstsonntag war geprägt von Arbeitsgruppen und Workshops, an denen sich hunderte von CampteilnehmerInnen beteiligten. Referiert und diskutiert wurde z.B. über faschistische Bezüge zur Esoterikbewegung, über Neuheidentum, über Gedenkstättenarbeit, etc.

Etwa 200 CampteilnehmerInnen machten sich auf den Weg zu einer Führung ins nahegelegene ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen. Alles in allem wurde deutlich, daß ein großes Interesse an Information und inhaltlicher Auseinandersetzung vorhanden ist, und daß die vielen jungen AntifaschistInnen nicht nur zur Teilnahme an der Demonstration und wegen des Festivals in die Lüneburger Heide gekommen waren.

Der Pfingstsonntag endete dann mit dem zweiten Teil des Rockfestivals. Abschluß der Aktionstage war ein Fußballturnier auf einem knapp zwei Kilometer vom 'Heideheim' entfernt gelegenen Sportplatz. Dieser Sportplatz wurde bis 1991 jedes Jahr zu Pfingsten von der "Wiking Jugend" für Wettkämpfe genutzt. 1992 wurde er kurzerhand von der "Landjugend", der Jugendorganisation des "Deutschen Bauernverbandes", umgepflügt. Das bedeutete, daß zumindest dieser Platz der WJ nicht mehr zur freien Verfügung stand. Seitdem organisiert die "Landjugend" dort jeden Pfingstsonntag sogenannte "Spiele ohne Grenzen", die auch in diesem Jahr von mehreren hundert TeilnehmerInnen besucht wurden. Leider konnte sich die "Landjugend" als Organisation im Vorfeld nicht dazu bewegen lassen, das "Bündnis gegen Rechts" und die Antifaschistischen Aktionstage zu unterstützen. So stellte sie auch am Pfingstmontag keine Mannschaft für das zu den Aktionstagen gehörenden Fußballturnier, das von einem örtlichen Sportverein organisiert worden war. Das Turnier gewann kurioserweise die ebenfalls nicht am Bündnis beteiligte Freiwillige Feuerwehr Bonstorf, dem Nachbarort von Hetendorf.

Hetendorf - Was tun ?!

Daß weiterhin etwas getan werden muß, ist allen am Bündnis beteiligten Kräften klar. Ebenso daß es um mehr als die alljährlichen "Tage volkstreuer Jugend" der WJ geht. Die Antifaschistischen Aktionstage waren in der Hinsicht, daß es um ein Ende für das Nazi-Zentrum in Hetendorf geht, ein Schritt in die richtige Richtung.

Das Anwesen Hetendorf Nr.13 ist Privatbesitz der Vereine "Heideheim e.V." aus Buchholz/Nordheide und Hamburg. Selbst bei einem Verbot dieser Vereine ist die nachfolgende Trägerschaft für das Anwesen an den Verein schon in der Satzung festgelegt. Das bedeutet, daß solange die auf dem Gelände stattfindenden Veranstaltungen nicht eindeutig rechtswidriger Natur sind, staatliche Repressionen nur punktuell eine Wirkung erzielen können. Eine Schließung des Zentrums seitens der Behörden wird kaum möglich sein. Demzufolge ist die gesamte antifaschistische Bewegung gefordert, so lange Druck auf Betreiber und Nutzer des "Heideheims" auszuüben, bis die Nazis aufgegeben haben. Beispiel geben die dänischen Ortschaften Kvaers und Kollund, in denen sich deutsche Nazis breitgemacht hatten, um aus der Sicherheit der liberalen dänischen Rechtsprechung heraus ihre Kameraden in Deutschland mit Propagandamaterial zu versorgen. Dort sorgten AnwohnerInnen gemeinsam mit antifaschistischen Gruppen dafür, daß der ehemalige Vorsitzende der "Nationalistischen Front", **Meinolf Schönborn**, sein gerade bezogenes Gebäude in Kvaers wieder verkaufen mußte. Ähnlich erging es in Kollund dem Herausgeber der "Bauernschaft" und Verfasser der "Auschwitzlüge", **Thies Christophersen**. Angespornt vom Erfolg der antifaschistischen Proteste von Kvaers nahmen die Aktivitäten gegen Christophersens "Kritik-Verlag" beträchtlich an Zahl und Umfang zu. Nach mehreren Großdemonstrationen und täglichen Protestkundgebungen, die teilweise als gemeinschaftliches Hundeausführen deklariert waren, entschied er sich nach 8 Jahren Anwesenheit in Kollund zum Rückzug. (siehe auch DRR Nr. 31 u. 32)

Die dänischen Beispiele sind nicht ohne weiteres auf Hetendorf übertragbar. Mit den Antifaschistischen Aktionstagen ist aber eine neue Situation geschaffen worden. Erstmals in der Geschichte des Widerstandes gegen das Nazi-Zentrum Hetendorf Nr.13 zogen EinwohnerInnen der Gemeinde Hermannsburg, regionale antifaschistische Gruppen, überregionale Verbände und Organisationen und Autonome an einem Strang. Über den Ablauf der Aktionstage war in der Vorbereitung ein Konsens gefunden worden, in dem besonders die Demonstration eine entscheidende Rolle gespielt hat. Die autonomen Gruppen bestanden auf der Demonstration und kamen den um den ländlichen "Frieden" besorgten AnwohnerInnen mit eindeutigen Aussagen über den Verlauf entgegen. Entgegenkommen bewiesen auch die eher als "bürgerlich" zu bezeichnenden AntifaschistInnen, in dem sie eine Postwurfsendung an alle Haushaltungen der Gemeinde Hermannsburg mit unterstützten, in der um Verständnis für eventuell vermummt auftretende DemonstrantInnen gebeten wurde. Gerade die Demonstration war für den öffentlichen Druck, der auf Hetendorf Nr.13 lasten soll, ein wichtiger Faktor. Ohne die Demonstration wären die Aktionstage in den Medien sicher unter "ferner liefen" behandelt worden. Und öffentlicher Druck ist neben persönlichen Engagement und Zivilcourage eines der entscheidenden Elemente, die die Nazis über kurz oder lang zur Aufgabe zwingen werden.

Viele DemonstrantInnen verabschiedeten sich aus Hetendorf mit der Parole "Heute ist nicht alle Tage - Wir kommen wieder, keine Frage!".



Gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf vorgehen! Schluß mit den Nazitreffen!

Blockade

Den Beginn der 5.Hetendorfer Tagungswoche (17.-25.6.95) nahmen ca. 60 AntifaschistInnen zum Anlaß, eine Straßenblockade vor dem Grundstück des „Heideheim" durchzuführen. Nur der Hilfsbereitschaft von zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei hatten es abgewiesene Faschisten zu verdanken, auf Umwegen schließlich doch noch zu ihrer Veranstaltung zu gelangen. Erwartet wurden sie dort vom Initiator der Tagungswoche, Jürgen Rieger, und (laut Angaben der Polizei) mehreren dutzend Neonazis, die bereits seit dem Vorabend das Gelände bewachten.

Spendenaufruf

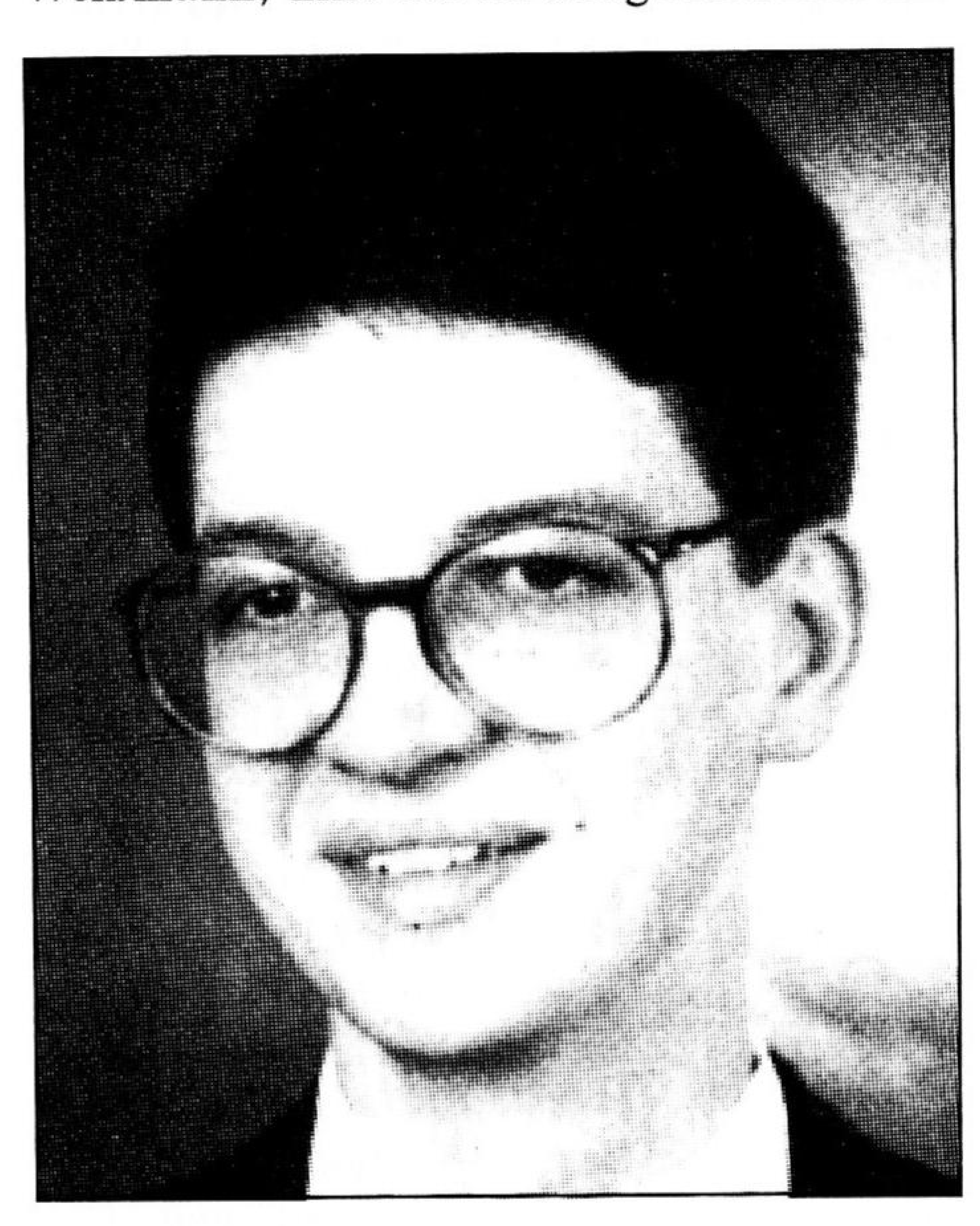
Die Fortführung der Aktivitäten gegen das "Heideheim" kostet nicht nur Geduld und Kraft, sondern auch Geld. Spenden bitte an: Bündnis gegen Rechts, Konto Info-Treff - Stichwort 1995; Postgiroamt Hannover; BLZ 250 100 30; Kto.Nr. 384862-302

Andreas Speit & Raimund Hethey

Evangelische Akademien als Promoter faschistoiden Gedankenguts

Dem Protestantismus waren die deutschen Faschisten um Hitler besonders gesonnen. Von ihm war grundsätzlicher Widerstand nicht zu erwarten. An die Kollaboration von Kirche und Nationalsozialismus müssen sich die erinnert fühlen, die am Wochenende vom 16. bis 18. Juni auf das niedersächsische Loccum schauten. Dort traf sich eine Auswahl der Creme de la Creme bundesdeutscher Geschichtsfaloten.

Völlig zu Unrecht wird denen, die präfaschistisches Gedankengut aus den 20er Jahren wieder aus der Taufe heben wollen, das Etikette „neu" angehängt. Einer ihrer Repräsentanten, der Gymnasiallehrer **Karlheinz Weißmann**, hilft der an Mitgliederschwund



Dr. Karlheinz Weißmann

leidenden Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) besonders eifrig auf den Weg nach rechts. Die Evangelische Akademie in Tutzing, die Evangelische Zentrale für Weltanschauungsfragen in Stuttgart und jüngst die Akademie in Loccum bieten dem rückwärts gekehrten Propheten, der sich in seiner Freizeit an der Ästhetik völkischer Signale erfreut, immer wieder Möglichkeiten zur öffentlichen Darstellung.

„Über die Notwendigkeit die Nation zu Denken" konnte sich vom 16. bis 18. Juni in der Evangelischen Akademie Loccum ausgetauscht werden. Zum Auftakt der Tagung mit dem Titel: „Stigma und Normalität, 50 Jahre nach dem Untergang des ersten deutschen Nationalstaates auf der Suche nach der Nation" hatte die Institution der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover **Ulrich Schacht** und Karlheinz Weißmann als Referenten geladen. Nachdem Protest von verschiedenen Göttinger Organisationen gegen die „neurechten Persönlichkeiten" laut wurde, begründete der Tagungsleiter der Akademie Dr. **Jörg Calließ** gegenüber der Presse die Wahl der Referenten damit, daß man sehen wolle, „welche Impulse aus der rechten Richtung kommen" und daß es vonnöten sei, „daß die Diskussion auch mit der Neuen Rechten geführt wird". Man wolle ihnen kein Forum bieten, sondern, so Calließ, einen „kritischen Diskurs" mit ihnen austragen. Beim gemeinsamen Dialog sollten als kritische Stimmen Prof. Dr. Gesine Schwan und Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter helfen.

Beinahe hundert Personen kamen zu dieser Tagung nach Loccum.

Keinen großen Widerhall fand die Protesterklärung der Göttinger AntifaschistInnen, die dazu aufriefen, Karlheinz Weißmann von der Tagung auszuladen. Bevor diese jedoch vorgetragen werden konnte, mußte Jörg Calließ das Publikum beruhigen, das kein großes Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung ohne Teilnahme faschistoider Ideologen hatte.

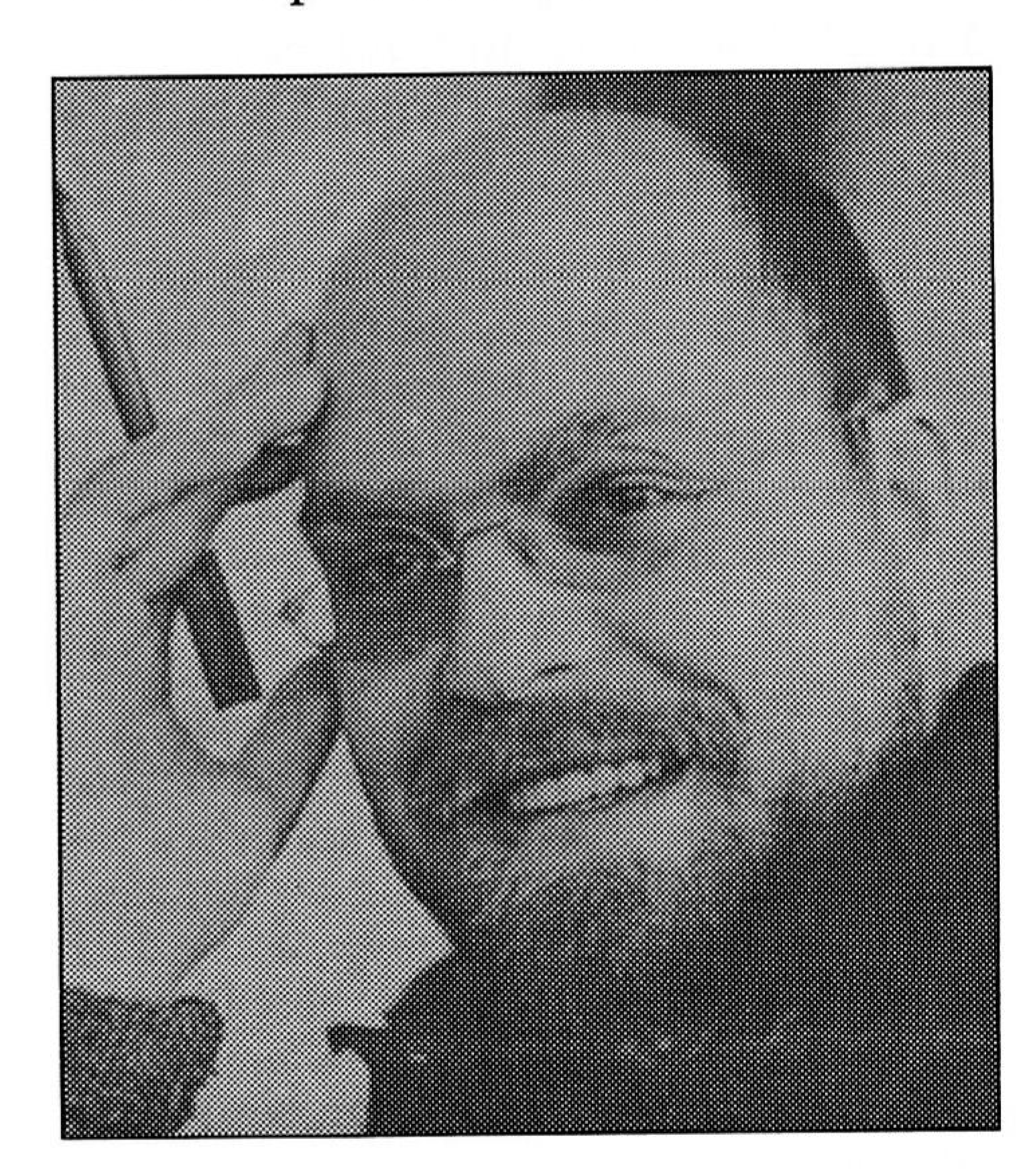
Erst nach einigem Murren und der Forderung doch einfach abzustimmen, ob man „diese Erklärung über sich ergehen lassen möchte", war man gewillt die Delegation aus Göttingen überhaupt anzuhören. Beflissen kehrte man dann zur Tagesordnung zurück.

Kein Wunder, denn im Publikum saßen nicht nur wißbegierige SeminaristInnen, sondern auch Kombattanten der beiden „Jungkonservativen", wie sie sich in der Springer-Presse gerne selber titulieren. Mit von der Partie waren laut TeilnehmerInnen-Liste einige Vertreter vom „Zitier- und Rezensionskartell" (Maria Zens) und Dauerschreiber der faschistoiden Magazine MUT oder CRITICON wie **Dirk Bavendamm**, **Michael Großheim** oder **Graf Hanno von Kielmansegg**, die sich in der Bundesrepublik auf die finanzstärksten Verlagshäuser (**Fleissner**-Imperium) stützen und deshalb auch wie „selbstbewußte Nationalisten" mit einem starken Drang zur Arroganz auftreten können.

Und so wurde sich im kritischen Diskurs „auf die Suche nach der Nation gemacht". Ulrich Schacht hatte seine Position zuvor in sechs Thesen dargelegt, erzählte aber ebenso wenig Neues wie Karlheinz Weißmann.

Wolfgang Gessenharter, Politologe an der Bundeswehrhochschule in Hamburg, stellte anhand Weißmannscher Texte thesenartig die „Konstruktion nationaler Wirklichkeit durch die Neue Rechte" dar. Er bezog sich auf dessen Beitrag aus dem Sammelband „Die Selbstbewußte Nation", herausgegeben von **Heimo Schwilk** und Ulrich Schacht im Ullstein-Verlag: „Herausforderung und Entscheidung. Über einen politischen Verismus für Deutschland".

Weißmann versucht, darin an die italienische Kunstrichtung des Verismo anzuknüpfen, dessen Anhänger sich die „schonungslose Darstellung" der Wirklichkeit vorgenommen hatten. Was man von Weißmann natürlich nicht behaupten kann, in dessen Darstellung von Geschichte werden die „ArbeiterInnen" als TrägerInnen der Gesellschaft in aller Regelmäßigkeit ausgeblendet, ohne die aber jede Geschichtsschreibung zur Märchenstunde verblaßt. Wer - wie Weißmann - den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht zur Kenntnis nehmen will, betreibt notwendigerweise Propaganda, funktioniert als Organisator falschen Bewußtseins. Während Weißmann seine „Mittellage" als Kleinbürger für diese Rolle prädestiniert, kommt bei dem ehe-



Ulrich Schacht

maligen DDR-Bürger Schacht sein persönliches Rachegefühl an einer Gesellschaftsformation, die er 1976 zwangsweise verlassen mußte als prägender Faktor hinzu. Beide nun als Referenten zur „Aktualität von Nation" einzuladen, ist Paradox, weil sie von ihrem eigenen Anspruch her gar nicht aktuell, sondern antiquarisch sein wollen.

Nur einen Katzensprung von Loccum entfernt feierten die Nationaldemokraten am selben Wochenende ihre Sonnenwendfeier mit **Wolfgang Narath**, Ex-Chef der Wiking-Jugend, als „Feuerredner" und Auschwitz-Leugner **Günter Deckert**. Ein kleines Stück weiter östlich in Hetendorf trafen sich die Artgemeinschaft, die Germanische Glaubens-Gemeinschaft e.V., die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V., der Heinrich-Anacker-Kreis e.V., der Nordische Ring e.V. und Northern League, um noch weiter als Weißmann in die Geschichte zurückzurufen zu germanischem Thing und „Blut und Boden"-Dichtung. Während letztgenannte unter sich blieben, haben die Loccumer ihr faschistoides Programm vor kleinbürgerlichem Publikum in gesellschaftlich anerkannter Runde propagieren können.

Von Diskussion und kritischem Diskurs darf da nicht gesprochen werden. Es sei denn, eine Seite ließe sich von der anderen überzeugen, bewege sich von ihrem festen Standpunkt auf die andere Seite zu. Von Großheim, Schacht, Weißmann und Konsorten ist das nicht zu erwarten. Was bleibt: die evangelische Akademie hat wieder ein Stück Mitläuferarbeit geleistet, den faschistoiden Feuerrednern das Unschulds-Wasser geliefert, in das sie bei nächster Gelegenheit ihre schuldigen Schreibhände legen können. AntifaschistInnen aber haben gelernt, daß auf die Evangelische Kirche als Impulsgeberin für die Gesellschaft (Bischöfin Jebens auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg, Juni 1995) mit Vorsicht und Wachsamkeit reagiert werden muß. Das antifaschistische Augenmerk sollte sich nicht nur auf die faschistoide „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland" mit ihrem einschlägig bekanntem Vorstandsmitglied Professor **Klaus Motschmann** richten, sondern auch einmal die „think tanks" der EKD unter die Lupe nehmen.

Es ist an der Zeit, daß sich auch in der Bundesrepublik wie in Frankreich ein Kreis bildet, der sich weigert, in irgendeiner Form mit der sogenannten „Neuen Rechten" öffentlich zu reden.

Raimund Hethey

Kämpfe im „vorpolitischen Raum"

Wie (Neo-) Faschisten mit „Konzerten" ihre Strukturen erweitern.

Der Eindruck, daß die organisierten Neo-Faschisten nach der kürzlich erfolgten staatlichen Repression, bei der Ausübung ihrer menschenfeindlichen Politik eingeschränkt würden, täuscht ebenso wie die Einschätzung, die deutschen Neo-Faschisten würden nun ins benachbarte Ausland strömen. Zwar sind Urteile gegen bekannte Funktionäre wie Heise, Mosler, Worch, Priem oder de Vries - um nur einige zu nennen - erfolgt und Gefängnisstrafen ausgesprochen, dennoch spricht einiges für weitergehende Aktivitäten der Neo-FaschistInnen innerhalb der Bundesrepublik.

Bei genauerer Betrachtung kommt die Erkenntnis, daß der neofaschistische Überbau seine „Aufmarsch-Garde" lediglich im Knast zur Ruhe kommen läßt und die nächste Welle des Terrors ideologisch vorbereitet, begleitet von heimtückischen „Briefbombenattentaten", die für Unruhe in der Bevölkerung sorgen. Die Zersetzung der „Liberalen", das Basteln an „Großdeutschland", der Kampf gegen Linke, Juden und „Nichtarier" findet augenblicklich vom Schreibtisch aus in den Organisations-Medien statt. Mit „Kultureller" Arbeit wird für die Erweiterung der Struktur gesorgt. Dazu gehört auch die „Rock"musik. Regelmäßig finden - von der Öffentlichkeit wenig beachtet - Konzerte von Nazi-Skins statt. Die Polizei verhält sich ganz im Sinne der akzeptierenden Jugendarbeit, sie schaut zu und sichert den reibungslosen Ablauf. Im Zuge von Konzertveranstaltungen gibt es im Anschluß immer wieder Ausfälle „angetrunkener" Nazi-Skins wie die Beispiele Wilhelmshaven, Ristedt, Rheine und Hoerstel-Bevergern zeigen.

Oi, oi! Musik prägt das Vaterland

Das ehemalige Mitglied des Düsseldorfer Stadtrates [„Freie Wählergemeinschaft"], Manager der rechten Skin-Band „Störkraft", zeitweiliger Mitherausgeber des faschistoiden Magazins „Europa vorn" und Geschäftsführer, der von ihm gegründeten „Creativen Zeiten Verlag und Vertriebs GmbH", die u.a. die „Musikzeitschrift" MODERNE ZEITEN herausgibt, **Torsten Lemmer** schreibt in seinem Buch „Skinhead Rock", das im letzten Jahr bei dem bekennenden Ludendorffer **Kurt Winter** im Verlag „Mehr Wissen" erschien, wie Politik und Musik für (neo)faschistische Zwecke genutzt werden kann:

„So ist es auch verständlich, daß die Jugendlichen und Heranwachsenden sich in dieser Art der Auseinandersetzung mit der oben angeführten Musik wie Techno, Hip-Hop etc., die in keinsterweise das vererbte Kulturgut der nordeuropäischen Kultur vertreten, verbunden fühlen: Ein Ausdruck des Protestes!

Mittel - und langfristig werden sich auch die heutigen Heranwachsenden und Jugendlichen ihrer Herkunft besinnen können. Bekanntlich konnte schon in der Vergangenheit Musik ein Vaterland prägen, so ist es denn auch durchaus möglich, daß, wenn sich nationale Organisationen die Musik nutzbar machen und durch die im Buch angerissenen Technologien ausweiten der Rechtsrock im Jahr 2000 die Hitparaden stürmt und über Jahrzehnte bestimmen wird. Natürlich nur unter den Vorzeichen, daß das Vergrößern der vorhandenen Strukturen vorangetrieben wird und alle Leute, die sich im nonkonformen Spektrum betätigen, zusammenstehen." Lemmer, der inzwischen im Umfeld der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL) operiert, will die Subkultur von Jugendlichen unterwandern. Ähnlich denkt der frühere Chef der Bonner Anti-Antifa, **Norbert Weidner**, der sich in dem Boulevard-Magazin STERN und der „TAZ" zu Unrecht als Aussteiger feiern ließ. Weidner will sich laut Stern zukünftig in der Techno-Szene umsehen.

800 Nazi-Skins treffen sich in der Nähe von Rheine

Lemmer arbeitet für neo-faschistische Ziele im sogenannten „vorpolitischen Raum". Eine Idee, die der Geschichtsrevisionist **Karlheinz Weißmann** in seinen Büchern und den faschistoiden Blättern CRITICON, MUT usw. immer wieder vertritt. In der Praxis wird Lemmers Ansinnen in Großkonzerten umgesetzt, die zumindest von staatlicher Seite wohlwollend geduldet und unterstützt werden.

Die Polizei über das Nazi-Skin-Konzert in der Nähe von Rheine/NRW: „Skinhead-Treffen in Hoerstel-Bevergern."

Samstag 13.05. 20.00 Uhr bis 02.00 Uhr. Zum genannten Zeitpunkt fand in einer Gaststätte in Hoerstel-Bevergern ein Skinheadtreffen unter Beteiligung von insgesamt 5 Musikgruppen der rechten Szene statt, insgesamt reisten ca. 800 Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet vorwiegend aus den Neuen Bundesländern an. Die Kreispolizeibehörde Steinfurt reagierte mit einer Lage angepaßten Einsatzkonzeption und dementsprechend bereitgehaltenen Polizeikräften auf diese Veranstaltung. Das Zusammentreffen der Skinheads verlief insgesamt störungsfrei. In einem Fall wurde gegen Unbekannt wg. einer Körperverletzung zum Nachteil eines Skinheads Anzeige erstattet. Die Skinheads traten nach Beendigung der Veranstaltung zum größten Teil noch in der Nacht den Heimweg an. Im Anschluß an die Veranstaltung kam es ebenfalls nicht zur Feststellung polizeilich relevanter Sachverhalte." (Polizeipressemitteilung von KHK Potthoff/Steinfurt)

Auf dem Konzert spielten 3 Bands: Endstufe, 08/15 und eine unbekannte Gruppe. Seit 1981 heizt die Gruppe „Endstufe" aus Bremen in der rechten Shinhead-Szene die Gemüter ein. Für die erste Platte „Der Clou" erhielt der Bremer Bandleader **Jens Brandt** eine Anzeige wg. „Aufruf zur Gewalt" und „Gewaltverherrlichung". Die zweite Gruppe des Abends, die Gruppe „08/15" begann ihre „Musik"-Karriere erst 1993. Mit Texten „Rock gegen Links-Gewaltbereite Spinner" oder „Es war das Vaterland" arbeiten sie eher am Feindbild „Links".

Der Wirt des Lokals „Zum Schwan" beteuerte, daß die Veranstaltung ohne Parolen friedfertig abgelaufen sei und die jungen Skinheads sich sehr gut mit älteren Einheimischen an der Theke verstanden hätten. Gleichwohl gibt er an, daß er das Konzert ausfallen lassen wollte, als er einen Abend vorher von einem Kriminaloberkommissar über den wahren Charakter der Veranstaltung aufgeklärt worden sei. Bei ihm hätten sich nämlich junge chice Männer als Repräsentanten einer Firma ausgegeben („Funny Sounds and Vision GmbH", Geschäftsführer: Torsten Lemmer), die eine Geburtstagsfeier veranstalten wollten. Die Polizei habe ihn nachgerade „gedrängt" die Veranstaltung durchzuführen, da schon eine Menge Skinheads angereist waren.

Im Anschluß an das Konzert kam es an der Raststätte „Dammer Berge" zu einer „Plünderung" eines Kiosks (Spirituosen im Wert von 80,-DM) und vor dem alternativen Zentrum „Villa Kunterbunt" in Bünde/Westfalen

Fortsetzung auf Seite 19

Winfried Holzinger

Der NS-Staat als Gestapo-Staat

Die Funktion der Sicherheitsapparate in Deutschland

Fünfzig Jahre nach der Befreiung der nationalsozialistischen Vernichtungslager ist es noch immer nötig, gegen das Vergessen dieser grausamen und perfekt organisierten Vernichtungsmaschinerie zu mahnen und daran zu erinnern, wozu ein Herrschaftsregime in der Lage ist. Geschichte ist das Arsenal unserer Erfahrungen; man muß sie kennen, um aus ihr bestätigt oder gewarnt zu werden.

„Das politische Urteil, im Entstehen und in seiner Anwendung, ist mitangewiesen auf Vergleiche.", so Eugen Kogon in seinem Vorwort zum Buch "Der SS-Staat". Gerade die Erfahrungen in der Weimarer Republik mit all ihren Grundausstattungen, insbesondere von Freiheits- und Menschenrechten für einen demokratischen Staat lehren uns, daß die Demokratie nie ein Zustand ist, sondern eine Forderung bleibt. Denn unsere Vergangenheit hat gezeigt, welche Auswirkungen ein perfekter und allgegenwärtiger Sicherheitsstaat mit seinem Machtapparat hat.

Aus den Erfahrungen mit dem Faschismus haben wir gelernt, daß die Polizei bzw. das Gewaltmonopol nicht ein Instrument der herrschenden Institutionen sein darf, sondern daß dem polizeilichen Handeln dort Grenzen gesetzt sein müssen, wo es mit den Rechten der Bürger kollidiert, denn polizeiliches Handeln soll die Rechte der Bürger erst sichern.

In der Weimarer Republik zeigte es sich, daß es gerade die Polizeibeamten waren, die ohne jeglichen Widerstand, trotz des Schwurs auf die Weimarer Verfassung, den dienstlichen Treueeid auf "Führer und Reichskanzler" ablegten. Selbst im Preußen der Weimarer Republik, das als ein "Bollwerk der Demokratie" galt, kapitulierte sie kampflos und ohne Widerstand beim Staatsstreich des Reichskanzlers Franz von Papen. Mit der republikanischen Zuverlässigkeit der Polizei war es demnach nicht weit her. Die noch immer weit verbreitete Vorstellung von der uneingeschränkten Verfassungstreue und demokratischen Integrität der Weimarer Polizei und die Behauptung, die Polizei sei gegenüber dem Nationalsozialismus resistent gewesen, ist eine Legende. Vielmehr orientierte sich ihr Selbstverständnis an den Leitbildern der vergangenen Monarchie, die Ausbildung in den Polizeischulen entsprach der Orientierung an vordemokratisch-militärischen Denkmustern und Handlungskonzepten. Ihre Richtlinien bezogen sich nahezu ausschließlich auf den verbandsmäßigen Einsatz der Schutzpolizei. Der Elberfelder Flaggenskandal, der Berliner Blutmai waren ein Indiz dafür, daß sich die Polizei auf eine Bedrohung von links fixiert hatte. Gegenüber dem Straßenterror der SA-Trupps verhielt man sich wesentlich zurückhaltender. Die Geschichte zeigt, daß gerade in den Anfängen des Nazi-Faschismus die Polizei es war, unter deren Schutz SA-Verbände auch die letzten Bastionen des Hitler-Widerstandes eroberten. Trotz der offensichtlich begangenen Rechtsverstöße durch die SA-Horden, wie z. B. bei der Besetzung der Gewerkschaftshäuser oder den Zerstörungen von jüdischem Eigentum, schritt die Polizei nicht ein. Schon hier zeigte sich, daß das Handeln dieser Polizei von ihrer Sympathie für monarchistische, deutschnationale und republikfeindliche Leitvorstellungen geprägt war. Begleitet wurde diese Prägung bei den jungen Beamten von einem politischen Desinteresse und wenig Engagement. Der weitgehende Gehorsam der Mehrheit der Polizeibeamten gegenüber dem neuen nationalsozialistischen "Dienstherrn" wurzelte wohl nicht zuletzt in dem traditionellen, preußisch-deutschen Beamtenrechtsdenken, nach der ein Beamter besonders eng mit dem Staat verbunden und aus diesem Grund zu einer "gesteigerten" Treuepflicht gegenüber seinem jeweiligen Dienstherrn verpflichtet sei. In der Geschichte des Berufsbeamtentums hat dieses bedingungslose Unterwürfigkeitsverhältnis den Typus des Staatsdieners geschaffen. Der Gleichschaltung der Polizei im Nationalsozialismus stand aus den Reihen der Polizei wenig entgegen.

Im Verlaufe des Faschismus entwickelte sich die Polizei mit der Gestapo und den SS-Verbänden zu einem Mittel des Terrors, mit dem sie die Gewaltherrschaft der Nazis erst ermöglichte.

Der internationalen Militärgerichtshof kam in Nürnberg bei der Anklage gegen die "Geheime Staatspolizei" - allgemein bekannt als "Gestapo" - zu folgendem Urteil: "Die Gestapo und der SD wurden für Zwecke verwandt, die gemäß Statut verbrecherisch waren; dazu gehören die Verfolgung und Ausrottung der Juden, Grausamkeiten und Morde in Konzentrationslagern, Ausschreitungen in der Verwaltung der besetzten Gebiete, die Durchführung des Zwangsarbeitsprogrammes und Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen. ...Bei der Gestapo schließt der Gerichtshof alle Exekutiv- und Verwaltungsbeamten des Amtes IV des RSHA oder solche, die sich mit Gestapo-Angelegenheiten in anderen Abteilungen des RSHA befaßten, sowie alle örtlichen Gestapo-Beamten ein, die innerhalb und außerhalb Deutschlands ihren Dienst versahen...."

Mit der Gestapo wurde ein Klima der Angst geschaffen; ihr Ziel war es, jede Gruppierung, jeden Kopf zu kontrollieren und schließlich mit der nationalsozialistischen Staatsideologie gleichzuschalten. Ein großes Netz von Spitzeln, führte endlose Dossiers über Hemmungslosigkeit, Triebhaftigkeit, Vergnügungssucht, Oberflächlichkeit, Unehrlichkeit und allgemeine Verwahrlosung. Besonders überwacht wurden durch sie, neben Juden, die politischen Gegner, die Arbeiterbewegung, die Kirchen, die Sekten und Freimaurer, die Sport-, Jugend- und Gesellschaftsvereine, die Wirtschaft, Ausländer, Kriminalität und Schrifttum, Presse, Rundfunk, Musik, Theater, Film, Bildende Künste, Wissenschaft, Erziehung... usw. usw. Es blieb kein Bereich des Lebens unbeobachtet. Diese gewonnenen Erkenntnisse führten z.B. wegen "volks- und staatsverräterischer Haltung" zu Verhaftungen. Die Gestapo organisierte ab 1938 die ersten großen Deportationen von Juden in die Konzentratiosnlager.

Der nationalsozialistische Staat war zentral organisiert. In der Weimarer Republik gab es zuvor keine Reichspolizei. Die Polizeihoheit lag bei den Ländern. So war es das erste Interesse der NS-Regierung, eine Reichspolizei zu schaffen, die der Reichshoheit unterlag. Die Länder hatten grundsätzlich die Zustimmung des Reichsinnenministers einzuholen, wenn sie im Bereich der Organisation, des Beamtenrechts, der Personalbestimmung sowie der Ausbildung etwas ändern wollten. Viele SS-Einheiten setzten sich auch aus der Ordnungspolizei zusammen, wo sie jedoch unverändert Bestandteil der Ordnungspolizei blieben. Wie für die Schutzpolizei hatte die Reichshoheit bzw. die Unterstellung unter den Reichsführer der SS auch für die Kriminalpolizei bedeutsame Veränderungen zur Folge. Die Führung der ehemals länderrechtlich verschieden aufgebauten Kriminalpolizeien wurden unter das Reichskriminalpolizeiamt zusammengefaßt. Ein besonderes Konzept zur Kriminalitätsbekämpfung waren hier die sogenannten Präventivmaßnahmen, wie die polizeiliche Vorbeugungshaft bzw. die Sicherungsverwahrung. 1943 stellte die Zeitschrift "Deutsche Polizei" in einem Rückblick fest, daß sich die Kripo nach ihrer Eingliederung in die Sipo noch weit weniger als vorher darauf beschränkt habe, "ausschließlich repressiv tätig zu werden, sondern sie wandte aus dem völkischen Schutzgedanken heraus der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung ihren Hauptaugenmerk zu". So wurde z.B. in Hamburg die Deportation der Sinti und Roma in die Vernichtungslager durch die Polizei im Rahmen von präventivpolizeilichen Maßnahmen durchgeführt. Es waren also Polizeieinheiten, die mitverantwortlich für den gesamten Mordapparat waren, der sich in den besetzten Gebieten und im Inland organisierte und in den Konzentrationslagern endete. Hierbei haben sich die sogenannten Polizeibataillone besonders hervorgetan.

In den Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozessen wurde zwar die SS zur verbrecherischen Organisation erklärt; da die Richter jedoch den inneren Aufbau der SS nicht durchblickt haben, wurde die Ordnungspolizei in der SS nicht als kriminelle Organisation erkannt. Dieses sollte auch für die Zukunft bei der Gründung der Polizei in der Bundesrepublik von besonderem Nachteil sein.

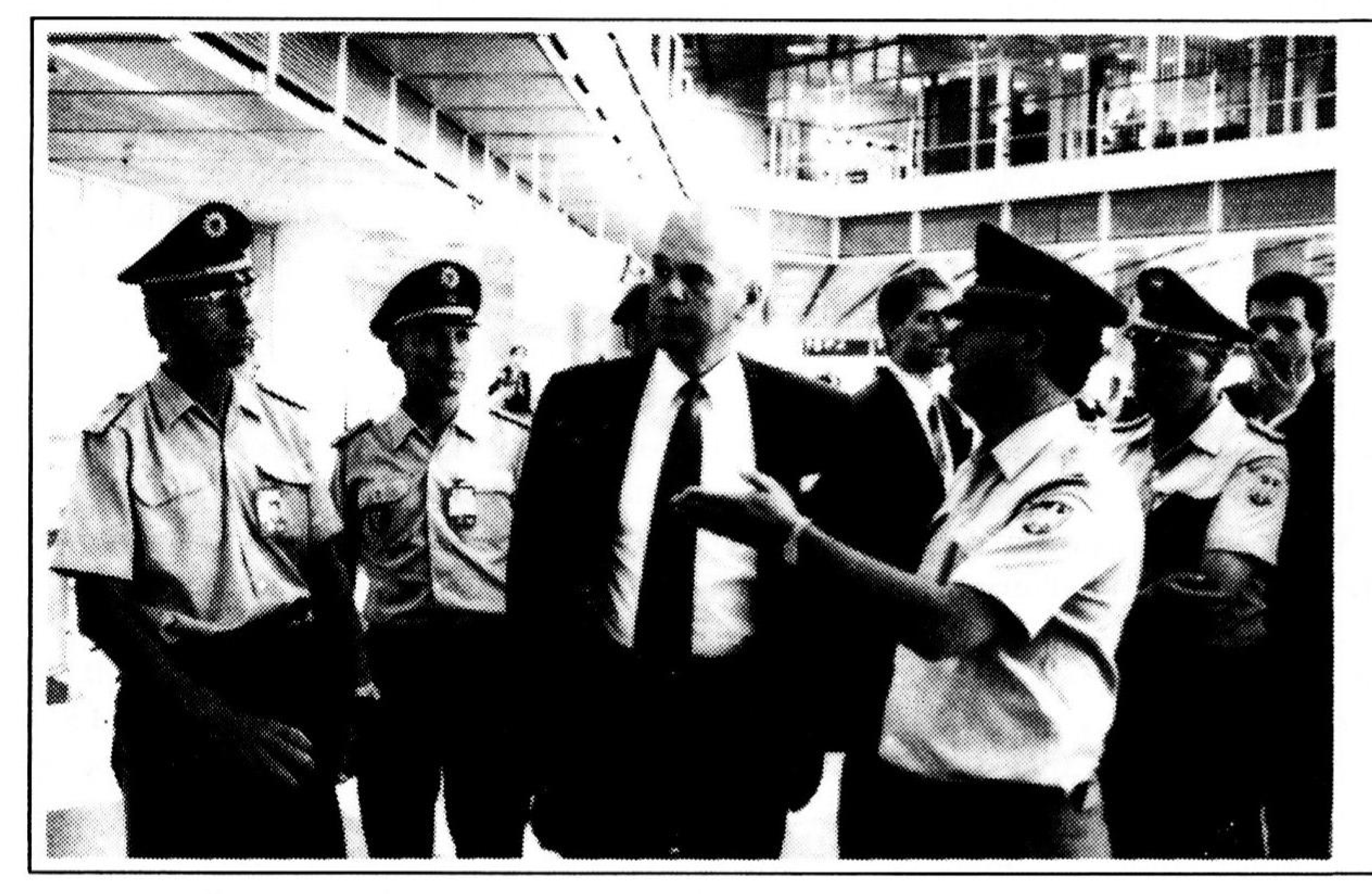
Nach der Kapitulation erfuhr der "Komplex" Polizei trotz der bekannten Erfahrungen im faschistischen Herrschaftssystem keine besondere Beachtung durch die Siegermächte. Bald gingen die Alliierten zunehmend dazu über, die zukünftigen Polizeibeamten aus den Kriegsgefangenen zu rekrutieren. Dies führte bald dazu, daß der neue Polizeiapparat mit Polizeibeamten mit faschistischer Vergangenheit durchsetzt war. So mußten z.B. im Herbst 1945 einige neu eingerichtete Polizei-

schulen geschlossen werden, da jeweils der gesamte Lehrkörper mit Faschisten besetzt war. Trotzdem gelang es vielen mit ihrer faschistischen Vergangenheit weiterhin in die Polizei eingestellt zu werden. Viele Polizeibeamte, auch aus der ehemaligen Gestapo, die sogar als Kriegsverbrecher ausgewiesen und gesucht wurden, besetzten Führungspositionen in der neuen Polizei. Kriminalpolizeiliche Ermittlungen im Auftrag der "Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen" gestalteten sich sehr schwierig. Einerseits wurden diese ermittelnden Kriminalbeamten in den Reihen der Polizei als "Nestbeschmutzer" angesehen und das schränkte ihre Ermittlungen ein, andererseits sahen sie sich einem schier undurchdringlichen Netz aus Absprachen, von Zeugenbeeinflussungen und Beweismittelmanipulationen durch diese Po-

neuen Polizei, und das auch für die weitere Zukunft.

Die eigentliche Grundhaltung der damaligen Polizeipolitik läßt sich deutlich an einer Erklärung des damaligen Ausschußvorsitzenden für Zuständigkeitsabgrenzungen, Wagner (SPD), veranschaulichen. Im Gespräch über einen Artikel des Grundgesetzes, der die Notwendigkeit der demokratischen Kontrolle der Polizei ausdrücklich formulieren sollte, erklärte er:

"Bei uns war an und für sich ein Verlangen nach einer demokratischen Kontrolle der Polizei eigentlich völlig überflüssig. - hierauf erfolgte Zustimmung von den Anwesenden - weiter: Der Innenminister ist verantwortlich für die Polizei. Wenn wir aber im Ausschuß etwas wie 'demokratische Kontrolle' akzeptieren wollen, so müssen wir doch irgend etwas, was bisher nicht in Ordnung war, heilen



Beistand für die Polizei . . . Manfred Kanther stellt sich nicht nur im politischen Raum jeder Verunsicherung der Sicherheitsorgane entgegen — auch durch persönliches Auftreten demonstriert er politische Rückendeckung (Foto: Von Polizeibeamten auf dem Münchner Flughafen läßt er sich über die Umsetzung des Asylkompromisses informieren)

Foto: Privat

Obenstehend als Dokumentation ein Ausriß aus dem "Deutschland Magazin" der schwarzbraunen "Deutschlandstiftung". Heute wie damals führt die Polizei das aus, was der starke mann befiehlt

lizeibeamte ausgesetzt, so wie es sonst nur heute aus dem Bereich der "Organisierten Kriminalität" bekannt ist. So schilderte damals die Staatsanwältin Frau Dr. Just-Dahlmann, daß sie ihre Ermittlungsakten nicht einfach an jede beliebige Polizeidienststelle weitergeben konnte, weil sie nicht wüßte, ob die Akten dort nicht in die Hände eines Beamten geraten würden, der zu dem von ihr gesuchten Täterkreis gehörte. Deshalb unterblieben auch von der "Zentralen Stelle" die Ausschreibungen dieser Täter im Fahndungsbuch.

Dieses waren die ersten Umstände, die eine Demokratisierung der Polizei als Reaktion auf die Erfahrungen aus dem Faschismus verhinderten. Die Gründung von Truppenpolizeien mit ihrem paramilitärischen Charakter, die alle Polizeianwärter durchlaufen mußten und wo sie auf Polizeiausbilder trafen, die sich im Krieg bereits "bewährt" hatten, waren ein weiteres Element. Denn diese Truppen wurden auch bald politisch mißbraucht, wie es an Hand des Hamburger Hafenstreiks, der Studentendemonstration 1951 und dem Flügger-Streik im Jahr 1952 belegt werden kann. Das schon zu kaiserlichen Zeiten bekannte und im Faschismus gültige Beamtenrecht bildete die Rahmenbedingungen der beamtenrechtlichen Abhängigkeiten der Polizeiangehörigen in der

wollen, und ich habe das Empfinden bei uns nicht gehabt."

Wie wenig Politik bereit war, aus der Vergangenheit zu lernen und eine demokratische Polizei aufzubauen, zeigte eine weitere Äußerung: Dr. Menzel (SPD), Mitglied des SPD-Parteivorstandes und zu dieser Zeit Innenminister von Nordrhein-Westfalen, argumentierte in einem Gutachten für Kompetenz der Zentralgewalt der künftigen Polizei, die noch über die Weimarer Verfassungslage hinausgehen sollte:

"Es wurde uns gesagt, daß meine Vorschläge weitergehen als die Ermächtigungen der Weimarer Verfassung. Meine Herren, das ist richtig, aber Sie dürfen doch nicht verkennen, daß wir - leider, kann man auf diesem Gebiet sagen - eben eine Entwicklung hinter uns haben, die auch zu anderen Überlegungen zwingt. Wir hatten damals eine Wehrmacht. Dem Reiche stand also ein Instrument zu seiner eigenen Sicherheit zur Verfügung. Das haben wir nicht mehr. Ich gebe zu, daß ich die Dinge leicht zu scharf sehe, vielleicht aus der Situation Nordrhein-Westfalens und des Ruhrgebiets heraus; aber - und das muß ich vor allem als Politiker sagen - auch aus dem, was in der russischen Zone und in Berlin geschieht. Die Polizei ist heute der einzige Machtfaktor, der uns geblieben ist und auf lange Zeit bleiben wird. Daher müssen wir ihn unter ganz anderen Gesichtspunkten sehen als zur Zeit der Weimarer Verfassung."

Hier zeigt sich eindeutig das Staatsverständnis, in dem schon zu erkennen ist, daß Politik mit der Polizei auch gegen den Bürger durchgesetzt werden soll. Dies sah auch Ernst Reuter (SPD) so: "Denn die Polizei ist der Inbegriff der staatlichen Macht und die einzige staatliche Macht, die uns geblieben ist....Das ist die einzige Exekutivmöglichkeit, die der moderne Staat hat, und alles andere, was Sie da in Artikel 29 hineinschreiben, ist weiße Salbe." Schon zu dieser Zeit wurde in diesem Ausschuß über Polizeiverbände nachgedacht, die auf Bundesebene organisiert sind, so wie sie später in Form des Bundesgrenzschutzes organisiert wurden. Insgesamt zeigten sich hier bereits eindeutige Entscheidungen hin zu einem Obrigkeitsstaat, der sich seiner Polizei bedient und nicht zuerst an die Überzeugungsfähigkeit seiner Bürger denkt.

Schon bald wurden Truppenpolizeien und der Bundesgrenzschutz gegründet, letzterer diente dann auch als Militärersatz, aus dem heraus später auch die Bundeswehr gebildet wurde.

Am Anfang war für alle Aufrüstungen der Kommunismus in der Polizeidebatte von Bedeutung, der die innere und äußere Sicherheit bestimmte. Dieses Feindbild wurde gepflegt und fand breiten Raum in der politischen und ethischen Erziehung der Polizeibeamten. Alle Elemente dieser innerstaatlichen Feinderklärung findet man in der Periode des kalten Krieges wieder. Sie waren Teile einer Politik, die die Remilitarisierung, die Westintegration und mit beidem die Absicherung der Interessen der alten gesellschaftlichen Kräfte zum Ziel hatten.

In dieser Zeit fand auch die größte Umbruchsphase im Bereich der Inneren Sicherheit statt, die zum Modell des starken Staates führte. Sie bedeutete die Zentralisierung der Polizeien und die Gründung von Geheimdiensten. Ihren Abschluß fand sie in der Gründung der Bundeswehr und in den Notstandsgesetzen.

In den siebziger Jahren fand ein Wandel der polizeilichen Konzepte und Instrumente, mit einer Abkehr vom militärischen Modell der Polizei und eine Orientierung der Sicherheitswahrung an den alltäglichen zivilen Aufgaben statt. Der Wandel führte zur Modernisierung des polizeilichen Instrumentariums in den 80er Jahren. Hierbei wurden die bundespolizeilichen Kompetenzen (mit dem Bundeskriminalamt als Zentralstelle und mit weiteren Ermittlungsbefugnissen ausgestattet) gestärkt und Geheimdienste ausgebaut. Polizeiliche Eingriffsbefugnisse wurden erweitert, die nun auch polizeiliche Maßnahmen gegen unverdächtige Bürger zuließen. Es wurden neue Straftatbestände des politischen Strafrechts erlassen, die als Einfallschneisen für daran gebundene polizeiliche Ermittlungsbefugnisse galten. Die Technisierung, u.a. in Form von neuen Mitteln der Kommunikation und computerisierten Datenbanken, bestimmten die Organisationsreform der Polizei. Sie bedeuteten insgesamt eine "präventive Kehre" der Polizei. Die Möglichkeiten der Daten- und Informationsverarbeitung lassen ei-

nen informatorischen Zugriff auf die Gesellschaft zu, der durch die Zusammenführung von vielfältigen Informationen durch modernere Datentechnologien möglich wurde. Das Ergebnis sind frühe präventive Zugriffe mit einem flexibleren, differenzierteren und dosierbareren Gewaltinstrumentarium, als es traditionell üblich war. Dieses war auch der Beginn der Entmilitarisierung der Polizei. Die Bedrohung des Staates lag nicht mehr im Ausnahmezustand des Bürgerkrieges sondern im bürgerlichen Alltag.

Diese Entwicklung bedeutete jedoch nicht eine Demokratisierung des staatlichen Gewaltmonopols, da sich an der Funktion der Polizei als Garant staatlicher Sicherheitszwecke nichts geändert hat. Die Organisationsreform der Polizei begründete sich an den staatlichen Sicherheitszwecken, die nur die Effizienz der Sicherheitsapparate steigerte und sie zentralistischer, entgegen föderalistischer Prinzipien, organisierte und eine Konzentration von staatlicher Macht zur Folge hatte. Für den Bürger wurde die Polizei in der alltäglichen Arbeit abstrakter, weniger überschaubarer und kontrollierbarer. Die Rechtsentwicklung bedeutete eine Veralltäglichung des Notstandes. Ausnahmebefugnisse, z.B. Kontrollbefugnisse, für die Polizei erschienen nun in Form allgemeiner Gesetze, die im Alltag angewendet wurden. Grundrechtseinschnitte fanden unterhalb des formellen Notstandsfalles stand. Im Wege der sogenannten Anti-Terrorismus-Gesetzgebung Mitte der siebziger Jahre wurden für die Polizei im Rahmen der Strafprozessordnung und des Polizeirechtes Kontrollbefugnisse verabschiedet, die weit über den vorgegebenen Terrorismus-Bezugspunkt hinausgingen. Diese Kontrollbefugnisse wurden gegen jedermann anwendbares allgemeines Recht.

Die alltägliche Kriminalität wurde in den 80er Jahren als politische Bedrohung gewertet und politisiert. Neue Formen des politischen Protestes traten in Erscheinung und paßten auch nicht mehr in das Bild von ehemals revolutionären Umstürzen bzw. Notständen. Dadurch verschwand der Unterschied zwischen der Normal- und der Ausnahmelage. Die einst klare Differenzierung zwischen der Alltagskriminalität und den staatsgefährdenden Bestrebungen hat für die Polizei an Konturen verloren.

Im Rahmen der präventiven Wende fand sich die "vorbeugende Verbrechensbekämpfung" als ein allgemeiner Begriff in allen Polizeigesetzen wieder, die nun auch mit geheimdienstlichen Befugnissen ausgestattet wurden. Die zentrale Zusammenführung von Datenbeständen führte zu einer besseren Diagnose- und Prognosefähigkeit der Polizei, die den einzelnen Polizeibeamten, wie hier bei der Gestapo beschrieben wurde, nicht mehr notwendig machte.

Festzustellen ist, daß die Erfahrungen aus dem Gestapostaat in die Neuentwicklung der Polizei nicht umgesetzt wurden. Alte Sicherheitsdoktrinen wurden in neuer Instrumentierung umgewandelt. Es fand eine Modernisierung dieser staatlichen Maschinerie statt, die immer mehr mit geheimdienstlichen Mittel unter Außerachtlassung rechtsstaatlicher Gebote und Erfahrungen aus der Vergangenheit ausgerüstet wird. Dies führt zu Demokratieverlusten, denn die "Innere Sicherheit" entwickelt sich zur Generalpolitik, in der unbewältigte Probleme in der Gesellschaft zur Polizeiaufgabe transformiert werden. Die Ereignisse innerhalb der Polizei begründen die Gefahr, daß sich dort bestimmte Grundhaltungen zu Feindbildern neu beleben. Fraglich wär dann, in wieweit die Polizei in Krisensituationen bereit wäre, sich für den Bestand grundrechtlich verbürgter Freiheitsrechte der Bürger einzusetzen.

Helmut Brinkmann-Kliesch

Collegium Humanum

Generationswechsel ohne ideologische Kursveränderungen

Seit den sechziger Jahren existiert nun schon in Vlotho/Weser in Ostwestfalen die Bildungsstätte Collegium Humanum. Bis vor ca. einem Jahr wurde diese entscheidend vom mittlerweile 85jährigen Altnazi Prof. Werner Georg Haverbeck geleitet. Zeit für einen Generationenwechsel, auf den AntifaschistInnen schon seit einiger Zeit gewartet hatten.

Und es kam, wie es kommen mußte: nach einm kurzen Intermezzo eines Märchenzentrums aus Süddeutschland übernahm der Duisburger Zahnmediziner **Hans-Jürgen Klose** die „pädagogische" Leitung. Veränderungen? Kaum! Nur: Klose verfügt anscheinend über aktuellere Kontakte in rechtskonservative und rechtsextreme intellektuelle Kreise hinein.

Jean Ringenwald und die deutschen Volksmärchen

Im Frühjahr 1990 kamen immer mehr Menschen mit schwäbischem Akzent in die kleine ostwestfälische Stadt Vlotho. Verwunderlich, dachten sich viele; wo kommen sie her und was wollen sie hier. Schnell stellte sich heraus, daß sie allesamt zum Märchenzentrum Troubadour gehörten.

Mit ca. 20 Personen zog dieses in jenem Nachwendejahr von Heilbronn nach Vlotho. Leiter und charismatische Überfigur dieser märchenerzählenden Lebensgemeinschaft ist bis auf den heutigen Tag **Jean Claude Ringenwald**.

Ebenso wie der oben erwähnte **Haverbeck** war Ringenwald Pfarrer der anthroposophischen Christengemeinschaft. Ob sich die Herren aus jenen Jahren kennen, konnte nie genau herausgefunden werden. Klammer ihrer ideologischen Orientierung ist in jedem Fall die anthroposophische Ausrichtung ihres „Geisteslebens", so die Steinersche Begrifflichkeit fürs Denken.

Hatte Haverbeck besonders 1990 mit seinem Buch „Rudolf Steiner - Anwalt für Deutschland", daß bei Langen-Müller in München erschien, eine flammende Streitschrift verfaßt, in der Rudolf Steiner als „nurdeutscher Nationalist" dargestellt wird, so sind ähnliche, eindeutige ideologische Eckpunkte bei Ringenwald nicht zu verzeichnen.

Das Märchenzentrum zog also ins Collegium Humanum und viele kritische BeobachterInnen freuten sich über diese Veränderungen, dachten sie doch, daß nun mit den rechtsextremen Aktivitäten dort Schluß sei.

Aber Haverbeck und Co legten im Pachtvertrag fest, daß eine bestimmte Anzahl von Seminaren weiterhin unter der Regie des alten Trägervereins stattfinden konnten. So trafen sich weiterhin die Witikonen, der Weltbund zum Schutze des Lebens - Deutschland (WSL-D) und andere rechtsextreme Organisationen in Vlotho. Dies führte zu einer scharfen Kritik von engagierten SozialdemokratInnen und antifaschistischen Einzelpersonen.

Als dann Ringenwald und seine MiterzählerInnen zunächst einen Kindergarten, in Folge eine Freie Schule (mit Internatsbetrieb) und ein esoterisches Zentrum mit riesigem Ausmaß planten und bauen wollten, regte sich massiver Widerstand.

Genauere Recherchen offenbarten dann, wie nah Ringenwald und Haverbeck, wie eng das Collegium Humanum und das Märchenzentrum Troubadour doch miteinander verbunden waren. So verkündeten sowohl die „Lebensschutzinformationen - Stimme des Gewissens" (das Hausblatt des Collegium Humanum, erscheint zweimonatlich) als auch die DESGinform, daß sich die beiden Herren gemeinsam mit dem reaktionären Märchenforscher **Helmut Fischer** zur Sommersonnenwende 1991 an den Externsteinen einfinden würden. Das ganze wurde eingebettet in eine Tagung zu den tieferen Bedeutungen der deutschen Volksmärchen.

Weiterhin ergaben Gespräche bezüglich der Konzeption der Schule, wie unausgegoren und romantisch-verklärt, mythisierend die Vorstellungen der pädagogisch Verantwortlichen waren. Eine Nachfrage der Vlothoer Grünen ergab, daß der NS im Schulunterricht kaum behandelt werden könne, da ja niemand in dieser Zeit gelebt habe.

Erst nach vielen Protesten, einer Arbeitstagung mit Jutta Ditfurth, auf der die Zusammenhänge zwischen Rechtsökologie, Esoterik und Neofaschismus umfangreich erörtert wurden, distanzierte sich die Märchengemeinschaft vom Collegium Humanum und kündigte 1993 den Pachtvertrag. Seitdem führen sie ein relativ ruhiges Dasein in den verbliebenen Gebäuden, die sie in Vlotho gekauft haben. Das Schulprojekt wird sicherlich nicht genehmigt. Ihre „Märchenzeitschrift" mußten sie mangels finanzieller Masse Ende 1994 einstellen.

Die Chose mit Klose

Auf einer Arbeitstagung des AKE-Bildungswerks Vlotho mit Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka im Herbst 1994

kamen diese bei der Einschätzung des Märchenzentrums zu dem Ergebnis, daß sie dieses als „rechtskonservativ" bezeichnen würden, mit starkem sektenähnlichen Einschlag. Eindeutig „neofaschistisch" sei es nicht. Wohl aber würden in der (zu dem Zeitpunkt noch erscheinenden) Märchenzeitschrift Texte mit Zitaten und Bezügen zu AutorInnen abgedruckt, die im Faschismus eine ideologisch wichtige Rolle spielten.

An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß in einer Ausgabe der Märchenzeitschrift mit dem Themenschwerpunkt „Märchen und Mythen" auch ein Aufsatz des gut bekannten **Hennig Eichberg** abgedruckt war. Auf Nachfrage erklärten die Troubadoure, der Autor sei ihnen persönlich und politisch nicht bekannt. Sie sahen auch im nachhinein keinen Anlaß, sich kundig zu machen.

Politische Naivität oder bewußte Täuschung?

Dies fragte sich die Vlothoer Presse auch, als im Herbst 1994 deutlich wurde, daß es einen neuen Aktivisten im freigewordenen Collegium Humanum gab. Der Duisburger Zahnmediziner Hans-Jürgen Klose, bis zu jenem Zeitpunkt in Antifa-Kreisen noch nicht bekannt, wurde vom Vorstand des Vereins als neuer Pächter der Seminarstätte vorgestellt, der „pädagogische Angebote für Jugendliche" installieren wolle. Tatsächlich brachte Klose eine Pferdezucht nach Vlotho, die er vorher in Hamminkeln bei Wesel betrieben hatte.

Schnell stellte sich jedoch heraus, daß Hans-Jürgen Klose kein schlichter reitender und züchtender Zahnarzt ist. Anfang 1995 präsentierte er der etwas verdutzten regionalen Öffentlichkeit ein umfangreiches Seminarprogramm unter dem Logo des Collegium Humanum. Er ließ es sogar über die (schlafende) Stadtverwaltung an alle Ratsmitglieder verteilen; zudem gelang es ihm, Anzeigen für seine Seminare in der Vlothoer Presse zu schalten.

Entschiedene Proteste (seit 1993 gibt es auch im kleinen Vlotho eine Antifa-Initiative) konnten zunächst nichts ausrichten, bis Ende Januar dieses Jahres ein Seminar mit dem Schweizer Auschwitz-Leugner **Bernhard Schaub** stattfand. Gerade an jenem Wochenende 25.-27.1., an dem sich zum 50sten Male die Befreiung von Auschwitz-Birkenau jährte, referierte Schaub im Collegium Humanum zum Thema „Die Idee des Reiches in Geschichte und Religion".

Kontakte zum Mitarbeiter der Schweizer WOZ Jürg Frischknecht ermöglichten es, umfangreich nachzuweisen, wessen Geistes Kind Bernhard Schaub ist. Er gehört zur „AEZ", der Arbeitsgemeinschaft zur Entwicklung der Zeitgeschichte. Diese ist eine wesentliche Schnittstelle der revisionistischen Bemühungen in der Deutschschweiz.

Schaub war Lehrer an einer kleinen Waldorfschule in der Schweiz. Wegen offen revisionistischer Äußerungen und Buchveröffentlichungen („Adler und Rose", Konradin-Verlag Schweiz), wurde er aus dem Schuldienst entlassen.

Die Vlothoer Presse war naiv genug, eine Entgegnung auf die KritikerInnen dieser Seminarveranstaltung durch Hans-Jürgen Klose zu ermöglichen. Klose erklärte der Öffentlichkeit, Schaub sei zwar Auschwitz-Leugner, aber ansonsten ein sehr fundiert argumentierender Geschichtswissenschaftler mit hervorragenden Kenntnissen. Er habe ihm aber verboten, sich in der Angelegenheit „Judenmorde" im Collegium Humanum zu äußern.

Tatsächlich liegt mittlerweile in der Zeitschrift „Aurora" der AEZ eine schriftliche Zusammenfassung des von Schaub in Vlotho gehaltenen Vortrags vor, aus der eindeutig hervorgeht, wie Schaub sein Thema „Idee des Reiches" erläuterte. Er bringt nach dieser veröffentlichten Fassung zwar nicht „eigenmündig" die Auschwitz-Lüge; aber er zitiert umfassend **Ernst Nolte** aus dessen Interview mit dem Spiegel (Nr. 40/94). Was Nolte dort gesagt habe, sei ja offensichtlich nicht straffähig, das könne er ja wiederholen!

Renaissance der Geopolitik

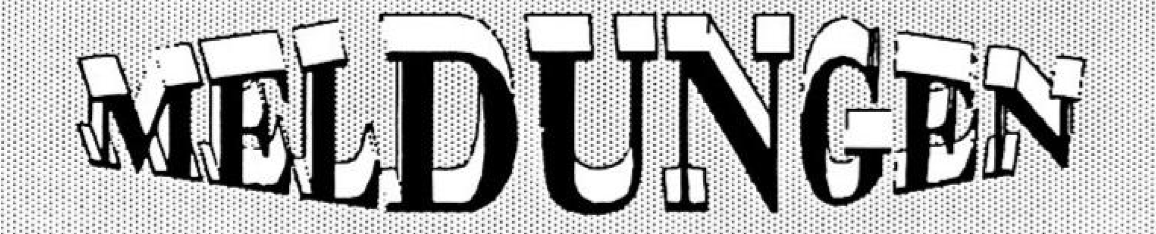
Im März 1995 folgt dann ein u.E. noch wichtigerer Versuch von Hans-Jürgen Klose, die Strategie der Neuen Rechten, rechtskonservative und rechtsextreme Ideen zusammenzuführen, in die Praxis der „Bildungsarbeit" umzusetzen.

Klose lädt zu einem „Geopolitischen Symposion"; und offensichtlich ausgezeichnete Kontakte ermöglichen ihm, folgende Referenten anzusprechen:

Tomislav Sunic, kroatischer Kulturattaché an der Botschaft in Kopenhagen, regelmäßiger Autor in Criticon, Nation&Europa und Junge Freiheit;

Andreas Renatus Hartmann, Mitglied der EVP-Fraktion im Europaparlament, CDU-Mitglied (erschien offensichtlich nicht; ist in der u.g. Paul-Kleinewefers-Stiftung engagiert und wurde über diese Kontakte angesprochen);

Frank Ebeling, Dr. phil., Geschichtswissenschaftler, Mitarbeiter der Paul-Kleinewefers-Stiftung. Ebeling promovierte über „Karl Haushofer und seine raumpolitischen Vorstellungen". Als Buch erschien seine Dissertation (unter gleichlautendem Titel) 1994 im renommierten Ostberliner „Akademie-Verlag". Die Paul-Kleinewefers-Stiftung fußt auf dem Engagement des niederrheinischen Unternehmers mit gleichem Namen, der im NS ein enger Freund von **Karl Haushofer** war. Ebelings Dissertation stellt den wirklich unverfrorenen Versuch dar, Haushofer wieder



Rechtsradikale Wikinger im Freilichtmuseum

Das Freilichtmuseum Oerlinghausen bei Detmold versucht seiner Finanzprobleme mit einem ganz besonderen Publikumsmagnet zu begegnen. Eine Gruppe selbsternannter „Wikinger" aus dem Raum Braunschweig soll für Publicity sorgen. Die Gruppe, die sich heute „Syllatorg" nennt, trat in der Vergangenheit auch unter den Namen „Odins Raben", „Jamfara", „Reafan" und „Thorguard Vikings" auf. Gegründet wurde diese Gruppe von **Harri Schmidt**, der seinen Namen 1982 in **Harri Radegeis** umändern ließ, weil er einen Namen „heidnisch-gotischer Herkunft" tragen wollte. Politisch engagierte sich Schmidt/Radegeis sowohl bei den GRÜNEN als auch beim „Armanenorden" und bei der „Artgemeinschaft". Mitte der 80er Jahre bemühte sich Radegeis seine neuheidnisch-völkische Ideologie in die damals gerade boomende Fantasy-Szene hineinzutragen. Zu dieser Zeit wurde seine mit Phantasiekostümen ausgestattete „Wikingertruppe" oft zu Spektakeln wie historischen Stadtfesten eingeladen, wo sie bei nordischen Schaukämpfen mit Äxten und Keulen das Publikum begeisterten. Die Truppe um Radegeis machte es sich zunutze, daß sich immer größere Kreise in der Rückkehr zur Natur, und in der Folge zu Naturreligionen, Auswege aus der Konsumgesellschaft erhoffen. Eine Fülle von Publikationen und Veranstaltungen zeigen, daß der Markt dafür vorhanden ist. Und so tummeln sich dann bei Sonnenwendfeiern u.ä. nicht nur Neuheiden und Neonazis sondern auch biodynamische Landfreaks und esoterisch gesonnene Großstadtyuppies. Ende der 80er Jahre wurde es relativ still um die „Wikinger", die sich nun unter der Leitung von **Ralf Speiser** (Braunschweig) und **Ulrike Schübli** (Hannover) der „experimentellen Archäologie" verschrieben haben. Das Freilichtmuseum Oerlinghausen - in unmittelbarer Nähe zu den Externsteinen gelegen - bietet damit Raum für die öffentliche Akzeptanz von geschickt verpackter nordischer Rassenlehre und faschistischer Symbolik.

Versammlungen

Bei der diesjährigen Hauptversammlung des "Schutzbundes für das deutsche Volk e.V." Ende April in Frankfurt ist **Friedrich Köberlein** in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt worden. Es referierten dort unter anderem das Erlanger Vorstandsmitglied **Hubert Dröscher** sowie **Karl Richter**, welcher sich der "Perspektiven patriotischer Politik im Deutschland der nächsten Jahre" annahm. Letzterer durfte sich auch beim diesjährigen Kongreß der "Gesellschaft für freie Publizistik e.V." Anfang Mai (in Vertretung für Prof. Dr. **Hans-Werner Bracht**) zum Thema "Standort der deutschen Rechten" auslassen. Hier traten neben dem Vorsitzenden Dr. **Rolf Kosiek** (Nürtingen), Redner wie **Andreas Molau** (N+E, Ex-Redakteur der "Jungen Freiheit"), der ehemalige Leiter des freiheitlichen Bildungswerkes, **Andreas Mölzer**, oder auch der Geopolitiker Dr. **Felix Buch** sowie **Adolf von Thadden**, **Harald Neubauer** und **Josef Schüßlburner** auf.

hoffähig zu machen. Diese Ansichten vertrat er auch schon bei einem in Hannover von der Kleinewefers-Stiftung initiierten Colloqium zur Geopolitik;

Erhard Crome, zusammen mit **Michael Brie** Geschäftsführer der ostberliner „GfsFP“, Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik. Crome lehrt in Potsdam und ihn auf der Liste der Referenten zu sehen, verwunderte am stärksten. Noch nicht abgeschlossene Nachforschungen ergeben, daß allerdings geopolitische Konzepte in den ostdeutschen Sozialwissenschaften recht populär zu sein scheinen. Ein Themenheft „Geopolitik“ erschien von der Zeitschrift „Welttrends“, die eng mit der GfsFP verbunden ist. Gleichfalls handelt die aktuelle Ausgabe der von der GfsFP herausgegebenen zweimonatlichen Zeitschrift „Berliner Debatte Initial“ die Geopolitik ab. Neben ostdeutschen Autoren kommt darin auch zu Wort (Crome war auch „nur“ angefragt“);

Manfred Lauermann, derzeit in Dresden und Bielefeld lehrender „Carl-Schmitt-Experte von links“ (so im Nachspann zu einem Aufsatz von Lauermann über den rechtsextremen, verstorbenen Bochumer Politologen Bernard Willms in Criticon 124, März/April 1994). Lauermann schrieb in Criticon und, paradox (?) schreibt regelmäßig in der „spezial“, einer linksradikalen Zeitschrift aus Hannover. Seine Konzeption könnte mensch als „Kommunikationsgueruilla von rechts“ bezeichnen. Er gilt in sozialwissenschaftlichen Kreisen als Carl-Schmitt-Experte. Über diesen hat er auch im Collegium Humanum referiert; in einer Diskussion sagte er, er hätte Schmitt im Collegium Humanum kritisch dargestellt, was ihm jedoch nicht zu glauben ist.

Speziell die Beziehungen nach Ostberlin lassen viele Fragen offen. Jenseits von diesen, noch zu klärenden Punkten, ist eines ziemlich deutlich: die Neue Rechte strebt über geopolitische Konzeptionen eine neue Rolle Deutschlands in Mitteleuropa an. Dabei soll die Lage dieser Republik eine viel stärkere Dominanz begründen.

Jenseits von Rußland/GUS und den USA soll sich ein Machtblock etablieren, der von Deutschland und deutschen Ideen beherrscht wird und eher Staaten wie Tschechien, die Slowakei, Österreich, die Schweiz, Teile Norditaliens, Teile Polens etc. umfassen soll, als die momentan erfolgende westeuropäische Vereinheitlichung. Ein Blick in den Geschichtsatlas zeigt sofort, daß dies dann die Wiederholung der wirklichen „Idee des Reiches“ ist, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Insofern passen Schaub und **Kleinewefers** gut zusammen.

Kleinewefers, der nach Vlotho seinen Mitarbeiter Ebeling schickte, veröffentlichte diese Ideen bereits zusammen mit dem o.g. **Bernard Willms** 1988 in dem Buch „Erneuerung aus der Mitte. Prag-Wien-Berlin“ (Busse-Seewald-Verlag, Herford/NRW). Dort heißt es dann nicht „Reich“ sondern „Zentraleuropäische Föderation“. 1988, vor dem Fall der Mauer, visionär angelegt, könnte diese Vision 2005 schon real werden. Von gleichberechtigten deutschen Hauptstädten Wien, Prag und Berlin träum(t)en Kleinewefers/Willms.

Um diese welthistorisch angesagte notwendige Vision zu realisieren, müssen dann einige geschichtliche Hindernisse ausgeräumt werden. Die Autoren schreiben:

„Alle öffentlichen Denkmale, die an die Zeit des Terrors erinnern, sollten dem Vergessen anheimfallen, alle Hinrichtungsstätten und die entsprechenden musealen Einrichtungen sollten auf dem Gebiet der Zentraleuropäischen Föderation der besseren Zukunft geopfert werden (ebd. S.177).

Präziser läßt sich eine Geschichtsverdrängung unvergleichlichen Ausmasses kaum ausdrücken; unverblümter auch nicht die dahintersteckende Absicht!

Protest und Widerstand

Brachte schon das Auftreten des Auschwitz-Leugners Schaub das Faß zum überlaufen (es gab eine Spontandemo mit Behinderung des Seminarbeginns), so entschlossen sich GegnerInnen des Collegium Humanum, umfassender eine Gegenöffentlichkeit gegen diese Einrichtung herzustellen. Am 27.5. gab es in Vlotho die erste Demonstration gegen diese rechtsextremen Aktivitäten. Es kamen 300 AntifaschistInnen. Ein breites Bündnis (Sozialdemokratie, Bündnisgrüne, GewerkschafterInnen und Antifa-Gruppen) besteht, daß nach dieser Demo sicherlich seine Arbeit erst recht fortsetzen wird.

Probleme gibt es derzeit mit der Vlothoer Ausgabe des rechtskonservativen bis neurechten Westfalenblatt Bielefeld. Die RedakteurInnen versuchen, die Demo bzw. einzelne DemoteilnehmerInnen als undemokratisch zu diskriminieren und einzelne Vorfälle auf der Demo zu nutzen, um sie als linksextremistisch zu outen. Dies verwundert nicht, wenn mensch weiß, daß der oben genannte Seewald-Busse-Verlag im Besitz eben jenes **Carl Busse** ist, der auch das Westfalenblatt herausgibt.

Als einzige Tageszeitung kündigte das Westfalenblatt sogar überregional das „Geopolitische Symposion“ an. Wie wir hörten, sei, so ein veranwortlicher Redakteur des Westfalenblattes, der Referent Frank Ebeling „koscher“; er würde ihn persönlich kennen.........

Helmut Brinkmann-Kliesch ist Mitarbeiter im AKE-Bildungswerk Vlotho

MELDUNGEN

Deutschgläubige Gemeinschaft lud zum Pfingsttreffen

In der ammerländischen Gemeinde Ofen trafen sich über Pfingsten im Haus der Gesellschaften (Ofener Krug; Köbri) verschiedene Gruppierungen „neuheidnischer“ Herkunft. Eingeladen hatte der 'Humangenetiker' Dr. **F.O. Jungklaaß** aus Bad Zwischenahn, der von sich behauptet, daß er das größte Archiv der „Freigläubigen“ bei sich beherberge. Mit von der Partie waren z.B. der frühere stv. Vorsitzende der Republikaner aus Niedersachsen **Hans-Dieter Haar**, auch als Pflegstellenleiter des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“ (DKEG) überregional bekannt und der stv. Vorsitzende der „Heidnischen Gemeinschaft Berlin“ **Uwe Ecker**. Als Referenten waren Jungklaß selber und **Michael Pflanz**, früheres Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und der neo-faschistischen „Artgemeinschaft“, vorgesehen.

Im Zentrum der Referate standen die „Frauen“, als „Heilerinnen“ und „Göttinnen“. Unter den TeilnehmerInnen gab es kaum Frauen. Die Männer waren unter sich und enttäuscht über die mangelnde Beteiligung. Dabei bot das Programm Lichtbildervorträge über vergangene Treffen und zur religiösen Kultur der Kelten; Met-Proben; heidnische Gedichte und gemeinsame Fahrten zu frühgeschichtlichen Fundstätten. Aufgrund der Zusammensetzung der Teilnehmer dürften die Versuche, insbesondere der Berliner Heidnischen Gemeinschaft, sich von „rechtsradikalen“ Gruppen zu distanzieren, als Makulatur bezeichnet werden. Im kleinen Zirkel wurde Tacheles geredet, faschistoides Gedankengut ausgetauscht.

Geschichtsrevision

Dr. **Joachim Hoffmann** (1930 im damaligen Königsberg geboren), seit 1960 Angehöriger des „Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr“ (MFA), zuletzt als wissenschaftlicher Direktor, drehte in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ (Nr.17/95) die Geschichte auf den Kopf: „Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß der Angriff Hitlers (auf die Sowjetunion) einem mit überwältigenden Kräften vorbereiteten Angriff Stalins nur kurzfristig zuvorgekommen ist.“ Aufgrund seiner „souveränen Forschungspersönlichkeit“ („Criticon“) wurde Hoffmann sowohl von der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) mit der „Walter-Eckhardt-Ehrengabe für Zeitgeschichtsforschung“ als auch von der „Deutsch-Russländischen Gesellschaft“ (DRG) mit derem „Kulturpreis“ geehrt.

Ostpreußenblatt

Zur 45-Jahr-Feier des revanchistischen „Ostpreußenblattes“ in Hamburg, bei dem **Wilhelm von Gottberg**, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, als Festredner auftrat, gingen u.a. Grußadressen von **Alfred Dregger**, **Werner Maser**, **Helmut Kamphausen** und Ex-Botschafter **Horst Kullack-Ublick** ein.

Felix Krebs

Deutsch-Europäische Studiengesellschaft...

... dem Europagedanken der Waffen-SS verpflichtet

Die in Hamburg ansässige Organisation Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG), deren Ideologieschrift Junges Forum (JF) mit 30 Jahren als die älteste Zeitung der "Neuen Rechten" gilt, ist seit langem als rechtsextremistisch bekannt. Weitgehend unbekannt war bisher jedoch, wer sich hinter diesem Namen verbirgt.

Besonders in den 60er und 70er Jahren hatte das *JF* einen erheblichen Einfluß, teilweise auf das gesamte rechtsextremistische Spektrum. Neurechte Vordenker wie **Henning Eichberg** oder **Wolfgang Strauss** begannen hier ihre Karriere und über personelle Kontakte ist die *Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG)* bis heute mit weiten Teilen der neofaschistischen Szene vernetzt. Die ideologischen Vorgaben durch das *Junge Forum* und durch die Seminare der *DESG* haben Einfluß auch auf die sog. Alte Rechte. Neurechte Ideologien, wie z.B. das Modell des Ethnopluralismus und des Regionalismus oder Strategien wie die der Kulturellen Hegemonie wurden hier mitentwickelt und es bestehen enge Verbindungen zur Neuen Rechten im europäischen und US-amerikanischen Ausland. Mit ihrer monatlichen Info-Zeitung *DESG-inform* bietet die *DESG* gleichzeitig einen Überblick über weite Teile der extremen Rechten im In- und Ausland, informiert über Tagungen und über neuerschienene Publikationen.

Zur Geschichte

Die Ursprünge der DESG gehen zurück auf den 1960/61 verbotenen *Bund Nationaler Studenten (BNS),* aus dem mehrere Funktionäre der *DESG* kommen. Darüber hinaus hatten der ehemalige SS-Surmbannführer und Spezialist für Bandenbekämpfung, **Arthur Erhard**, und die von ihm gegründete Zeitung *Nation Europa* Einfluß auf eine 1956 an der Uni Hamburg gegründete *Legion Europa*, die die Nachfolge für den *BNS* in Hamburg antrat. Diese *Legion Europa*, die sich auch Donnerstagsrunde nannte, machte schon durch den Namen deutlich, daß sie sich in der Tradition der eurofaschistischen Waffen-SS begreift, also von einem Reichskonzept der Alten Rechten Abstand nimmt. Aus ihr ging 1964 der Arbeitskreis Junges Forum mit gleichnamiger Zeitung unter der Leitung von **Lothar Penz** und dem aus der Deutsch-Sozialen Union von **Otto Strasser** kommenden **Henning Eichberg** hervor. Eng verbunden war der Arbeitskreis Junges Forum von Anfang an mit der Nouvelle Droite aus Frankreich und derem Chefideologen **Alain de Benoist**. Eichberg forderte die deutsche Neue Rechte solle "gleich der französischen auf die Tradition des revolutionären Linksfaschismus und der europäischen Waffen-SS zurückgreifen." Das Junge Forum, das "erste Blatt der neuen Rechten" wurde schnell zu einem Diskussionsforum der Ende der 60er Jahre sich entwickelnden verschiedenen Gruppierungen der Neuen Rechten. Teilweise fanden diese Kontakte ihre personelle Fortsetzung in den Gesellschaftern des Verlages Deutsch-Europäische Studiengesellschaft GmbH. So z.B. mit dem Berliner **Uwe-Michael Troppenz**, der im JF unter dem Pseudonym **Michael Meinrad** schrieb und von 1969 bis 1972 Mitglied der NPD war und in Berlin zusammen mit **Sven Thomas Frank** die nationalrevolutionäre Außerparlamentarische Mitarbeit gründete. Oder **Klausdieter Ludwig** der 1958/59 Bundesvorsitzender des BNS war und dessen Zeitschrift Student im Volk herausgab und unter dem Pseudonym **Fritz Joß** im JF schrieb.

Der Hamburger *Arbeitskreis Junges Forum,* der sich 1971 vorübergehend auch *Basisgruppe Umweltschutz* nannte, traf sich auch halbjährlich mit den verschiedenen neurechten Basisgruppen und Mitgliedern aus *NPD* und deren Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten (JN)* zum Gedankenaustausch in den sog. Sababurgrunden. Aus diesen Aktivitäten ging dann 1972 die *DESG* mit ihrem Verlag hervor.

Personen und Kontakte

Neben den schon erwähnten Gesellschaftern Troppenz und Ludwig, letzterer ist seit 1994 wieder Vorsitzender der *DESG* und Redakteur des *DESG-inform,* sind oder waren folgende Personen Gesellschafter des *Verlags Deutsch-Europäische Studiengesellschaft :*

Der langjährige Weinheimer *NPD*-Funktionär und heutiger Bundesvorsitzende der *NPD*, **Günter Deckert**, jüngst wegen Auschwitzleugnung verurteilt, 1985 vom Schuldienst entlassen und außerdem Mitglied im *Schutzbund für das deutsche Volk,* war bis 1986 Gesellschafter.

Der ehemalige Chefideologe des verbotenen *BNS* und Schriftleiter dessen Zeitschrift, **Peter Dehoust** aus Coburg. Er ist seit 1971 verantwortlicher Redakteur bei der ältesten neofaschistischen Zeitschrift der BRD *Nation Europa* und gab 1960 bis 1978 den *Deutschen Studenten-Anzeiger(DSA)* heraus. Der *DSA* hatte auch eine Theorieschrift namens *Junge Kritik*, die 1972 mit Gründung des Verlages der *DESG* im *Jungen Forum* aufging. Parteipolitisch war Dehoust lange bei der *NPD* aktiv und ist heute Bundesvorstandsmitglied der faschistischen *Deutschen Liga für Volk und Heimat.*

Der ehemalige Oberleutnant der Reserve, **Heinz Dietrich Flöter**, Gesellschafter bis 1986, kam ebenfalls aus der *NPD*, er kandidierte 1969 für sie in Bayern für den Bundestag und war außerdem 1971 Mitherausgeber des *Deutschen Studenten Anzeigers.*

Auch der Münchner **Rüdiger Schrembs** kam aus der *NPD,* wurde aber 1974 Leiter eines Arbeitskreises Ideologie der *Aktion Neue Rechte.* Später betätigte er sich bei den *Republikanern* und wurde 1991 schließlich Mitglied der Programmkommision der *Deutschen Allianz/Vereinigte Rechte* dem Vorläufer der *Deutschen Liga für Volk und Heimat.*

Der ehemalige (bis 1986) *DESG*-Gesellschafter **Horst Rudolf Übelacker** war 1992 Bundesvorstandsmitglied der *Sudetendeutschen Landsmannschaft* und ist stellvertretender Vorsitzender in deren ultrarechtem Elitezirkel *Witikobund.*

Karl-Georg Gültig aus Rottach-Egern wurde 1979 zum Vorsitzenden des *Hilfskomitees Südliches Afrika* gewählt, welches jahrzehntelang das Apartheidregime unterstützte und noch heute gute Kontakte zu südafrikanischen Neonazis pflegt.

Aus Hamburg, wo die *DESG* und ihr Verlag den Sitz haben, kommen gleich mehrere Gesellschafter. **Heinz-Dieter Hansen** war lange Zeit Geschäftsführer, bis 1994 Herausgeber und presserechtlich verantwortlich für *DESG-inform* und *Junges Forum.* Auch er kam aus dem Umfeld des *BNS* und war später zeitweilig in der *ÖDP* organisiert. Inzwischen ist er parteipolitisch für die *REPs* aktiv und kandidierte für sie in Hamburg-Nord bei der Wahl zur Bezirksversammlung.

Sein Bekannter aus *BNS*-Zeiten und *DESG*-Gesellschafter **Günther Steinhoff** ist noch in einem anderen Hamburger Verein aktiv, dem *Freundeskreis Filmkunst,* ein Verein der bis heute Filme der Nationalsozialisten zeigt und die neofaschistische Kulturzeitschrift *Die Warte* herausgibt. 1986 wurde Hansen zum Kassenprüfer des *Freundeskreises* gewählt, der laut Satzung die *"Volksgemeinschaft und die Volksgesundheit"* fördern will und dessen *"mildtätiger Zweck"* die Unterstützung von *"notleidenden Deutschen in fremdverwalteten Gebieten"* ist. Wer die Geschäftsräume der *DESG* in der Forsmannstr. 10 in HH-Winterhude aufsucht, findet an der Bunkertür auch kein Namensschild derselben, dafür aber das des *Freundeskreis Filmkunst.*

Ulrich Behrenz war Mitglied der *Solidaristischen Volksbewegung SVB* und Mitglied des *Bundes Deutscher Solidaristen BDS* sowie Herausgeber dessen Zeitschrift *SOL*, danach war er bis 1986 Gesellschafter der *DESG.*

Aus Seevetal bei Hamburg kommt der ehemalige Gesellschafter **Klaus-Christoph Marloh,** ehemaliger Vorsitzender des *Freundeskreis Filmkunst* und von 1985 bis 1990 Vorsitzender des Vereins *Heideheim e.V.* war. Der harmlose Name täuscht, denn *Heide Heim* ist Träger des bundesweit bekannten Wehrsportgeländes in Hetendorf, welches vom *Freundeskreis Filmkunst* 1980 gekauft wurde und wo u.a. die inzwischen verbotene *Wiking-Jugend* trainierte. Auch der Staranwalt der Neonazis **Jürgen Rieger** ist in *Heideheim* Mitglied. Er pflegt darüber hinaus schon lange Kontakte zur *DESG,* schon 1971 durfte im *JF* veröffentlichen. In Riegers *Heideheim* arbeitete auch *DESG*-Gesellschafter **Winfried**

Zwerenz zusammen mit jungen Männern, die wegen eines Angriffs auf ein Asylbewerberheim z.T. rechtskräftig verurteilt sind, am Ausbau des Nazizentrums. Wegen des Verdachts der Mitwisserschaft am Überfall auf das Asylbewerberheim Bahlen am 31.6.1992 mußte der Dipl. Ingenieur in den Zeugenstand des Landgerichts Schwerin.

Klaus-Dieter Ludwigs Spur führt ebenfalls zu Rieger und den militanten Rechten. Er unterhält im bayrischen Münsing das Postfach des *Deutschen Rechtsbüros*, einer Rechtshilfe-Organisation der Neonazis, als deren Drahtzieher Rieger gilt. Die Informationen des *Deutschen Rechtsbüros* zu Themen wie "Auschwitzlüge", Genehmigungen von faschistischen Aufmärschen und Veranstaltungen, Verwendung verbotener Symbole oder rassistischer Hetze werden folgerichtig auch ständig im *DESG-inform* veröffentlicht.

Seit 1983 wird die Zeitschrift *DESG-inform* von der Druckerei *druck & text GmbH* in Koblenz gedruckt. Dort werden auch die rechtsextremistischen Zeitschriften *Wir selbst* (Nationalrevolutionäre), *Christen Drüben* (Organ des *Brüsewitzzentrum*) und das *Südafrika Journal* des *Hilfskomitee Südliches Afrika* hergestellt.

Der *DESG-Gesellschafter* Dr. **Gunther Gerhardt** aus Mechtersen bei Hamburg ist verantwortlich für den Druck des *Jungen Forums*, welches von dem rechtsextremen Satzbüro von **Anneliese Thomas** gesetzt wird.

Von 1991 bis zur erfolgreichen Verhinderung durch AntifaschistInnen im Mai 1993 führte die *DESG* nach längerer Pause Seminare unter dem Namen *Denkfabrik Europa der Völker* in Berlin durch. Verantwortlich für die Durchführung war **Heinz-Dieter Hansen**, die Anmeldung erfolgte über seine Privatadresse in Hamburg-Winterhude. Die Teilnehmer kamen aus der gesamten BRD, Österreich und der Schweiz, die Referenten aus dem Organisationsspektrum der *REPs* und der *Deutschen Liga* und waren/sind oftmals Autoren in der *Jungen Freiheit*. Der Hamburger Neofaschist **Reinhold Oberlercher**, Kopf der Denkfabrik, skizzierte die Ziele seines Braintrusts, *"die Chaossituation haben wir in zwei Jahren, kurz nach der Bundestagswahl, wenn der Parlamentarismus nicht mehr regierungsbildungsfähig ist. Dann spätestens müssen die Denkzirkel zu Ende gedacht haben..."*

In Hamburg fand im November 1994 ein Seminar der *DESG* zur nachbereitenden Analyse des Superwahljahres statt.

Betrachtet mensch die Vernetzungen der *DESG*-Gesellschafter insgesamt, so wird deutlich, daß von der Ideologie und Taktik her diese illustre Gesellschaft zwar eine Organisation der sog. Neuen Rechten mit ursprünglich stark nationalrevolutionärem Einschlag ist, andererseits jedoch immer gute Kontakte zu Organisationen wie NPD und Sudetendeutsche Landsmannschaft bestanden, welche eher der sog. Alten Rechten zuzuordnen sind. Darüber hinaus bestehen auch keine Berührungsängste gegenüber den militanten Neonazis, natürlich findet sich die Adresse der *DESG* auch in dem Tagebuch des verstorbenen Michael Kühnen.

Ein ausführlicher Beitrag, der auch auf die Ideologie der DESG und Autoren im Jungen Forum eingeht, ist veröffentlicht in Antifaschistische Informationen: Rechte Organisationen in Hamburg, Bündnis Keinen Fußbreit den Faschisten, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Aussteigerin oder Spitzel?

Berliner AntifaschistInnen weisen in einem Flugblatt darauf hin, daß in einem weiteren Fall versucht wird, linke und antifaschistische Strukturen zu unterwandern.

Die bis zum Verbot der „Nationalistischen Front" (NF) 1992 als Kader fungierende **Marion Kausch-Ludwig** (langjährige Lebensgefährtin des NF-Spitzenfunktionärs **Andreas Pohl**) behauptet, entgegen organisationsinterner Dokumentation, sie sei bereits 1988 „ausgestiegen". Auch ihre Zwillingsschwester **Susanne Kausch** will 1988 der NF den Rücken gekehrt haben. Seit 1991 bewegte sie sich in der linken Szene von Berlin-Kreuzberg und eröffnete später ihrer Schwester Marion den Zutritt z.B. zu Antifa-Feten, einem kurdischen Newroz-Fest und in diverse Szenekneipen.

Da sich aber bei ihr offensichtlich kein Bruch mit der nationalrevolutionären Ideologie vollzogen hat, sie sich antisemitisch äußert und sich weigert angeblich ihr bekannte Waffenlager und Naziverbrecher zu enttarnen ist mehr als Vorsicht beim Umgang mit ihr geboten.

Peinliche Mitgliedschaften

Peter Strüdinger (38), Geiselgangster aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Celle, soll in der Zwischenzeit aus der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) ausgeschlossen worden sein. In der Mailbox „Rattenfänger BBS" aus Hameln des „Thule-Netzes" heißt es hierzu: „Peter Strüdinger stand seit Juni 1994 in der Liste, also lange bevor die Geiselnahme stattfand. Auch hier gilt deshalb, daß die HNG natürlich nicht für das verantwortlich sein kann, was einzelne Gefangene, die von der HNG betreut werden, während oder nach der Betreuung für Straftaten begehen." Strüdinger wurde in den „Nachrichten der HNG" nicht nur über ein Jahr hinweg bis zum Mai 1995 in der „Gefangenenliste" geführt. In der Ausgabe vom vergangenen Dezember wurde ein Brief Strüdingers („Mit kameradschaftlichen Grüßen. Heil Deutschland") veröffentlicht. Strüdinger warnte im Namen „der Kameraden der JVA Celle" vor **Bernd Futter**, ehemaliger Chef der im Oktober 1986 gegründeten Hannoveraner „Sport- und Sicherheitskameradschaft EK 1". Die „EK 1" war eine lokale Abspaltung von der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Futter, so Strüdinger in den „HNG-Nachrichten", betätige sich in der Justizvollzugsanstalt als Spitzel. Tatsächlich war Futter nach Eigenangabe in den 80er Jahren als Informant für die Polizei aktiv. Der damalige Innenminister Niedersachsens, Wilfried Hasselmann, bestritt jedoch, daß Futter die Funktion eines V-Mannes in der neonazistischen Szene ausgeübt habe.

Vor kurzem wurde der Berliner Neonazi **Uli Boldt** vom „Studienzentrum Weikersheim e.V." aus seinen Reihen ausgeschlossen. Dies gab das Berliner „Nationale Infotelefon" (NIT) am 23. Mai bekannt. Boldt, ehemaliges Mitglied der verbotenen „Nationalistischen Front", war der Betreiber des NIT Berlin und im „Studienzentrum", so das braune Infotelefon, „einige Jahre für die Jugendarbeit verantwortlich". Daneben fungierte Boldt seit Januar 1994 als Vorsitzender des „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.", einem Sammelbecken für das gesamte rechtsextremistische Spektrum Berlins von der NPD bis hin zu militanten Neonazis. Boldt galt dem Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin darüber hinaus als „Anhänger" von Meinolf Schönborn.

Frischgekürtes Mitglied der Berliner FDP ist **Hans-Ulrich Pieper** (am 4.April 1948 in Berlin geboren), „Historiker, Politologe und Volkswirt, Journalist beim SFB, Referent für Deutschland-und Ostpolitik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter Kurt Biedenkopf, Pressechef und Hauptabteilungsleiter des Rheinmetall-Konzerns Düsseldorf, später Pressesprecher der Republikaner, nach seinem Parteiaustritt selbständiger Unternehmer, Mitinitiator des Berliner Dienstags-Gesprächs." (JF) In einem Interview mit der JF äußerte der Criticon-Autor und einstige Propagandareferent der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) Pieper, daß er in die FDP eingetreten sei, „um an die national-freiheitlichen Traditionen zu erinnern und eine volksnahe Politik zu fördern." Dem 1990 gegründeten „Dienstags-Gespräch" gehören nach Angaben von Pieper heute rund 200 Personen aus Wirtschaft und Publizistik an.

NIT auf Sendung

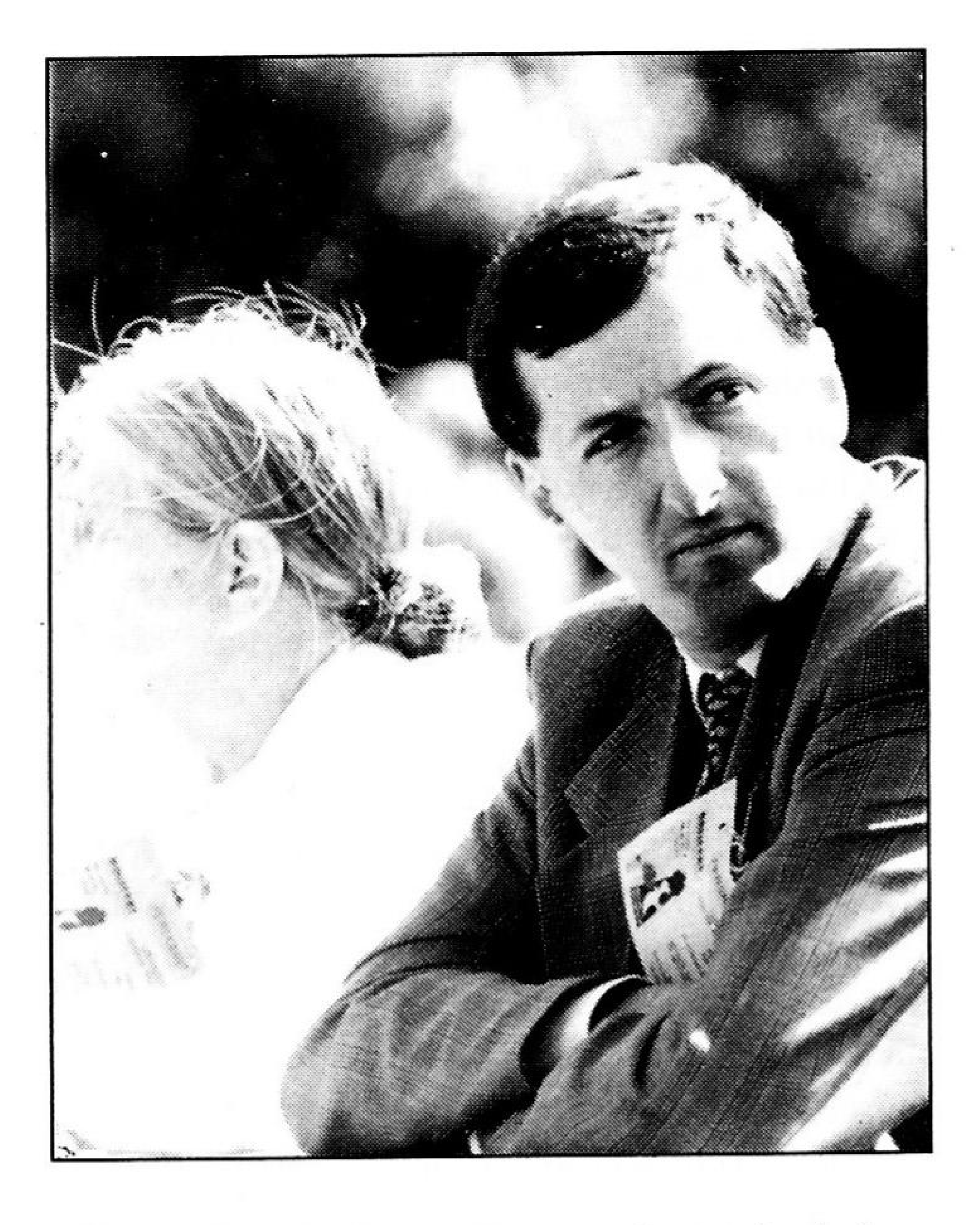
Das „Nationale Infotelefon Rheinland" (NIT) in Düsseldorf ist wieder einmal auf Sendung. Da ein neues Bandansagegerät angeschafft werden soll, wird die geneigte Hörerschaft um Spenden gebeten, zu überweisen auf ein Konto der „Jungen Nationaldemokraten" (JN). Bislang wurde das NIT Rheinland von **Udo Birr**, einem Aktivisten der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), betrieben. Passend dazu wurde vom NIT Rheinland die Gründung einer „Fundamentalistischen Arbeiterpartei Niederlande" (FAP) unter dem Vorsitz von **Eite Homann** am 4. Juni in Rotterdam bekanntgegeben. Trotz Demonstrationsverbot fand eine Versammlung von rund 50 Neonazis, darunter Eite Homann von der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" und **Michael Petri** von den „Deutschen Nationalisten" statt.

Sönke Braasch

Der Witikobund

Revanchisten auf dem Vormarsch

Der 1948 offiziell gegründete „Witikobund e.V.“, von Peter Glotz vorsichtig als „nationalkonservativ“, von den Publizisten Georg Herde und Alexa Stolze als „völkisch“ charakterisiert, ist weiter auf dem Vormarsch.



Hans-Ulrich Kopp, Vorstandsmitglied des Witikobundes Foto: Impact

Vorsitzender des „Witikobundes“ (WB) ist seit 1990 Dr. med. **Walter Staffa** (77), Fraktionsvorsitzender der „Unabhängigen Freien Bürger“ (UFB) im Gemeinderat von Nürtingen (Kreis Esslingen/Baden-Württemberg). Seine Stellvertreter sind **Horst Rudolf Übelacker** (59) und **Rudolf Mähner**. Dem Bundesvorstand gehören ferner Finanzpräsident a.D. **Heinz Kraus** (66), Ministerialrat **Jörg Kudlich** (59), **Kurt Glaser** und **Hans-Ulrich Kopp** (33) an. Als Bundesgeschäftsführerin fungiert **Gertrud Jona-Meyer**. In Österreich sitzt seit 1994 als Nachfolger von **Franz Zahorka**, inzwischen Ehrenvorsitzender des WB in Österreich, der 27jährige Jurist **Klaus Otto Burgholzer** dem „Witikobund“ vor.

Seinen Namen hat der „Witikobund“ aus der Erzählung „Witiko“ des aus dem Böhmerwald stammenden Romanciers Adalbert Stifter entliehen: „Die Leitfigur des Witiko ist für den Bund Sinnbild und Ausrichtung. Sein Name und sein Lebensweg weisen zugleich auf das Land hin, aus dem die Mehrheit der Mitglieder des Bundes stammt, nämlich Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien“. Der „Witikobund“ stellt innerhalb der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) den rechten, revanchistischen Flügel dar. Die sozialdemokratisch orientierte „Seliger-Gemeinde“ mit etwa 6.000 Mitgliedern bundesweit und die 1946 gegründete katholische „Ackermann-Gemeinde“ mit ihren rund 10.000 Mitgliedern sind dagegen eher auf Ausgleich und Verständigung mit der Tschechischen Republik bedacht.

Der Bundesvorsitzende und Senator des „Witikobundes“ Walter Staffa ist seit 1970 zudem im Rahmen des „Deutschen Seminar e.V.“ aktiv. Zunächst als Stellvertreter, dann seit 1984 als Vorsitzender, lenkt Staffa die Aktivitäten des „Deutschen Seminar“. Zu den weiteren Mitgliedern des Vorstandes gehören bzw. gehörten die „Witikonen“ **Ferdinand Lukas** (75), **Karl Baßler** (71) und **Rolf Kosiek** (60). Bei der jüngsten Vortragstagung des „Deutschen Seminar“ in Stuttgart am 8. April nahmen **Andreas Mölzer** (43) von den „Freiheitlichen“ in Österreich, **Karl Richter** (33) - Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ - , Dr. **Alfred Mechtersheimer** (55) und der „Witikone“ Horst-Rudolf Übelacker als Referenten teil. Unter den Gästen der Veranstaltung war auch Dr. **Albrecht Jebens** (49), seit 1982 Geschäftsführer des stark rechtslastigen „Studienzentrum Weikersheim e.V.“.

Bei der Gründung des „Witikobundes“ waren zahlreiche ehemalige Mitglieder und Funktionäre der „Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ (DNSAP), der „Sudetendeutschen Partei“ unter **Konrad Henlein**, erster Gauleiter nach der Annexion des Sudetenlandes durch das Deutsche Reich im Jahre 1938, und der NSDAP beteiligt. **Walter Stain** (78), von 1986 bis 1989 Vorsitzender des „Witikobundes“, war vor 1945 Leiter der HJ im Sudetenland und Mitglied des „Sudetendeutschen Freikorps“ der Henlein-SS. Der im vergangenen Jahr im Alter von 82 Jahren verstorbene **Frank Seiboth**, er stand von 1953 bis 1955 dem „Witikobund“ vor, war 1939 vorübergehend „Gauschulungsleiter“ der NSDAP. **Siegfried Zoglmann** (81) war 1934 Mitglied der NSDAP und HJ-Bannführer und meldete sich 1942 freiwillig zur Waffen-SS.

In den 60er Jahren engagierten sich zahlreiche Mitglieder der NPD beim „Witikobund“. 1967 gehörten mit dem verstorbenen ehemaligen NPD-"Chefideologen" **Ernst Anrich**, er trat 1930 der NSDAP bei, und **Heinz Flöter** zwei „Nationaldemokraten“ dem Vorstand des „Witikobundes“ an. Mit dem Niedergang der NPD verlor die Partei an Einfluß innerhalb des „Witikobundes“. Doch finden sich bis heute in den Reihen des „Witikobundes“ aktive sowie ehemalige Funktionäre und Mitglieder der NPD.

In der Phase der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition ab 1969 taten sich vor allem „Witikonen“ wie der damalige, inzwischen verstorbene Vorsitzende des „Witikobundes“, Dr. **Heinz Lange**, Siegfried Zoglmann und **Reinhold Bude** bei der Abspaltung rechter FDP-Mitglieder hervor. Ziel war der Sturz der Koalition Brandt/Scheel mit Hilfe einer neuen rechten Sammlungsbewegung. Die 1969 gegründete „Nationalliberale Aktion“ (NLA) ging 1971 in die „Deutsche Union“ auf. Die „Deutsche Union“ tat sich 1975 bei der Initiierung der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ hervor. Lange und Zoglmann, heute Senator des „Witikobundes“ und stellvertretender Bundesvorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, waren zu diesem Zeitpunkt bereits bei den Unionsparteien untergekommen. Langes Vorgänger im Amt des Bundesvorsitzenden des „Witikobundes“, Dr. rer. pol. **Walter Becher** (82), war langjähriger Fraktionsvorsitzender der „Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (GB/BHE) im bayerischen Landtag, dem er von 1950 bis 1962 angehörte. Von 1965 bis 1980 saß Becher für die CSU im Bundestag. 1968 wurde Becher zum Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ gewählt; er amtierte bis 1982.

Die Bundesvorsitzenden des „Witikobundes“

Dr. Walter Brand	1950 - 1952
Frank Seiboth	1953 - 1955
Dr. Walter Becher	1956 - 1958
Dr. Heinz Lange	1959 - 1983
Reinfried Vogler	1984 - 1985
Walter Stain	1986 - 1989
Dr. Walter Staffa	1990 -

Die Jugendorganisation des „Witikobundes“ bilden die „Jungen Witikonen“. Die Bundesregierung unterstützt Veranstaltungen der „Jungen Witikonen“, sogenannte „Kulturpolitische Tagungen“ und Seminare, regelmäßig mit vierstelligen Beträgen. Antragssteller und Zahlungsempfänger der Förderungsmittel ist der „Witikobund“. Bei diesen mit Bundesmitteln subventionierten Veranstaltungen nahmen Rechtsextremisten bei der Tagungsleitung, als Referenten und Gäste teil. Bis Anfang der 90er Jahre veranstalteten die „Jungen Witikonen“ gemeinsame Seminare mit dem rechtsextremen „Nationaleuropäischen Jugendwerk e.V.“, zu dessen Geschäftsführer 1987 der „Witikone“ **Harald Thomas** wurde. Satz und Druck des „Witikobrief“ (WBf) wurde lange Zeit bei **Anneliese Thomas**, Ehefrau von Harald Thomas, in Wesseling durchgeführt. Für die im DMZ-Verlag von Harald Thomas neu erscheinende rechte „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ) wird auch im „Witikobrief“ geworben.

Im „Witikobrief“, dem „Mitteilungsblatt der nationalen sudetendeutschen Gemeinschaft“, fordert Staffa (77) die Mitglieder des „Witikobundes“ auf: „Bitte charaktervolle Persönlichkeiten für den Bund gewinnen.“ Tatsächlich gehören zu den rund 1.000 Mitgliedern des „Witikobundes“ zahlreiche Aktivisten und Funktionäre rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. Unter ihnen befindet sich der ehemalige Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen „Republikaner“, **Kurt Beckmann** (75), der in den 80er Jahren mit einer „Staatspolitischen Gesellschaft für Deutschland und Europa e.V.“ auf sich aufmerksam zu machen versuchte. Mitglieder des „Witikobundes“ sind auch die ehemaligen baden-württembergische NPD-Landtagsabgeordnete Karl Baßler und Dr. Rolf Kosiek, der seit 1991 die „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP) - größte rechtsextremistische Kulturvereinigung der Bundesrepublik - lei-

tet. Der langjährige Landesvorsitzende der bayerischen NPD, **Walter Bachmann** (71), er gehörte der NSDAP an und bekleidete 1944 den Rang eines „SS-Untersturmführers", ist ebenso „Witikone" wie der NPD-Bundespressesprecher **Karl-Heinz Sendbühler** (38), ehemaliger Bundesvorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB) und der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), und der ehemalige NHB-Bundesgeschäftsführer **Günther Schwemmer** (33). Weiterhin finden sich in den Reihen des „Witikobundes" ehemalige bayerische „Republikaner"-Landtagskandidaten wie **Carl-Wolfgang Holzapfel** (51), Horst Rudolf Übelakker (59) und **Henning Lenthe** (61). Bundesbankdirektor Übelacker, aktueller bayerischer Landesvorsitzender des „Witikobundes", wurde 1967 zum „politischen Referenten" des „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes e.V." (ODS), dem heutigen „Gesamtdeutschen Studentenverband e.V." (GDS), gewählt und war Bundesvorsitzender des 1952 gegründeten und bis heute existenten „Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten" (ASSt). Im August 1990 scheiterte Übelacker bei der Wahl zum bayerischen Landesvorsitzenden der „Republikaner". Das Amt des ASSt-Bundesvorsitzenden hatten auch **Wolfgang Egerter** (65), **Jörg Kudlich** (59), heute im Bundesvorstand des „Witikobundes", sowie **Günter Reichert**, **Michael Rösner** und **Andreas Müller** inne. Dr. Günter Reichert brachte es über den Umweg des persönlichen Referenten des damaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden **Alfred Dregger** (74) zum Chef der Bonner Bundeszentrale für politische Bildung.

Mitglied des „Witikobundes" ist auch der Vorsitzende des rechtsextremen „Schutzbundes für das deutsche Volk" (SdV), Frankfurt/Main, **Friedrich Köberlein** (51). Zu dessen Wahl gratulierte der NPD-Parteivorstand in seiner Parteizeitung „Deutsche Stimme": „Wir wünschen dem neuen Vorstand eine glückliche Hand, viel Erfolg bei der Arbeit und hoffen auf weitere gute Zusammenarbeit." Auch der Innsbrucker Dr. **Walter Hawelka**, der mit der „Kolbenheyer-Gesellschaft", Geretsried, einer traditionellen rechtsextremen Kulturgemeinschaft vorsitzt, ist „Witikone". Seine 1994 verstorbene Vorgängerin, die Nürnberger Apothekerin **Hedwig Laube**, gehörte neben dem „Witikobund" der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" an. Hawelka betreut zudem seit fünf Jahren das „Kolbenheyer-Archiv", das den schriftstellerischen Nachlaß von **Edwin Guido Kolbenheyer** verwaltet. Zur Mitgliedschaft des „Witikobundes" gehört seit 1965 der ehemalige nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete **Rüdiger Goldmann** (53). Der frühere Düsseldorfer CDU-Ratsherr Goldmann, er ist auch stellvertretender Landesvorsitzender des BdV in Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU", gehörte von 1985 bis 1990 dem Landtag von Düsseldorf an, ehe er 1991 in das Landesparlament nachrückte. Bis zur jüngsten Landtagswahl am 14. Mai war Goldmann MdL in Düsseldorf.

Bemerkenswert sind die personellen Überschneidungen des „Witikobundes" zur ehrgeizigen Wochenzeitung „Jungen Freiheit". Der seit 1992 amtierende Schriftleiter des zweimonatlich erscheinenden „Witikobriefes" und Beisitzer im Bundesvorstand, Hans-Ulrich Kopp, war mehrere Jahre Redakteur der „Jungen Freiheit" (JF). Der JF-Autor **Michael K. Paulwitz** (30), ebenso wie „Witikone" **Ulrich**



Fröschle auch Autor der „Münchner Freiheit", gehört dem Landesvorstand des „Witikobundes" in Bayern an. **Thilo M. Stratemann** und Dr. phil. **Markus Josef Klein** (33), ehemalige Redakteure der JF, wirken ebenso im „Witikobund" wie **Andreas Kalbitz** (21), Dr. **Martin Pabst** (31) - Vorsitzender des „Hilfskomitee Südliches Afrika" (HSA) - und **Andreas Georg Wick** (31). Der Betriebswirt Wick ist 1. Vorsitzender des Karlsruher „Literaturkreis Baden e.V.", der in verschiedenen Städten im Südwesten Lesekreis der „Jungen Freiheit" durchführt. Der „junge Kamerad" Kalbitz von der Pennalburschenschaft „Saxonia" verließ Ende 1992 die Münchener „Junge Union" in Richtung „Republikaner". Anläßlich der Umstellung der JF auf wöchentliche Erscheinungsweise wurde in der Ausgabe 1/1994 des „Witikobriefes" auf die „Junge Freiheit" hingewiesen: „Wir erlauben uns zu empfehlen, den gewohnten Kiosk aufzusuchen und nach der JF zu fragen. Vom Verkaufserfolg der ersten Ausgabe wird wesentlich abhängen, ob der schwierige Durchbruch gelingt."

Weitere prominente strammrechte Mitglieder des „Witikobundes" sind bzw. waren Professor **Richard Eichler** (73), die 1993 verstorbenen **Reinhard Pozorny**, damaliger Senator des „Witikobundes", und **Professor Dr. Hellmut Diwald**, Mitbegründer der revisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI), **Herbert Böhme**, ehemaliger „Hauptschriftleiter" in der Reichsleitung der NSDAP, Gründer des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes e.V." (DKEG) und der GFP. **Helmut Kowarik** (51) ehemaliger Geschäftsführer des Wiener „Volkstum Verlages", Obmann der „Österreichischen Landsmannschaft" und bis vor kurzem Verwaltungsratmitglied des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA), gehört dem „Witikobund" ebenso an wie der Verleger und Träger des „Großen Sudetendeutschen Kulturpreises" Dr. **Herbert Fleissner** (66) und **Peter Bansleben** (55) vom skandalumwitterten Stuttgarter „Haus der Heimat". Zu den Streitern der „nationalen sudetendeutschen Gemeinschaft" zählt auch Prof. Dr. **Helmut Schröcke** (65), Mitunterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifestes" von 1981. Schröcke hat das Amt des stellvertretenden WB-Landesvorsitzenden in Bayern inne. Der rechte Solinger Bauunternehmer **Günther Kissel** (79) erwies sich in der Vergangenheit als großzügiger Spender für den Landesverband Nordrhein-Westfalen des „Witikobundes". Der „Witikone" **Herbert Pietsch** (71) aus Mosbach (Neckar-Odenwald-Kreis) ist bei der „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter" (GOG) und der „Notverwaltung des Deutschen Ostens" (NDO) aktiv. Harald Thomas, 1987 zum Geschäftsführer des Mannheimer „Nationaleuropäischen Jugendwerk e.V." (NEJ) gewählt, räumte der „Sudetendeutschen Frage" 1989 ein Themenheft der inzwischen eingestellten Quartalsschrift „Europa" ein. Zu den Autoren des „Nationaleuropäischen Forum", so der Untertitel, zählten zahlreiche prominente Mitglieder des „Witikobundes". Das heute inaktive NEJ fungierte als Herausgeber des Periodikums „Europa", die Redaktion oblag Harald Thomas.

Der „Witikobund" betreibt eine deutlich revanchistische Politik. Kurzfristig ist der „Witikobund" an der Hegemonisierung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" und einer größtmöglichen Einflußnahme innerhalb des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) interessiert. Beispielsweise war das „Witiko"-Gründungsmitglied Dr. Walter Becher langjähriger SL-Sprecher, der Publizist und „Schillerpreisträger" Richard Eichler war Hauptsachbearbeiter beim Bundesvorstand der SL. Aktueller Sprecher der SL ist der bayerische Staatsminister a.D. **Franz Neubauer**. „Witikobund"-Senator Walter Stain, ebenfalls Staatsminister a. D. des Freistaats am Alpenrand, ist seit 1982 Bundesvorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft". **Heinz Kraus**, Schatzmeister des „Witikobundes", ist Mitglied des geschäftsführenden SL-Bundes-

vorstandes und Vorsitzender des Sudetendeutschen Heimatrates. Der Bundesversammlung der SL gehören auch „Witikonen" wie Walter Staffa, Richard Eichler und **Roland Schnürch** an. Der Düsseldorfer Schnürch ist Landesvorsitzender des „Witikobundes" in Nordrhein-Westfalen, Mitglied des „Sudetendeutschen Rates", Vizepräsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorsitzender des 1973 initiierten „Bernrather Kreises". Siegfried Zoglmann ist stellvertretender SL-Bundesvorsitzender und Mitglied des Sudetendeutschen Rates, dem auch Walter Staffa angehört. In den 80er Jahren gehörten zehn von achtzehn Mitgliedern des SL-Bundesvorstandes dem „Witikobund" an. 1994 erging eine Bad Kissinger Erklärung des „Witikobundes": „Wir rufen alle Landsleute in den Gliederungen der SL, in den Vereinigungen der Volksgruppe und darüber hinaus alle dem Recht verpflichteten Bürgerinnen und Bürger auf, bei konsequentem Festhalten am Satzungszweck der SL, an der Seite des Witikobundes unermüdlich für die Einheit der Volksgruppe und deren Rechte in gesamtdeutscher Solidarität einzutreten."

Strategisches Ziel des „Witikobundes" ist die Wiederherstellung untergegangener, historischer Grenzen („Angliederung der deutschen Gebiete an Deutschland") bzw. die rechte „Zukunftsvision einer Neuordnung Europas". Walter Staffa schreckt dabei selbst vor unverhohlenen Drohungen nicht zurück: „Das grausame Geschehen einer Vertreibung kann eines Tages die Vertreiber selbst treffen." Gleichsam en passant wird die Vernichtung der europäischen Juden relativiert, indem man die Vertreibung der Sudetendeutschen zu *„einem* (Hervorhebung d.A.) der einmalig furchtbaren und auf keinen Fall wie auch immer hinzunehmenden Großverbrechen dieses Jahrhunderts" erklärt. Unverblümt formuliert der stellvertretende WB-Bundesvorsitzende Übelacker im „Witikobrief" die rückwärtsgewandte Weltsicht des „Witikobundes": „Die Deutschen, zusammengedrängt auf die Restgebiete in West- und Mitteldeutschland sowie in Österreich und zudem bedrängt von einem 'Millionenheer' volksfremder Zuwanderer, sehen sich einer allmählich zerbröckelnden Zeitgeschichtsfassade gegenübergestellt."

Die nächste Jahrestagung des „Witikobundes" vom 29. September bis zum 1. Oktober 1995 in Bad Elster (Sachsen) wird sich mit den Ergebnissen des „Sudetendeutschen Tages" in München auseinander setzen müssen. Einen Durchbruch bei den schwierigen Beziehungen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen gab es in München nicht. Die Rituale des 46. „Sudetendeutschen Tages" waren die selben wie in den Jahrzehnten zuvor. Doch läßt die Zahl von 100.000 TeilnehmerInnen, früher waren es bis zu 300.000, auf ein sinkendes politisches Gewicht der Sudetendeutschen und damit auch des „Witikobundes" hoffen. Es ist höchste Zeit, daß die Bundesregierung die überlebenden tschechischen NS-Opfer entschädigt. ◪

Waffenfunde

Bei einer Razzia am 3. Mai wurde in sieben Objekten im Rhein-Neckar-Kreis von der Polizei ein regelrechtes Arsenal an Waffen gefunden. Elf Gewehre, darunter ein MG 42 und ein G 3 von Heckler & Koch, fünf Pistolen, die Hüllen von zwei Panzerfäusten, 32 fabrikneue Gewehrkolben, 200 Munitionsmagazine sowie 42 Dolche und Bajonette, SS-Uniformen, Hakenkreuzfahnen, rechtsradikales Propagandamaterial und 250 Videokassetten wurden bei vier Männern aus Michelfeld bei Sinsheim und Neckargemünd (Rhein-Neckar-Kreis) sichergestellt. Der Hauptverdächtige ist der vorbestrafte Neonazi **Frank Detlef Bender** (29), der Kontakte zur „Taunusfront", zur „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), zur NSDAP/AO und zur „Aktionsfront Nationaler Kameraden" (ANK) des Neonazis **Manfred Huck** (31) unterhielt. Den vier Männern werden Verstöße gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen. Die Verdächtigten unterhielten in der Vergangenheit Kontakte zur 1993 aufgelösten neonazistischen „Nordischen Jugend" des ehemaligen JN-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, **Stefan Wollenschläger** (25) aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis). Bender gehörte zusammen mit **Michael Schill** (25) in den 80er Jahren den braunen Wehrsportgruppen „Werwolf 21" und „Werwolf Baden, 2. Sturm Sinsheim" an. Beide wurden wegen Verbreitung von Propagandamaterial und Volksverhetzung 1987 vom Amtsgericht Karlsruhe und 1991 vom Heidelberger Amtsgericht verurteilt. Dem Heidelberger Prozeß gingen Hausdurchsuchungen im Raum Sinsheim im Mai und September 1989 voraus. Auch damals fand die Polizei Fahnen, Uniformen, Hakenkreuzabzeichen und große Mengen an Waffen und Munition. Bei Michael Schill fand sich eine Art „schwarze Liste" mit Adressen vom Mitgliedern der Partei „Die Grünen" aus dem Raum Sinsheim.

Weitere acht Wohnungen wurden in Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Brandenburg durchsucht, ohne daß allerdings „erwähnenswerte" Funde gemacht werden konnten. Die Beschuldigten sollen von Bender und Konsorten Waffen und Militaria bezogen haben.

Rechtsradikale Schläger

Zwei ehemalige Mitglieder der neonazistischen Band „Tonstörung" wurden in einem Revisionsverfahren vor der 5. Strafkammer des Mannheimer Landgerichts zu Jugendstrafen von 15 bzw. 21 Monaten verurteilt. Gegen den einstigen Trommler und Kassenwart der Skin-Kapelle „Tonstörung", **Michael Rene Eichler** (21), der vom Mannheimer Rechtsanwalt **Ludwig Bock** (53) verteidigt wurde, verhängte die Strafkammer 15 Monate auf Bewährung. Der frühere Sänger, Texter und Kopf von „Tonstörung", **Thomas Muncke** (21), wurde zu einem Jahr und neun Monaten Gesamtstrafe, ebenfalls zur Bewährung ausgesetzt, verurteilt. Beide Urteile ergingen wegen Volksverhetzung, öffentlicher Aufforderung zum Begehen von Straftaten, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. In das Urteil gegen Muncke wurde eine weitere Jugendstrafe in Höhe von neun Monaten wegen Körperverletzung miteinbezogen. Der 21jährige Zivildienstleistende hatte am 5. Oktober 1991 zusammen mit weiteren Skinheads, darunter **Marco Grün** (24) und der NPD-Funktionär **Michael Barth** (33), drei afrikanische Flüchtlinge in Brühl (Rhein-Neckar-Kreis) tätlich angegriffen und zum Teil schwer verletzt.

Die 7. Große Strafkammer am Mannheimer Landgericht hatte die fünf Musiker von „Tonstörung", neben Muncke und Eichler **Christian Haller** (23), **Peter Schmucker** (21) und **Christian Pfisterer** (20), im Dezember 1993 zu Bewährungsstrafen zwischen 5 und 21 Monaten verurteilt. Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe ließ die Revision von Muncke und Eichler zu, da die Herstellung und Verbreitung des Tonträgers „Schöne Welt" ab Ende Juli 1991 nach dem baden-württembergischen Landespressegesetz zum Zeitpunkt der Anklageerhebung durch die Mannheimer Staatsanwaltschaft verjährt war. Bei der Edition eines Tonträgers handle es sich um ein Presseinhaltsdelikt, so der BGH in seinem Beschluß vom 29. November 1994, dessen Verfolgung nach sechs Monaten verjähre.

Die braune Kombo „Tonstörung" existierte von 1989 bis Ende 1992, und stand anfänglich der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front" (NF), später der im Juli 1993 aufgelösten neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Kameraden" (ANK) nahe. In dieser Zeit produzierte „Tonstörung" die drei Tonträger „Schöne Welt", „Deutsche, marschiert wider den undeutschen Geist" und „Gib niemals auf!" mit rassistischen, antisemitischen, gewaltverherrlichenden und rechtsextremistischen Texten.

Thule-Netz

Das neonazistische „Thule-Netz" wurde auf zwölf Mailboxen erweitert. Neu hinzugekommen sind die „SoRevo BBS" in Berlin um **Thomas Richter**, die einer „geschlossenen Benutzergruppe" vorbehalten bleibt und die „ private Ausweg BBS" in Mecklenburg. Weiterhin „im Aufbau" befindlich ist die „Reißwolf BBS" des Weinheimer NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** („Zeus"). Wieder mit dabei sind die Mailboxen „Elias BBS" von **Jürgen Jost** aus Oftersheim (Rhein-Neckar-Kreis) und die Frankfurter „Rechtsweg BBS". „Das Thule-Netz wurde am 20.3.1993 von den Mailboxen Phantom BBS und Widerstand BBS ins Leben gerufen. Bereits kurz darauf schlossen sich das Elias BBS und die Wolf-Box an und bildeten das erste überregionale Gerüst des Thule-Netzes." Die Krefelder „Wolf-Box" ist seit längerem wieder vom Netz. Weiter heißt es in einer Selbstdarstellung des „Thule-Netzes": „Der Name wurde in Anlehnung an das Thule-Seminar gewählt. Wir fühlen uns den Ideen der sogenannten 'Neuen Rechten' wie Alain de Benoist, Pierre Krebs, Arthur Korsenz, Sigrud Hunke, Detlev Promp, Guillaume Faye oder Jean Haudry verbunden."

Anton Maegerle

Rechte Medienkämpfer: Die „Aktion Funk und Fernsehen e.V."

„Infos gegen das einseitig-linke Fernsehen" bietet, so der rechtsklerikale Jugendkalender „Komm Mit" (1995), die in Köln ansässige „Aktion Funk und Fernsehen e.V." (AFF). Ins Leben gerufen wurde die AFF 1969, um der angeblich „zunehmenden Einseitigkeit politischer und kultureller Sendungen in Funk und Fernsehen entgegenzutreten"; mit dabei als Mitglied der ersten Stunde: **Caspar von Schrenck-Notzing** (Unterzeichner des Aufrufs „8.Mai - Gegen das Vergessen" von Zitelmann und Co.), seit 1970 Herausgeber der rechtsintellektuellen Zeitschrift „Criticon". Die Gründung als „eingetragener Verein" (e.V.) erfolgte am 17.Juni 1972 in Köln. Am 1.Januar 1973 fusionierte die AFF mit der in Norddeutschland angesiedelten „Funk-und Fernsehmitgestaltung" (FFM). Nach eigenen Angaben hat die AFF „einige tausend Mitglieder, auch in den neuen Bundesländern."

Im 25.Jahrgang erscheinen die AFF-Informationen „Unsere Sendung", die im Regelfall 16 Seiten umfassen. Bevorzugte Feindobjekte sind die TV-Nachrichtenmagazine Monitor, ZAK und Report. Mißliebige Journalisten werden als „ideologisierte Kampagnenjournalisten und Zerrbildner" verunglimpft, engagierter und kritischer Journalismus in Bausch und Bogen verdammt. So wurden beispielsweise die Journalisten Klaus Bednarz, Friedrich Küppersbusch und Thomas Leif zu den „Desinformanten des Jahres 1994" gekürt. Der Marinerichter a.D., **Hans Filbinger** (CDU), war von dieser Entscheidung so angetan, daß er der AFF schriftlich zu ihrer Entscheidung gratulierte: „Es ist gut, daß Sie die Einrichtung der 'Desinformanten des Jahres' kreiert haben. Auch mit der Auswahl der Personen gehe ich völlig einig."

Die Redaktionsleitung von „Unsere Sendung" hat **Martin Lessenthin** (Unterzeichner des Aufrufs 8.Mai), stellvertretender AFF-Bundesvorsitzender, Vorsitzender der „Christlichen Gewerkschaft Medien" sowie Vorsitzender des „Studienzentrums für publizistische Bildung e.V.", inne. Lessenthin ist gemeinsam mit **Ansgar Graw**, Autor im revanchistischen „Ostpreußenblatt" und „Criticon", Herausgeber des Buches „Lothar Späth - Politik, Wirtschaft und die Rolle der Medien", das von **Baldur Jahn**, Ex-Präsidiumsmitglied der „Deutschen Sozialen Union" (DSU), in der „Jungen Freiheit" als „Anti-Spiegelbuch" gefeiert wurde.

In der Ausgabe 1-2/1995 von „Unsere Sendung" meldet sich die redaktionelle Mitarbeiterin beim Deutschlandfunk, **Ute Scheuch**, zu Wort. In dem Beitrag „Politiker und Journalisten - wer steuert wen?" kommt sie zum Fazit: „Es ist das Gebot der Stunde, die Einschüchterungsversuche linker Kulturintellektueller und Berufspolitiker mit neofeudalem Herrschaftsanspruch abzuwehren." Zum gleichen Thema publizierte Frau Scheuch zuvor in „Criticon". Ihr Mann, der notorische Parteienkritiker **Erwin K.Scheuch**, äußerte 1992 in einem Interview mit der neurechten Postille „Europa Vorn": „Das System lebt davon, daß immer weitere Kreise korrumpiert werden."

Autor im AFF-Verlautbarungsorgan ist auch Ostpreußenblatt-Publizist **Joachim F. Weber** (Unterzeichner des Aufrufs 8.Mai), Vorsitzender des Landesverbandes Nord der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen e.V." (JLO), der jüngst in „Criticon" über die Demontage der Bundeswehr durch die Bundesregierung lamentierte.

Zum Sonderpreis wird in der AFF-Postille u.a. die Dissertation von **Lothar Ulsamer** „Zersetzen - Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter von Anarchie und Gewalt" angeboten. Dem Buch wünschten schon vor Jahren die NS-apologetischen „Deutschen Monatshefte" eine „weiteste Verbreitung". Ulsamer, einst Herausgeber der Zeitschrift „Gesellschaft - Analysiert" und heute Pressesprecher des Deutschen Familienverbandes in Baden-Württemberg, hatte im letzten Jahr die Tagungsleitung beim II. Kongreß „Mut zur Ethik" inne, der von der „Vereinigung zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis e.V." (VPM) veranstaltet wurde.

Regelmäßig werden in „Unsere Sendung" Bücher aus dem ultrarechten Lager rezensiert; darunter in den letzten Wochen „Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken" (Ullstein) von **Hans-Helmut Knütter** (Unterzeichner des Aufrufs 8.Mai), der als Referent bei der im Mai abgehaltenen Frühjahrstagung der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) zugegen war. Das Buch von Knütter, einem Interviewpartner der „Jungen Freiheit" und „Europa Vorn", wird deshalb gelobt, da es den „einseitigen Antifaschismus" als ein Mittel entlarven will, mit dem das bundesdeutsche System durch ein „sozialistisches Regime" ersetzt werden soll. Wohlwollend rezensiert wurde auch das Buch „Linke Lebenslügen - eine überfällige Abrechnung" (Ullstein) des Nolte-Schülers **Klaus Rainer Röhl** (Unterzeichner des Aufrufs 8.Mai). „Unsere Sendung" dazu: Röhl „hat der Linken eine dicke Bombe vor die Haustür gelegt." Ähnlich das ideenpolitische Organ bundesdeutscher Rechtsextremisten, „Nation +Europa", in seiner Rezension: „Ob Antifaschismus, befreite Sexualität, Friedenspolitik oder Feminismus: Röhl sticht in die roten Propagandaballons, daß es nur so knallt und zischt. Dieses Lese-Erlebnis sollte sich niemand entgehen lassen."

Geführt wird die AFF von ihrem Gründungsmitglied, dem Unternehmensberater **Wolfgang Reineke**, Kuratoriumsvorsitzender ist der ehemalige ZDF-Moderator **Gerhard Löwenthal** (Unterzeichner des Aufrufs 8.Mai), der im letzten Jahre wegen unverhohlener Sympathien für den deutschtümelnden „Bund Freier Bürger" seinen Hut als Vorstandsvorsitzender der „Deutschland-Stiftung" nehmen mußte. Löwenthal-Vorgänger ist **Helmut Walther**, geschäftsführender Vorsitzender der „Neuen Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e.V.".

Als „seminaristischer Arm" der „Aktion Funk und Fernsehen e.V." (AFF) kann das „Studienzentrum für publizistische Bildung e.V." betrachtet werden. Dieses führte vom 25.-27.November 1994 in Marksburg zu Braubach am Rhein eine Tagung zum Thema „Informationsfreiheit und Meinungsfreiheit - ein Grundrecht im demokratischen Staat und seine Gefährdungen" durch. Die dazu geladenen Referenten und Podiumsteilnehmer entstammen allesamt dem stramm rechten Lager:

Helmut Bärwald (Unterzeichner des Aufrufs 8.Mai), ehemaliger Leiter des Büros der SPD-Ost und Autor in der „Jungen Freiheit", **Wilfried Böhm** (Unterzeichner des Aufrufs 8.Mai), Vorsitzender der „Deutschland-Stiftung", Ansgar Graw, Autor im neurechten Sammelband „Die selbstbewußte Nation" (Ullstein), persönlicher Referent des SFB-Intendanten Günther von Lojewski, **Felicitas Küble** (Unterzeichnerin des Aufrufs 8.Mai), Redaktionsleiterin der „Komm-Mit-Redaktion", Martin Lessenthin, Gerhard Löwenthal, **Michael Jach**, Focus-Autor, **Gerhard Reddemann**, Mitarbeiter des „Deutschland-Magazins", Wolfgang Reineke und **Alfred Schikkel**, Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI).

Rechte Medien-Saubermänner

Prof.Dr.**Erwin Scheuch** ist von seinem Amt als Kuratoriumsvorsitzender des 1984 gegründeten Vereins „Bürger fragen Journalisten" zurückgetreten. Zum neuen Vorsitzenden wurde der 45jährige Publizistikwissenschaftler Prof. Dr. **Wolfgang Donsbach** berufen. Hauptanliegen des als gemeinnützig anerkannten Vereins ist der Kampf gegen eine angeblich in den öffentlich-rechtlichen Medien vorhandene „wirtschaftsfeindliche Berichterstattung". Als Kampforgan des Vereins wider die öffentlich-rechtliche Medienlandschaft dient die zehmal monatlich erscheinende Zeitung „TM. Für Transparenz der Medien". Redaktionsmitglied der selbsternannten TV-Saubermänner ist **Ulrich Lehmkühler**, Autor in den „Staatsbriefen" und „Criticon".

REP-Mailbox

Seit kurzem wird im württembergischen Neuhausen auf den Fildern von der „Republikanischen Jugend" (RJ) eine zweite „Republikaner"-Mailbox unter dem Namen „Filder BBS" betrieben. Landesvorsitzender der RJ ist der 26jährige Esslinger Informatik-Student und Landesschriftführer **Frédéric Heinemann**. Die Mailbox stellt neben Software „auch Informationen über die Partei 'Die Republikaner' zur Verfügung". „Diese sind aber", so „Filder BBS", „bis auf Pressemitteilungen und Anschriften nur für Boxmitglieder zugänglich."

Nicole Warmbold

„Kameradinnen - Frauen stricken mit am braunen Netz“

Im Zuge der seit einigen Jahren verstärkt geführten Diskussion um die Beteiligung von Frauen in faschistischen Organisationen, und mit der Motivation, Frauen auch in diesem politischen Spektrum als eigenständig handelnde und gesellschaftliche Verantwortung tragende Personen wahrzunehmen, sie nicht nur politisch engagiert im Schatten des Ehemannes, Partners oder aber in der Frauenbewegung zu begreifen, entstand die Idee einer Veranstaltungsreihe, die sich mit diesem Thema beschäftigen sollte. Mit vorliegendem Buch werden die Ergebnisse dieser Veranstaltungsreihe, die Anfang 1994 in Marburg stattfand und von der Fantifa Marburg organisiert wurde, dokumentiert.

Neben anderem war es den Veranstalterinnen/Herausgeberinnen zusätzlich wichtig, den „Mythos von der 'friedfertigen, sanften' Frau als 'von Natur aus' besseren Menschen ein Stück mehr zu zerstören“(S.6). Dem weiten Feld von Aspekten, die bei diesem Thema zu beachten sind, wurde sich in fünf Beiträgen aus verschiedenen Blickwinkeln mit je eigener Fragestellung genähert.

Als erster Beitrag steht der von Gudrun Hentges zum Thema 'Frauen und Rechtsextremismus - Was ist für Frauen an faschistischer Ideologie und Organisierung attraktiv?'. In diesem konstatiert sie zunächst die Mitverantwortlichkeit von Frauen an gesellschaftlich Bestehendem, um hieraus die Frage nach einer „Mittäterschaft“ von Frauen abzuleiten. Dazu stellt sie einige empirische Untersuchungen zu Einstellungen, Meinungen und Teilnahme von Frauen bezüglich rechtsextremer Orientierungen dar und diskutiert Interpretationsansätze von Roth, Heitmeyer, Holzkamp/Rommelspacher. Abschließend gelangt sie zu dem Ergebnis, daß rechtsextreme Orientierung auch für Frauen funktional sein könne.



Karin Struck, Publizistin in der "Jungen Freiheit"

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit dem Frauenbild von DFF, FAP, Skingirlfront Deutschland und Women for Aryan Unity. Es wird die Frage nach dem Stellenwert, den Frauenthemen innerhalb dieser Orgisationen einnehmen, ebenso beleuchtet, wie die Frage der Beteiligung von Frauen in den jeweiligen Organisationen. Antje Schwarzmeier und Eike Wunderlich arbeiten heraus, daß allen die Orientierung an streng biologistischer Argumentation gemein ist, die Frau als die Hüterin der 'arischen Rasse' gesehen wird und eine mehr oder weniger ausgeprägte Übereinstimmung mit der Weltanschauung des NS zu finden ist. Real sieht es jedoch nicht so aus, daß Positionen zu 'Frauenthemen' ausschlaggebend für die politische Praxis wären oder gar die Mehrzahl der in diesem Spektrum organisierten Frauen dem traditionellen Frauenbild entsprächen. Ganz im Gegenteil eröffnet auch dieses Spektrum Frauen einen recht hohen Grad an Eigenständigkeit im Privat- und Berufsleben, genauso wie auch in der politischen Arbeit, trotz starker Betonung der 'Heim-und-Herd-Ideologie'.

Der Beitrag von Renate Bitzan 'Rechter Geist aus Frauenfedern' wertet Veröffentlichungen von Frauen in rechtsextremen Zeitschriften im Zeitraum von 1985 -1993 aus. Ihr besonderes Anliegen ist es, Zeitschriften als bisher eher männlich dominierten Bereich der politischen Äußerung in Bezug auf die schreiberischen Aktivitäten von Frauen und deren Positionen zu beleuchten. Diesem Beitrag zugrunde liegt die Betrachtung von sieben Zeitschriften, die einen repräsentativen Querschnitt durch die rechtsextreme Szene darstellen sollen: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Criticon, Elemente, Junge Freiheit, Na klar, Staatsbriefe*, sowie *Die Kampfgefährtin/ DFF informiert.* Diese wurden zum einen unter dem Aspekt der Themenverteilung - welche Themen werden von Frauen bearbeitet und welchen Stellenwert haben sog. Frauenthemen in den jeweiligen Zeitschriften? - untersucht und zum anderen werden kurz die Positionen zu einigen ausgewählten sog. Frauenthemen und deren 'Nähe' zu feministischen Positionen dargestellt. Daraus ergibt sich, daß die Frauen, die in den genannten Zeitschriften publizieren, vorrangig zum Themenkomplex *Nation* Stellung beziehen, Rassismus und 'Frauenthemen' dagegen eine stark untergeordnete Rolle einnehmen. Doch es wird deutlich, daß das in den jeweiligen Zeitschriften vertretene Frauenbild nur in wenigen Fällen mit dem der traditionellen Rechten übereinstimmt und kein durchgängig einheitliches ist. Auch konstatiert die Autorin eine gewisse 'Nähe' zu Positionen aus der linken Frauenbewegung, die sich jedoch im Kontext betrachtet schnell als eingebettet in zutiefst reaktionäres Gedankengut herausstellen.

Der Artikel von Annette Skrzydlo und Nikola Wohllaib 'Frauen bei den Republikanern' geht der Frage nach spezifischen Beteilungs- und Äußerungsformen von Frauen bei den Republikanern und deren Motivationen für ein Engagement in einer rechtsextremen Partei nach. Die Untersuchung wurde anhand von selbst durchgeführten Interviews mit 15 REP-Frauen, die unterschiedlichen Altersgruppen angehören und verschiedene biographische Hintergründe haben, vorgenommen. Es stellt sich heraus, daß es *die* Republikanerin nicht gibt, genausowenig wie die Stereotypen von den „blondzopfigen Gebärmaschinen“ auf der einen und den „Nazi-Emanzen“ auf der anderen Seite. Anhand von drei Kurzportraits meinen die Autorinnen drei „Typen“ von Republikanerinnen herausarbeiten zu können: die „Punktmobilisierte“, die „Unzufriedene“ und die „ideale Republikanerin“. Die Autorinnen kommen auch hier zu dem Ergebnis, daß es zu Themen wie dem §218 keine einheitlichen Positionen unter den Frauen gibt und ein Spannungsfeld zwischen dem Frauenbild der Republikaner und der Lebensrealität vieler bei den Reps aktiven Frauen existiert.

Stefanie von Schnurbein schließlich beschäftigt sich mit 'Weiblichkeitskonzeptionen im neugermanischen Heidentum und in der feministischen Spiritualität' - einem Spektrum innerhalb der rechtsextremen Szene, das erst seit einiger Zeit die nötige Beachtung findet. Die Autorin arbeitet das Frauenbild am Beispiel der Ariosophie, dem neugermanischen Heidentum und der Wicca-Szene heraus und vergleicht diese mit dem Weiblichkeitskonzept der feministischen Spiritualität. Dabei entlarvt sie, u.a. anhand der angeblichen „Nähe der Frau zur Natur“, deren vorgebliche „Gleichheitspostulate“ im Bezug auf das Verhältnis der Geschlechter als dieselbe Rollenzuschreibung wie sie in konservativ-reaktionären bis offen faschistischen Kreisen zu finden ist. Damit nimmt sie ihnen den oft noch bestehenden Mythos von Fortschrittlichkeit und Patriarchatskritik.

Die in diesem Buch aufgegriffene Diskussion wird seit Ende der 70er Jahre vor allem unter SoziologInnen geführt. Seit einiger Zeit jedoch taucht sie verstärkt auch in antifaschistischen Kreisen auf. Dies spiegelt sich u. a. in mehreren Neuerscheinungen zu diesem Themenbereich wider. Das vorliegende Beispiel hebt sich positiv besonders von zwei Veröffentlichungen der letzten Zeit ab - 'Ehre, Blut und Mutterschaft' von Franziska Tenner und „Wir sind auch die kämpfende Front“ von Sonja Balbach, beide 1994 erschienen -; in diesen drängt sich, anstelle einer inhaltlichen Auseinandersetzung und der Frage nach Ursachen und gesellschaftlichen Bezügen, so-



Florence Rost van Tonningen

wie möglichen Gegenstrategien, eher der Eindruck auf, es werde ein In-Thema bedient. In den genannten Büchern werden Stereotype von Frauen als Mitläuferinnen oder „Partnerin von..." unkritisch übernommen, selbst die Heitmeyersche These der ModernisierungsverliererInnen erfährt eine Neuauflage (Bahlbach), oder aber das Thema wird in der Manier des Betroffenheitsjournalismus abgehandelt (Tenner), womit eher Sensationslüste anstelle des Bedarfs nach antifaschistischer Recherche befriedigt werden und damit Perspektiven des Widerstands ebenfalls außen vor bleiben. Über dieses geht das Buch der Fantifa Marburg weit hinaus. Doch bleiben auch hier Fragen offen, besonders in den letzten vier Beiträgen, die nur ansatzweise über die faktischen Ergebnisse hinausgehen. Auf die Motivationen von Frauen, sich in faschistischen Organisationen zu engagieren, ebenso wie auf die Gründe für die ja immer noch bestehende Differenz im Männer- und Frauenanteil, wird nur unzureichend eingegangen. Ein Buch, das allen einen Anstoß geben kann, sich weiter mit diesem Thema zu beschäftigen.

Fantifa Marburg (Hrsg.): „Kameradinnen - Frauen stricken mit am braunen Netz". Unrast Verlag 1995. 145 S. DM 19,80

Fortsetzung von Seite 6

zu Pöbeleien und Drohaktionen von Nazi-Skins.

Sechzehn junge Menschen aus Bevergern waren von dem „Konzert" überrascht und schrieben an ihre Lokalzeitung:

„Betroffen und hilflos mußten wir mitansehen, wie ca. 650 rechtsradikale Skinheads aus ganz Deutschland zu einem Treffen in der Bevergerner Gaststätte „Zum Schwan" zusammenkommen konnten, bei dem mehrere Bands auftraten, unter anderem die Gruppe „Endstufe", die für ihre rechtsradikalen Texte bekannt ist." Sie machen dem Wirt der Gaststätte zu recht den Vorwurf, daß er einen Saal zur Verfügung stellte und schließen ihren Brief, den sie mit ihrem vollen Namen unterschreiben „ Wir hoffen, daß diese Veranstaltung von der Bevölkerung nicht stillschweigend akzeptiert wird."

Zwar wird in Hoerstel-Bevergern noch über das „Konzert" diskutiert, aber nicht gegen die Nazi-Skins, sondern über die LeserbriefschreiberInnen, die der Wirt wegen Verleumdung anzeigen möchte. Die nächsten Konzerte sind bereits für Ende Juni angekündigt. Nach einem Konzert in Rheine am 8. April titelte, die inzwischen von **Andras Zehnsdorf**, Bruder des bekannten FAP-Funktionärs **Axel Zehnsdorf**, verantwortlich herausgegebene Moderne Zeiten: „Aufstand 'linker Vögel' im Städtchen Rheine". Die Polizei wird für ihr Verhalten ausdrücklich gelobt: „Ein großes Lob an die Herren in grün, die sich geduldig und dezent im Hintergrund hielten."

Staatliche Kulturförderung für Nazi-Skin-Bands

In Delmenhorst probt die Nazi-Skin-Band „Boots Brothers" in den Räumen des Jugendzentrums „Villa", das mit staatlichen Mitteln gefördert wird. Unter der Maske „wir sind ja so jugendlich" macht sich die Delmenhorster Band unter der Führung von Sebastian Walkenhorst im Jugendzentrum breit. Auf Konzert-Veranstaltungen, an denen die Band teilnimmt wird lauthals Ausländerfeindlichkeit geschürt. Das Skin-Projekt wird vom „Zentrum für soziale Beratung und Bildung" im Fachbereich für Sozialwesen an der Hochschule Bremen unter Leitung von Professor Dr. **Franz Josef Krafeld** „wissenschaftlich" begleitet. Krafeld hat sich durch einige Publikationen zur „akzeptierenden Jugendarbeit" ein neues Arbeitsfeld verschafft: Praktische Arbeit mit rechten Jugendlichen. Seine Konzeption setzt auf die Integration von Jung-Nazis in die Gesellschaft und schließt eine enge Zusammenarbeit mit polizeilichen Institutionen nicht aus. Die „Antifa", insbesondere die militante, stellt für ihn ein anderes soziales Phänomen dar, welches er ebenso integrieren möchte. Der ganze soziologische Schickschnack von orientierungslosen Jugendlichen, denen es an Mutterliebe mangelt, bildet die Grundlage von Krafelds Arbeit. Seine „Angestellten" wollen deshalb auch nichts über politische Hintergründe, über Organisationsstrukturen von Neo-Faschisten wissen. „Wir führen die Jugendlichen an die Musikinstrumente heran und sind froh, daß sie etwas Vernünftiges tun", meint ein Mitarbeiter des Delmenhorster Projektes und zeigt stolz auf das „Schlagzeug", welches die Stadt Delmenhorst zusammen mit einer Lautsprecheranlage zur Verfügung gestellt hat. Er weiß auch, daß sich aus „seinem" Projekt neben den „Boots Brothers" noch - in fast identischer Zusammensetzung - die Band „Schlachtruf" und ganz aktuell die Frauenband „Froidenspender" herausgebildet haben. Die „Boots Brothers" durften 1993 in Greifswald auf einem Skin-Festival mit dem sinnigen Titel „Jugend gegen Gewalt und Aggression" auftreten, das das Bundesministerium für Familie, Jugend ... finanziert hatte. Die Band „Froidenspender" spielte zur Freude des Faschisten **Thomas Wulff** (Ex-NL-Chef aus Hamburg) beim Konzert in Wilhelmshaven im November 1994.

Krafelds überlegt hilfloser Antifaschismus trägt entscheidend dazu bei, daß sich die Neo-Faschisten auf ihre nächste Terrorwelle genüßlich vorbereiten können.

Der Verfassungsschutz widmet in dem neuesten Bericht den „Nazi-Bands" ein eigenes Kapitel. Er bestätigt was AntifaschistInnen längst publiziert haben: die Texte der Nazi-Skins sind rassistisch, antisemitisch, antikommunistisch und verherrlichen den Nationalsozialismus, insbesondere die SA. Weiter heißt es: „In Liedertexten werden unverhüllt Rassismus und Nationalismus propagiert; der Skinhead wird als „politischer Soldat" ermutigt, den „harten Kampf in diesem Rassenkrieg" zu bestehen." (VS-Bericht 1995, S. 19)

Der in der verbotenen Nationalistischen Front (NF) - Struktur engagierte **Sebastian Walkenhorst** kann in einschlägigen „Zines" den „Soldaten" spielen und über die schwache „Antifa" aus Delmenhorst ablästern.

Die von der Stadt bezahlte Sozialarbeiterin **Marlies Lüdeke**, die ca. ein Dutzend rechte Skinheads betreut, berichtete dem Jugendhilfeausschuß in Delmenhorst Anfang Juni, daß die Jugendlichen zwar „sprunghaft und unzuverlässig" seien, aber in der Stadt selber würden sie keine „Gewalt" ausüben. Das könne außerhalb der Stadtmauern anders aussehen, wenn sie über deren mögliche Teilnahme an den Ausschreitungen beim „Konzert" in Ristedt/Syke nachdenke. Daß „ihre Schützlinge" in der Nazi-Skin-Szene mit „Musik" für aggressive Stimmung und Ausländerfeindlichkeit sorgen, scheint sie nicht zu interessieren. Wenige Tage nach ihrem Bericht vermeldete das Delmenhorster Kreisblatt, daß zwei Skinheads einen 54jährigen Mann lebensgefährlich verletzten, weil es aus seiner Wohnung „gestunken" habe. Zwar sind die Beschuldigten Mitte Zwanzig und deshalb wohl nicht im Jugendzentrum zu verorten, aber die Delmenhorster Szene hatte immer gute Postkontakte zu dem Nazi **Thies Christophersen** in Dänemark, aus dessen Aufkleber-Arsenal sie reichlich versorgt wurden, um die Delmenhorster Innenstadt mit NF- und anderen Sprüchen zu verschandeln. Zumindest in dem Punkt Propaganda arbeiten alle zusammen. Da sind die Grenzen des Integrationsantifaschismus deutlich erkennbar. Die Neo-Faschisten nutzen die Strukturen, die ihnen der Staat zur Verfügung stellt, um von der relativ sicheren Basis weiter zu operieren. Immerhin können die Delmenhorster Nazi-Skins über einen Musikübungsraum verfügen, am Schlagzeug spielen und im Herbst vielleicht zu einem Ska-Festival nach Berlin fahren. Aufmerksame BesucherInnen der Stadt Delmenhorst wunderten sich bei so viel fürsorglicher Akzeptanz nicht mehr über die zahlreichen weiß-gesprühten Keltenkreuze und ausländerfeindlichen Sprüche.

Die Opfer dieser Politik sind längst nicht mehr Gegenstand der öffentlichen Diskussion, die Wissenschaftler haben ihre Studien publiziert und sich neuen Themen zugewandt. Wer nicht hilflos am Radio oder vor dem Fernseher neueste Terrormeldungen konsumieren will, muß die Neo-Faschisten auch im „vorpolitischen" Raum aktiv bekämpfen. Deshalb demonstrierte das „Antifaschistische Bündnis Weser-Ems" Ende Juni vor dem Jugendzentrum „Villa" in Delmenhorst und forderte die Schließung des „Skin-Projekts".

David Taylor

Die (ganz) neuen Leiden des jungen W.

Ein Zwischenruf zum Ausstieg Norbert Weidners

Bis Ende letzten Jahres präsentierte sich der 22 jährige Norbert Weidner als junger Vorzeigekader der jüngsten Neonazigeneration Made in Germany. Er zählte nicht nur zu den aktivsten Reisekadern, sondern auch zu den gesprächigsten Vertretern der sonst so medienscheuen rechten Gesinnungsgemeinschaft. Mediengerecht war er das Vorzeigeobjekt des braven Neonazis mit adrettem Kurzhaarschnitt und legerem Freizeitlook.

Doch nun ist er plötzlich ausgestiegen. Von inneren Selbstzweifeln getrieben verkündete er im März 95 über die Presse seinen Ausstieg. Jedoch bleiben bei einem geübten Medienprofi wie Weidner viele Fragen bezüglich seiner Motive für diesen Schritt offen und vor allem: Wie ernst ist sein plötzlicher Abgang zu nehmen?

Dieser Artikel will nicht vorrangig nach einer Antwort suchen, ob Weidner nun tatsächlich ausgestiegen ist oder nicht. Dieser Zwischenruf will das Augenmerk auch auf die besondere Art und Weise lenken, mit der sich in letzter Zeit immer häufiger Kader der Neonaziszene mediengerecht einen öffentlichen Abgang verschaffen, ohne dabei ihre Inhalte über Bord werfen zu müssen. Geschickt vermarkten sie ihre Biographien als Wirklichkeit der rechten Szene und verdrehen dabei die Realitäten so wie es ihnen in den Kram paßt - hier am Beispiel von **Norbert Weidner**.

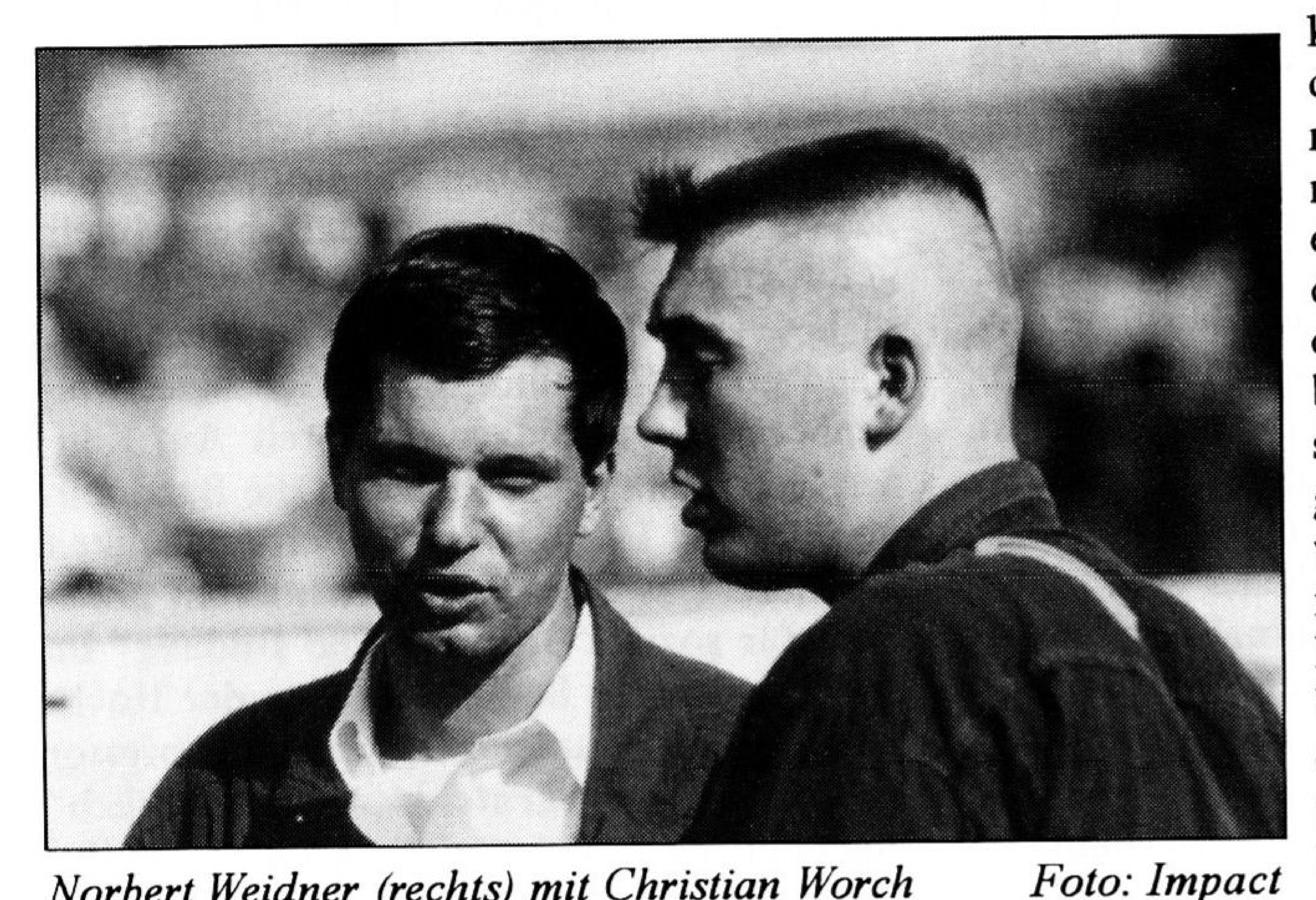
Weidners Weg in die rechte Szene

Weidner beschreibt seine Motive in jugendlicher Rebellion und Suche nach Anerkennung. Tatsächlich bekam er über Schulfeten Kontakt zur lokalen Skinheadszene in Bonn. Weidner zählte zur dritten Generation von jungen Neonazis in Bonn seit Anfang der achtziger Jahre, die nicht mehr die Leisetreter sein wollten, sondern mehr auf Action aus waren. Weidner begann hier seinen Weg und diente sich stetig in der rechten Hierarchie nach oben bis zu den Führern durch. Der Weg, den er durch die rechte Szene nahm, verlief ohne besondere Brüche und ziemlich gradlinig. Seine Handlungen waren meist von taktischer Natur oder entsprangen einfach seinem ausgeprägten Ego.

Skinzeit und Faustrecht

Doch schon in dieser Zeit, die er als seine "Skinzeit" beschreibt, erklärt Weidner posthum eine Trennung seines Karriereweges vom Skin zum politischen Führer. Er trennt, was so einfach nicht zu trennen ist: das wechselseitige Verhältnis von Führern und Geführten innerhalb der Neonaziszene, für die beide das in der rechten Szene ritualisierte Faustrecht seine Gültigkeit hat. Weidner iß sehr genau um diesem Umstand, da er selber wegen Körperverletzungen vor Gericht stand.

In einem Prozeß gegen Weidner wegen mehrerer Körperverletzungen beschrieb ein Zeuge das Verhältnis von Weidner zu den mitangeklagten Skinheads. Während einer U-Bahnfahrt schlugen mehrere Skinheads über mehrere Stationen auf einen Farbigen ein. Als ein zugestiegener Passant dem Opfer zu Hilfe kommen wollte, stellte sich Weidner diesem in den Weg und begann ihm zu erklären, daß er sich da nicht einzumischen habe, da dies eine Angelegenheit seiner Freunde sei.



Norbert Weidner (rechts) mit Christian Worch *Foto: Impact*

Der Zeuge beschrieb dieses Erlebnis mit Weidner als eine Form geistiger Rädelsführerschaft, wo der Führer seinem Gefolge den Rücken frei hält. Auch der Richter kam nicht umhin dieses Verhältnis mit den Worten zu umschreiben:"Führer lassen schlagen!".

Wenn Weidner sich in Stern und taz von seiner eigenen Vergangenheit distanziert, liegt dies wohl an politischer Vergangenheitsklitterung. Neonazis verleugnen diese Zusammenhänge und deren Wechselwirkung zwischen Führern und Geführten gerne und sind sich dabei auch nicht zu schade Erkenntnisse a la Heitmeyer dafür zu zitieren. So hörte man unlängst auf dem Infotelefon Rheinland: "...alle bisherigen Brandanschläge waren viel weniger politische Taten, als vielmehr Taten von desorientierten Jugendlichen aus zerrütteten Familien, denen ein politischer Hintergrund weitestgehend fehlte." In der Weise wie sich die politischen Kader von ihrem eigenen Klientel distanzieren, weigert sich Weidner Verantwortung für sein eigenes Handeln zu übernehmen.

Wahrheit ist immer relativ

Ein weiteres Beispiel aus dem selben Prozeß wurde von Weidner als ein Grund für seinen Wechsel von der "asozialen" Skinszene in die politische FAP beschrieben. Weidner erzählt von "Skins", die einem "Linken" die Milz zertraten, was ihm persönlich zu weit ging.

Weidner verschweigt hier, daß er derjenige war, der maßgeblich an dem Überfall auf den Jugendlichen beteiligt war, der wegen seiner schwarzen Kleidung zum Opfer wurde. Dieser Jugendliche wurde mit Keulen und Stiefeln niedergemacht und mit bleibenden schweren inneren Verletzungen liegengelassen. Weidner war es, der dafür die höchste Strafe mit 18 Monaten auf Bewährung und 20.000,-DM Geldstrafe bekam. Seine Annäherung an die FAP hatte auch nicht erst mit dieser Straftat begonnen, denn er zählte schon ein halbes Jahr zuvor zu dem engsten Aktivistenkreis der FAP. Weidner hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt schon ausgiebig mit steigender Bereitschaft zur Gewaltätigkeit an diversen öffentlichen Aufmärschen der FAP zum Europawahlkampf beteiligt. Als Saalordner für eine Republikanerveranstaltung mit Franz Schönhuber beteiligte er sich vor laufenden Fernsehkameras an gewalttätigen Ausschreitungen gegen Gegendemonstranten.

Weidners wundersame Wandlungen: Sein erster Ausstieg

In diesem Prozeß erklärte Weidner dem Richter, daß er in Zukunft der Gewalt entsagen würde, um sich nur noch mit politischen Mitteln auseinanderzusetzen. Auf Nachfrage gab er dem Richter zu verstehen, daß er sich von den Skinheads getrennt habe und sich in der FAP engagieren möchte. Und tatsächlich wirkte sich diese Erklärung strafmildernd auf sein Urteil aus, da der Richter damals noch typisch naiv im Umgang mit Neonazis davon ausging, daß diese Partei einen festen sozialen Rahmen biete, in dem eine positive soziale Kontrolle auf das Handeln von Weidner ausgeübt werden könne, zumal sich diese Partei im demokratischen Rahmen bewege.

Die Erklärung Weidners wirkte wie eine Farce und schien nur dazu geeignet, seinen Kopf noch einmal aus der Schlinge zu ziehen.

Ein Umstand, der sich spätestens mit der letzten Anklage gegen Weidner, die ihn der Rädelsführerschaft bei einem Überfall auf ein von Jugendlichen besuchtes Café bezichtigt, zu bestätigen scheint. Selbst bei den Vertretern der Sicherheitsbehörden bleibt ein Gefühl der Unsicherheit, ob Weidner sich hier wieder eine günstige Ausgangslage verschaffen will, wenn er schon im Vorfeld den Richtern aus den Unterlagen zitiert:" ...die Leute, die in den Knast gehen, kommen noch schlimmer zurück."

Ich bereue nichts

Weidner scheint bis heute sein Handeln nicht begriffen zu haben oder er spielt gekonnt den Naiven. Folgt man seinen Ausführungen in den Interviews, so beschreibt er seine Vergangenheit wie in einem Spiel. In diesem Spiel hat ihm die „Antifa“ ganz gut zugesetzt, aber aufgrund der staatlichen Schiedsrichter und ihrer neuen Regelauslegung hat er nun keine Lust mehr auf diese Art des Spieles. Was Weidner hier verkauft, ist nichts anderes als Ausdruck seiner bleibenden Verhaftung in den irrationalen Kategorien rechter Terminologie. Es hat kein qualitativer Sinneswandel stattgefunden, noch immer gilt für ihn nicht, daß jeder Mensch für sein Handeln auch selbst verantwortlich ist. Bei Weidner stehen noch immer "Deutschland" und "Ethnopluralismus" als Leitbilder für die es zu kämpfen/ streiten gilt. Diese irrationalen Begriffe bedürfen keiner persönlichen Rechtfertigung, keiner moralischen Legitimation, da sie sich naturgesetzmäßig rechtfertigen lassen. Somit ist nicht mehr der Mensch für sein Handeln verantwortlich, sondern der Trieb und höhere Natur ersetzen hier die individuelle und ethische Verantwortung des Einzelnen. Folge sind die Entmenschlichung der Opfer und die Opferdistanz, die das Handeln vieler gewalttätiger Neonazis so enthemmt.

Wer so spricht, will auch heute nichts mit seinen Opfern zu tun haben. Ihnen wird sein organisatorischer Rückzug nichts bringen. Während seine Opfer ein Leben lang mit ihren Wunden umherlaufen, macht Weidner eben mal eine Pause. Eine Pause, die sich seine Opfer nicht erlauben können, da sie auch heute noch ständiger Verfolgung ausgesetzt sind, bzw. mit Übergriffen rechnen müssen. Diesen Umstand könnte Weidner auch heute noch als Auswirkung von etnopluralistischen Daseinskämpfen problemlos akzeptieren. Der Wunsch, sich in eine bürgerliche Nische zurückzuziehen, zeugt auch von Weidners Verweigerung, Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen, denn eigentlich hat er sich nichts vorzuwerfen und schlecht waren immer nur die anderen.

Solche Anwürfe läßt die rechte Szene natürlich nicht auf sich sitzen und schreibt Weidner ins Stammbuch, daß er selber einmal einer ihrer Führer war. Bissig und mit sichtlicher Abneigung beschreibt **Steffen Hupka** im "Umbruch" Weidner als das, was er ist:

"... Leute, die eine ganze Zeit lang Vollgas geben, oft auch das Wort führen, sofort alle Ämter übernehmen, sind in den allermeisten Fällen die ersten, die ins bürgerliche Leben abrutschen. Dafür gibt es keine Entschuldigung - außer dem eigenen Ego!"

Die Art und Weise seines Ausstiegs entspricht voll und ganz seinem ausgeprägtem Wunsch nach öffentlicher Zurschaustellung seiner Person. Seine Rezeption durch die Massenmedien verbreitetet sein Bild vom Opfer und die These, daß er immer zu den Tugendhaften gehört habe. Er ist und bleibt ein Narzißt und Selbstdarsteller, nicht ein von den „Linken“ und "Medien" Getriebener, sondern einer, der seinem Führerdenken nachhängt. Oder haben tatsächlich die Antifas und die Medien ihm die Entscheidung abgenommen und ihn in seine vielen politischen Funktionen getrieben? Und wenn er es dennoch behauptet, dann nur, um wieder jemanden zu finden, der die Verantwortung für sein Handeln übernehmen soll - nur nicht er selbst.

Inwieweit er es versteht, das öffentliche Interesse für sich zu funktionalisieren, wird nicht ganz klar. Jedoch stellen die kommerziellen Medieninteressen von Stern, Spiegel und taz, die alle nach einem guten Aufmacher suchen, eine geeignete Basis für "seinen Ausstieg" dar. Nicht weniger gelegen wird er den Sicherheitsbehörden kommen, die sich einen taktischen Nutzen aus seinem Ausstieg erhoffen, da sie zur Zeit keinen Bedarf an Unruhe von rechts haben.

Die deutliche Quintessenz aus seinen bisherigen Äußerungen lautet, daß er bei günstigeren Ausgangsbedingungen genauso weitergemacht hätte wie bisher. Der Ausstieg aus innerer Abkehr von seinen bisherigen Idealen ist deutlich zu verneinen. Und es bleibt abzuwarten, ob Weidner nicht bald, von seinem Ego getrieben und seinem extremen Hang zur Selbstdarstellung, wieder in rechter Gesellschaft auftaucht, sobald sich die Wolken der Strafverfolgung verzogen haben.

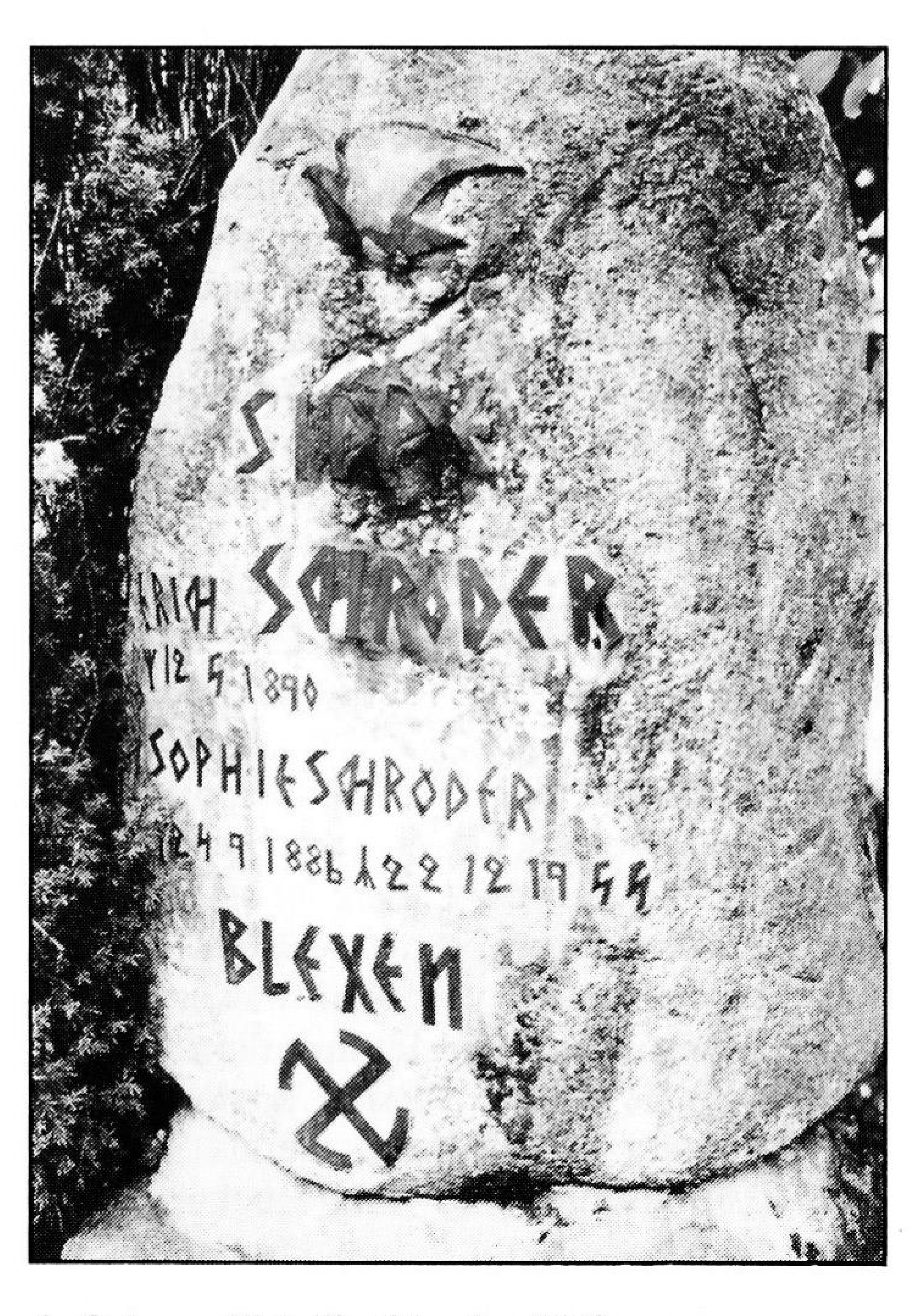
Jörg Hemmers

Antifaschistische Kriegsgräberfürsorge: Keine Kreuzprobleme!

Die Geschichtsschreibung weiß über Oldenburgs Schwierigkeiten mit dem Kreuz. Als der nationalsozialistische Minister **Julius Pauly** 1936 die Verfügung erließ, alle Kreuze aus den Schulen zu entfernen, löste er im Südoldenburgischen eine riesige Protestwelle aus. Die Katholiken aus den Kreisen Cloppenburg und Vechta sorgten dafür, daß die Kreuze blieben. Die Nationalsozialisten um den Gauleiter **Carl Röver** mußten klein beigeben. Aus der Zeit stammt das „Gedicht“ eines anonymen Verfassers „Der Bauernkreuzzug“ mit dem Ende:

„All ihr Führer, all ihr Leiter,
Nehmt es sorgsam euch ins Ohr!
Wagt ihr euch an unsern Glauben,
Wollt ihr unser Kreuz uns rauben,
Setzen wir ein P davor!"

Anders verhält es sich mit dem „Glauben“ im „Kreuzkampf“ 1995. Die protestantische Kirchengemeinde in Osternburg weigerte sich, Hakenkreuze von Grabsteinen zu entfernen, die seit 50 Jahren auf Gräbern von Gefallenen des II. Weltkriegs stehen. Ein Mitarbeiter einer benachbarten Kirchengemeinde packte das kalte Grausen, als er die Grabsteine Anfang des Jahres entdeckte. Er verlangte öffentliche Distanzierung von dieser Beleidigung der Opfer des Faschismus. Gemeindepfarrer Karl Bonenkamp mochte sich nicht an der Architektur der Grabmäler vergreifen und freute sich über die lebhafte Diskussion in seiner Gemeinde, deren angebliche Mehrheit die Kreuze behalten wollte. Sie sollten für ewig an die schlimme Zeit des Nationalsozialismus erinnern. Presse und Fernsehen nahmen sich des Themas an. NDR 3 übertrug eine „Diskussion“ live im Abendprogramm. Als schärfster Kritiker der „Hakenkreuz-Propaganda“ zeigte sich im Fernsehen ein Vertreter der Roma und Sinti, der die „Mörderzeichen“ als ständige Beleidigung empfand. VertreterInnen der Kirchengemeinde beharrten auf der „Unantastbarkeit“ der Grabmale und schlugen vor, eine „erklärende Tafel“ in der Nähe der Gräber aufzustellen, um auf deren besonderen Charakter hinzuweisen. Den erkannten auch die Neo-Faschisten, die ihrerseits ihre „Kameraden“ per Mailbox-Info zu einem Besuch der „historischen“ Stätte aufforderten. Wochenlang ging der Streit in Form von Podiumsdiskussionen, Gemeindekirchenrats-Sitzungen und Leserbrief-Kämpfen in den Lokalzeitungen weiter. Selbst polizeiliche Lagebesprechungen blieben davon nicht verschont. Der Oldenburger Polizeichef Hausenblas, der im Zusammenhang der Zusammenarbeit von Republikanern und militanten Neo-Faschisten öffentlich die Existenz organisierter Neo-Faschisten in Oldenburg leugnete, ließ den Friedhof extra von Polizei-Fahrzeugen bestreifen, weil er so eine „Ahnung“ hatte. Dieses Mal bekam er Recht: In einer vorpfingstlichen Atmosphäre entsorgte eine „antifaschistische Kriegsgräberfürsorge“ die Grabsteine. Bis auf einen Grabstein sind nun alle ohne Hakenkreuz. Übrig gebliebe sind noch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen „Zerstörung einer öffentlichen Einrichtung“ und die zahlreichen Hakenkreuze auf anderen Friedhöfen.



Auf einem Friedhof in der Nähe von Oldenburg weiterhin zu sehen: Hakenkreuz und Sig-Rune

Andreas Speit

Aufruf auf Aufruf für eine selbstbewußte Nation

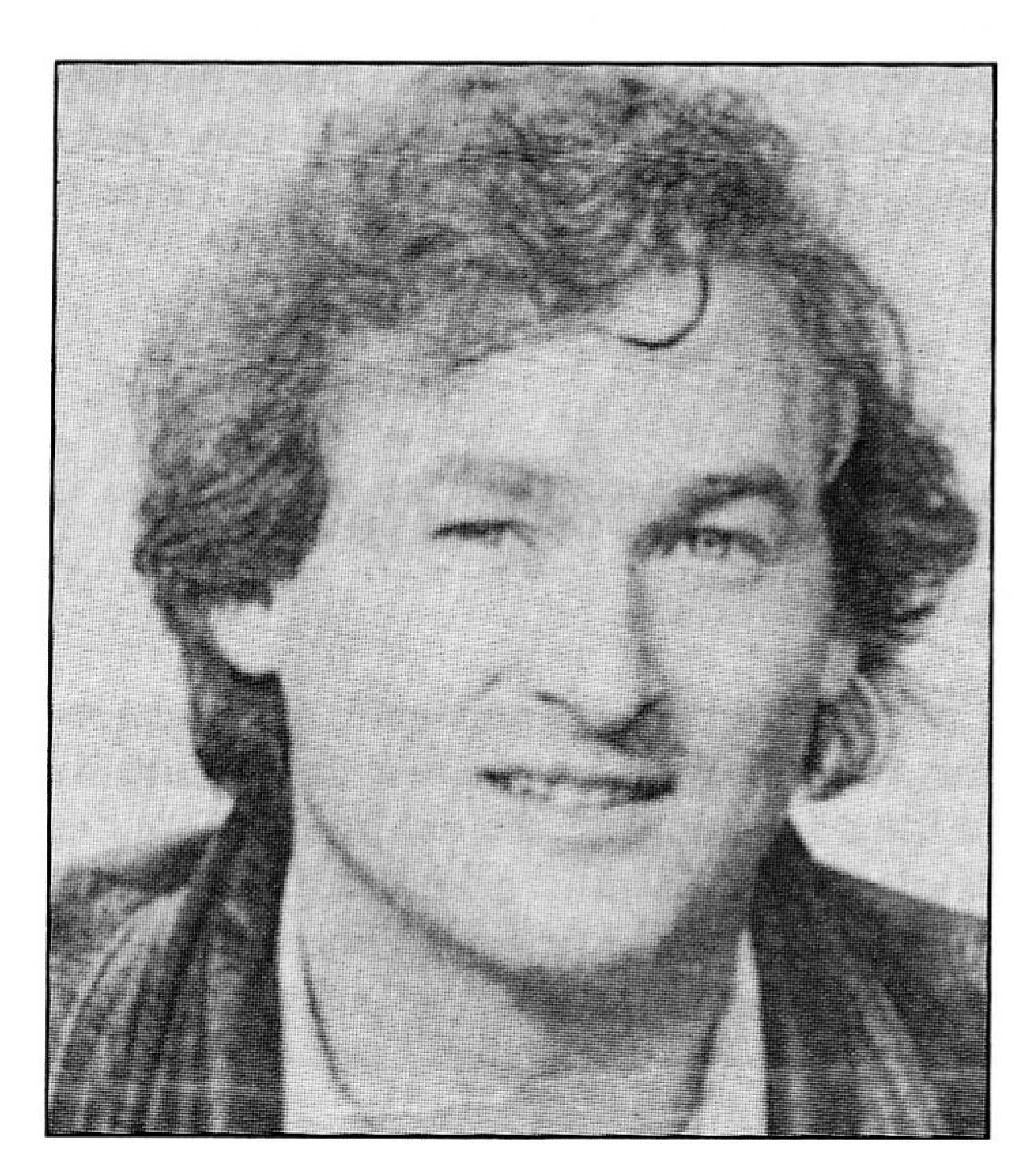
„Wir haben vier Wochen lang die Debatte in Deutschland bestimmt", resümierte Heimo Schwilk, Mitinitiator des Aufrufes zum „8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen" in der „Jungen Freiheit", und kündigte sogleich in dem Interview „eine angemessene, nicht weniger spektakuläre Antwort" zum 17. Juni an. Was bisher jedoch vernommen werden konnte, war weder spektakulär noch neu. Zehn Tage vor dem 17. Juni lancierten die Initiatoren des 8. Mai Aufrufes in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) einen neuen Aufruf mit dem Titel: „17. Juni 1953 - Gegen das Vergessen".

Vorangestellt wurde ein Zitat des französischen Historikers Joseph Rovon: „Was sich mit besonderer Klarheit am 17. Juni 1953 darstellte, war die ungeheure Verlogenheit der zweiten deutschen Diktatur, die verehrungswürdige Worte der Humanität und des Fortschritts, der Menschenfreundschaft und Menschenwürde schlicht umdrehte und in den Dienst von Unterdrückung und Unmenschlichkeit stellte. Auch wenn ihre Namen nur wenigen bekannt sind, gehören die Männer und Frauen der Protestbewegung des 17. Juni in das Pantheon der bedeutenden Deutschen, in denen sich die Nation erkennt und in denen sie ihre Vorbilder findet". In seiner neuesten Publikation „Geschichte der Deutschen", bei „Hanser" erschienen, soll der französische Historiker ausführlich beschrieben haben, inwieweit „die Deutschen die ewigen Opfer fremder Völker und Mächte" seien, wie **Heimo Schwilk** auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 16. bis 18. Juni hervorhob.

In altbekannter Manie fährt der Aufruf fort. Wie kein anderes Volk hätten sich die Deutschen selbstkritisch mit ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt. Doch die notwendige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde mißbraucht und diene zum einen der Aufrechterhaltung der linken Hegemonie in diesem Land und zum anderen soll so die Aufarbeitung des Kommunismus hintertrieben werden. Die Abschaffung des 17. Juni als nationalen Feiertag sehen die Unterzeichner als nur eines der vielen Zeichen für die Verdrängungsmentalität gegenüber der kommunistischen Vergangenheit.

Als besondere Demütigung, heißt es, empfinden die Opfer der zweiten deutschen Diktatur, „daß sich die Aufmerksamkeit der Hauptstadt Berlin am 17. Juni auf ein Spektakel richtet, mit dem ein Künstler angeblich zum 'Nachdenken der Geschichte' anregen möchte". Und statt das Parlament als ein Symbol deutscher Demokratie, welches laut ihnen, gleichermaßen von Nationalsozialisten und Kommunisten verleumdet und abgeschafft wurde, empfehlen sie Christo die Verpackung jener T 34-Panzer, die als Sinnbild sowjet-kommunistischer Unterdrückung noch heute die Straße des 17. Juni säumen. Es sei „Ausdruck der bundesdeutschen Pathologie, wenn ein Land seine eigenen Soldaten mit höchstrichterlicher Erlaubnis, als Mörder beschimpfen läßt", sowie „Denkmäler für Deserteure baut", betonen sie und stellen fest, daß der „Pazifismus schon fast offizielle Staatsdoktrin geworden" sei. „Diese Art von Selbstverleugnung", lautet es weiter, „ist einer selbstbewußten Nation unwürdig".

„Um der Erinnerung an die Opfer des 17. Juni 1953 willens, die wie die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 den Mut zum Tyrannensturz hatten und dabei Tod oder Zuchthaus auf sich nahmen, widersprechen" die Unterzeichner „den geschichtsverfälschenden Verpackungskünsten des Zeitgeistes". (siehe FAZ, 10.6.95: 17. Juni 1953 - Gegen das Vergessen).



Heimo Schwilk

An die 300 Personen der heterogenen Szene des rechten Randes der FDP und CDU/CSU, sowie aus den Vertriebenenverbänden und des nationalen Studentenmilieus um die „Junge Freiheit", als auch Vertreter der alten Rechten hatten den 8. Mai-Aufruf unterzeichnet. Neben **Harald Strunz**, für die „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), **Sigmar Faust** für die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), **M.O. Rüdiger** für den „Demokratie Club Berlin e.V.", **Alexander Hussock** für die Hilfsorganisation „Help e.V.", die den 8. Mai-Aufruf mitunterzeichneten, finden sich natürlich die Initiatoren des selben, **Klaus Rainer Röhl**, **Ulrich Schacht** und Heimo Schwilk, unter dem 17. Juni-Aufruf offiziell neu hinzugesellt haben sich **Peter Bengs** für die „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.", **Xing-Hu Kuo** für das „Bautzen-Komitee" sowie **Heinz Gerull** und **Hermann Kreutzer** für den „Kurt Schumacher-Kreis". Verantwortlich im Sinne des Presserechts zeichnete Heimo Schwilk. Die bundesrepublikanische Landschaft, die sie in dem Aufruf malen, ist jenes Bild, welches sich in ihren gesamten Publikationen widerspiegelt. Charlotte Wiedemann skizzierte es in der „Woche" exemplarisch anhand **Rainer Zitelmann** nach, und offenbarte die dürftige Gesellschaftsanalyse der selbstproklamierten „demokratischen Rechten": Die Alt-68er üben ein „diktatorisches Meinungsmonopol" aus, knechten Andersdenkende durch „Zensur und Inquisition", und verhindern als „Wächter der Political Correctness" jede „sachbezogene öffentliche Debatte". Die Christdemokraten in Bonn indes sind nur „domestierte Konservative", die ein geduldetes Nischendasein fristen, und sie selbst sind die Opfer und im Widerstand. Diese Dürftigkeit minderte nicht den Zuspruch auf den 8. Mai-Aufruf und den PR-Erfolg. Nahezu alle, die in dem schwarzbraunen Spektrum Rang und Namen haben, unterzeichneten, und in allen Medien waren sie thematisch präsent. Von den Printmedien über Kommentare und Berichte bis hin zu TV-Features und Talkshows. Einer der vielen traurigen Höhepunkte war die „Talk im Turm"-Sendung bei SAT 1 vom 23. April. Ignatz Bubis durfte sich gegenüber Rainer Zitelmann dafür rechtfertigen, daß er die Unterzeichner als „Ewiggestrige" bezeichnete und daß er den 8. Mai 1945 als Befreiung empfindet, was er zum Schluß der Sendung relativierte. Rainer Zitelmann legte treuherzig dar, daß er eine „gewisse Erinnerungseinseitigkeit" beseitigen möchte und beklagte die fehlende Ausgewogenheit. Worin ihn **Arnulf Baring** bestätigte. Der als vermeintlich neutrale Historiker im Fernsehen gerngesehene Diskutant half desöfteren dem überforderten Talkmaster Erich Böhme, rückte dieses und jenes zurecht und plädierte für Mäßigkeit. Daß der Historiker in „neurechte" Kreise involviert ist, störte bisher in keiner Talkrunde. Erich Böhme störte es auch nicht. Er nahm einen Satz von Baring als Schlußkommentar auf: „Wir sind uns im wesentlichen einig" und nannte das ein „Baring-Wunder".

Begleitet waren solche Wunder von Sympathiebekundungen aus den Unionsparteien. **Theo Waigel** stellte fest, daß es „kein verordnetes Bewußtsein zum 8. Mai" gibt (siehe Focus, 16/95) und **Wolfgang Schäuble** ließ verlauten, daß es gegen den Aufruf nichts einzuwenden gebe. Auf die Frage, weshalb er nicht unterzeichnet habe, antwortete er: „Ehrlich gesagt, ich bin gar nicht gefragt worden." (siehe Sdt.Ztg. vom 3.5.95)

Bei solcher Resonanz ist es leicht zu verschmerzen, daß die von den Initiatoren des 8. Mai-Aufrufes geplante Veranstaltung am 7. Mai in der Münchner Philharmonie abgesagt wurde. Nach einleitenden Worten des Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, **Alfred Dregger,** sollte eine Podiumsdiskussion mit Rainer Zitelmann, **Manfred Brunner**, **Bruno Bandulet**, **Ernst Nolte**, Klaus Rainer Röhl, **Alexander von Stahl**, **Karlheinz Weißmann** und Heimo Schwilk stattfinden. Die abschlie-

ßenden Worte sollte Ulrich Schacht halten. An die 3.000 Teilnehmer waren angemeldet.

Nachdem der Ehrenvorsitzende Bedingungen für seine Teilnahme an der „Gedenkveranstaltung" knüpfte - er wollte der Hauptredner sein - die ihm nicht erfüllt wurden, sagte er seine Beteiligung ab. Nicht ohne vergessen zu betonen, daß er an dem Aufruf festhalte und auch in Zukunft diese Position entschieden vertreten werde. (siehe FR vom 27.4.95)

Angeblich war der Rückzug Dreggers nicht der Grund für die Absage der „Feier". Vielmehr platzte sie aus Sicherheitsgründen. Man wollte die Gäste keinesfalls dem Terror militanter Antifagruppen aussetzen, betonte Heimo Schwilk im JF-Interview vom 5.5.95. Zeitgleich mit der Absage der Veranstaltung veröffentlichten Klaus Rainer Röhl, Ulrich Schacht, Heimo Schwilk und Rainer Zitelmann einen veränderten 8. Mai-Aufruf am 28.4.95 in der FAZ. Indem sie alle Demokraten - von links bis rechts - aufriefen dem Meinungsterror der „Political Correctness" entgegenzutreten und die geistige Freiheit zu verteidigen.

Die Erinnerung an die Opfer des 17. Juni indes war ihnen nicht so viel Engagement wert. Bis auf den Aufruf wurde nichts „besonderes" vernommen. Die provokativen Anzeigen-Aktionen täuschen mehr vor, als da ist. Jedoch dienen die Inszenierungen im Rampenlicht der Öffentlichkeit der Formierung der „demokratischen Rechten". Diskussionen werden lanciert, Begriffe gesetzt und belegt, Kontakte geknüpft und ausgebaut.

Zum 3. Oktober erwartet uns ein ähnliches Spektakel. Unter dem Motto „Die Freiheit hat Geburtstag - Auf dem Weg zur selbstbewußten Nation" ist ein großes international besetztes Symposium in Planung.

"Burschentag" in Eisenach

Annähernd 1000 Burschenschafter und sog. "Alte Herren" der "Deutschen Burschenschaft" kamen in der Zeit vom 9. - 11. Juni '95 in der Wartburgstadt Eisenach zusammen.

Die "Deutsche Burschenschaft" (DB), die alljährlich ihren "Deutschen Burschentag" abhält, ist unter den burschenschaftlichen Dachverbänden als eine der am weitesten rechts stehenden anzusehen.

Festredner **Prof. Dr. Klaus Hornung** [deutsch - nationaler Politikwissenschaftler an der Uni Stuttgart Hohenheim, Publizist u. a. in "Junge Freiheit" u. "Nation + Europa" sowie Unterzeichner des sog. "Berliner Appells" (siehe DRR 31)] fand hier mit seiner Polemik von der "Machtergreifung eines neuen antifaschistischen Tugendterrors" breite Zustimmung.

Ebenso positiv wurden die Grußworte des Bundeskanzlers **H. Kohl** aufgenommen, überbracht durch den Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, **Bernd Neumann**, der sich zu dem Wahlspruch der DB: "Ehre, Freiheit, Vaterland" bekannte.

Ins Bild paßte dann auch der nunmehr offizielle Ausschluß der als zu liberal eingestuften hannoverschen Studentenverbindungen "Alt Germania" und "Teutonia" sowie der braunschweigerschen "Brunsviga", die mit ihrer Bereitschaft, auch Wehrdienstverweigerer in ihre Reihen aufzunehmen und ihrer Kritik an allzu rechtsextremen Positionen, auf breite Ablehnung stießen.

Bestimmt wurde das Geschehen vielmehr durch das obligatorische Absingen des Deutschland - Liedes in allen drei Strophen und die Forderung einzelner Verbindungen ("Olympia Wien") nach einer "sanften Ausländerrückführung" und einer "Anerkennungszahlung von 1.000 DM für jeden noch lebenden deutschen Frontkämpfer anläßlich



der vor 50 Jahren erfolgten Kapitulation der deutschen Wehrmacht."

Für den Pressereferenten **Rüdiger Klein** (Dipl. - Ökonom aus Stuttgart) und den derzeitigen DB - Vorsitzenden **Heinz - Uwe Korell** (Frankonia zu Heidelberg; Rechtsanwalt aus Mannheim) kein Grund zur Distanzierung.

Bone-Heads

Am 27. Mai fand in Meschede ein Konzert der rechtsextremen Szene in einer Schützenhalle statt. Rund 150 Personen kamen zu dem Konzert der Fascho-Bands „Triebtäter" aus Stuttgart, „Doitsche Patrioten" aus Magdeburg und einer weiteren Gruppe. Der Saal war unter dem Vorwand einer Geburtstagsfeier angemietet worden. Per Mobiltelefon wurden die Konzertbesucher, sie kamen aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt, zu Treffpunkten außerhalb von Meschede und dann weiter zum Veranstaltungsort dirigiert. Die beiden Bands „Doitsche Patrioten" und „Triebtäter" besitzen Kontakte zum Skinzine „Moderne Zeiten" um **Torsten Lemmer** (24), wo sie in Form von Interviews einem breiteren Publikum in der rechten Szene vorgestellt wurden. Die Bandmitglieder von „Triebtäter", **Christian Clewing**, **Thomas Nothdurft**, **Marco Rössle**, **Ralph Kurt Burkart** und **Holger Werner Wied**, wurden im März 1994 vom Stuttgarter Landgericht zu Bewährungsstrafen zwischen sechs und zehn Monaten verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte ihnen fortgesetzte Propaganda für verfassungswidrige Organisationen, Verwendung von Kennzeichen verfassungsgwidriger Organisationen sowie Verbreitung pornographischer und gewaltverherrlichender Schriften vorgeworfen. Die braune Krawall-Kombo besteht seit 1991, die „Doitschen Patrioten" existieren seit Anfang 1993.



Antifaschistischer Stadtrundgang

Unter dem Titel "Spurensuche - Ein Stadtrundgang zu Orten von Verfolgung und Widerstand in Osnabrück 1933-1945" haben jetzt der Antifaschistische Arbeitskreis und die Pax Christi-Basisgruppe Osnabrück einen Wegweiser herausgegeben, der die Geschichte Osnabrücks in der NS-Zeit beleuchtet. Das Buch ist für 19,80 DM im Buchhandel oder über die Herausgeber zu erhalten: Antifaschistischer Arbeitskreis Osnabrück, Lagerhalle, Rolandsmauer 26, 49074 Osnabrück.

Uni-Formierung des Geistes

lautet eine Sammlung von Aufsätzen, die sich intensiv mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beschäftigen. Ein 2. Band ist für 1996 in Vorbereitung.

Hans-Werner Prahl (Hrsg.), UNI-FORMIERUNG DES GEISTES Bd. 1, Malik-Regional-Verlag, Kiel 1995, 29,80 DM

Bezug: Buchhandel oder Neuer Malik Verlag, Kaistr. 33, 24103 Kiel

Dokumentation gegen Scheinaufklärung über die "roten Kapos"

Eine kurzfristig zusammengestellte Dokumentation über die Diffamierung des kommunistischen Widerstandes im KZ Buchenwald hat das Anna-Seghers-Bildungswerk vorgelegt. Die Broschüre mit dem Titel "Die Scheinaufklärung über die roten Kapos als Teil einer politischen Kampagne" kostet 3,-DM (pus 2,- DM Porto bei Bezug von 20 Exemplaren 45,-DM incl.) - nur gegen Vorkasse - und ist zu beziehen über: Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V., Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden.

"Zwischen Flucht und Arbeit"

- so der Titel eines aktuell erschienenen Buches aus dem Verlag Libertäre Assoziation. Das Buch besteht aus Berichten direkt betroffener MigrantInnen, "legaler" und "illegaler" ArbeiterInnen einerseits und theoretischen Beiträgen andererseits.

BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.), Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, 256 Seiten, 24,- DM

Rechte Organisationen in Hamburg

Die „Hobbystasistrukturen im Vorfeldraum der Rote Arme Fraktion", wie die Junge Freiheit AntifaschistInnen in Hamburg mal betitelte, haben wieder zugeschlagen. Herausgekommen ist eine Broschüre über rechte Organisationen in Hamburg. In fünf Abschnitten werden u.a. die Republikaner, die Deustch Europäische Studiengesellschaft, die Nationale Liste, die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft, die Junge Landsmannschaft Ostpreußen, das Ostpreußenblatt, die Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft, die Gruppe 146, sowie andere Brauen an Schulen und Universitäten beleuchtet. Neben diesem „klassischen" Spektrum werden desweiteren die Naturgesetzpartei, die Neue Akropolis sowie andere politisierende Psychosekten erwähnt. Beachtung findet die Arbeitsgemeinschaft männlicher/maskuliner Gays und die Hamburger Silvio-Gesellsche-Freiwirtschaftslehre-Szene.

Längst nicht alle Gruppen und Institutionen aus Hamburg werden in dieser Broschüre behandelt, betonen die HerausgeberInnen im Vorwort, weshalb sie weitere Ausgaben planen. Abgerundet ist die 55 Seiten starke Broschüre mit einen ausführlichen Index.

Hrsg.:Broschüren Gruppe des Bündnisses Kein Fußbreit den Faschisten - Antifaschistische Informationen: Rechte Organisationen in Hamburg. Preis 5.-DM

Zu beziehen über: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Versorgungslinie Nord

Dänemark ist seit jeher einer der bevorzugten Stützpunkte im internationalen Nazi-Netzwerk gewesen. Dafür ist nicht nur seine Lage zwischen Deutschland und den "nordischen" Ländern verantwortlich. Die zeitgleich in deutsch und dänisch erschienene Broschüre will anhand der deutsch-dänischen Nazi-Verbindungen exemplarisch die Bedeutung dieser Art von Nazi-Aktivitäten aufzeigen sowie Ansatzpunkte für die Fortsetzung der antifaschistischen Mobilisierung liefern. Sie setzt eine erfolgreiche internationale Zusammenarbeit antifaschistischer Gruppen fort, die bei den Aktionen in Kollund und Kvaers entstanden ist und vertieft wurde. Nicht zufällig erschien diese umfangreiche Recherche und mit vielen Fotos versehene Broschüre zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Sie ist denjenigen gewidmet, die im Kampf gegen den deutschen Faschismus ihr Leben gelassen haben und versteht sich als Beitrag im Kampf gegen das Erstarken faschistischer Tendenzen in Europa. Aus dem Inhalt: Geschichtliches zu den Nazis in Dänemark; Thies Christophersen - nur ein älter Mann?; Internationale Verbindungen; das Nazi-Netzwerk an der deutsch-dänischen Grenze; die NSDAP/AO in Skandinavien; das "Storm-Netzwerk"; die 'alte' und die 'neue' "Dänische Nationalsozialistische Bewegung"; Erfahrungen und Erfolge antifaschistischer Arbeit; ...

Versorgungslinie Nord. Hrsg: Demos Nyhedbrev (Kopenhagen) Antifaschistische Zeitung/ATZE (Kiel). Zu bestellen für DM 7,- bei ATZE, Schweffelstr.6, 24118 Kiel

Hetendorf Nr.13

Eine umfangreiche Dokumentation über die Hintergründe und das Geschehen in dem faschistischen Zentrum in Hetendorf (Lüneburger Heide) legte der Antifaschistische Arbeitskreis Hetendorf Nr.13 vor. Auf fast 100 Seiten wurden die bisher veröffentlichten Informationen zusammengefaßt und bearbeit. Preis: DM 6,-; Bestellungen an AAH13, c/o Infoladen Kornstraße, Kornstr.28-30, 30167 Hannover